sozialistische
TRIBÜNE
Zeitschrift für sozialistische Theorie

Sonderausgabe 2

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND IN DEN 80ER JAHREN

Wirtschafts- und sozialpolitisches Grundsatzprogramm der Jungsozialisten

beschlossen auf dem Bundeskongreß der Jungsozialisten 26. – 28. Juni 1981 in Lahnstein

Herausgegeben
von den Mitgliedern des Bundesvorstandes der Jungsozialisten Willi Piecyk, Bernhard Groth, Norbert Hansen, Axel Horstmann, Roman Röhrig, Detlev Samland, Klaus-Peter Wolf und Rudolf Hartung

Redaktion:
Alex Drexler, Heinz Thörmer, Horst Wegner

SOZIALISTISCHE TRIBÜNE. Zeitschrift für sozialistische Theorie

SOZIALISTISCHE TRIBÜNE erscheint viermal im Jahr.

Redaktion: Alex Drexler, Heinz Thörmer, Horst Wegner,
c/o Juso-Bundessekretariat, Ollenhauerstr. 1, 5300 Bonn

Bestellungen an: Juso-Bundessekretariat, Ollenhauerstr. 1, 5300 Bonn

Gesamtherstellung:
Satz Layout Grafik DK Kierzkowski/Leppelt Druck + Repro GmbH, Bonn

INHALT

Vorwort 5

1. Soziale Probleme in der BRD und ihre Ursachen 7
   1.1 Soziale und ökonomische Problempunkte 7
   1.2 Allgemeine Krisenursachen im Kapitalismus 9
   1.3 Krisenentwicklung in der BRD 15
      1.3.1 1950 – 1966 . . . . . *15*
      1.3.2 1967 – 1974 . . . . . *16*
      1.3.3 1975 – 1981 . . . . . *18*
   1.4 Staatliche Wirtschaftspolitik 19
      1.4.1 Wirtschaftspolitik bis 1974 . . . . . *19*
      1.4.2 Die Wirtschaftspolitik seit der Wirtschaftskrise 1974/75 und die Entwicklung der Staatsfinanzen. *20*
      1.4.3 Klassenabbau durch staatliche Umverteilung. *22*
      1.4.4 Sozialliberale Umweltpolitik *24*
   1.5 Position der BRD in der Weltmarktkonkurrenz 26

2. Auswirkungen der kapitalistischen Krise auf die Arbeits- und Lebensbedingungen 29
   2.1 Arbeitslosigkeit 29
      2.1.1 Umfang der Arbeitslosigkeit *29*
      2.1.2 Struktur der Arbeitslosigkeit *29*
      2.1.3 Verschlechterung der Einkommenslage *31*
      2.1.4 Psychische und soziale Folgen der Arbeitslosigkeit. *31*
      2.1.5 Gesamtgesellschaftliche Wohlstandseinbußen durch Arbeitslosigkeit *32*
   2.2 Gefährdung der materiellen Lage 33
   2.3 Gesundheitsgefährdung und psychosoziale Belastungen. 35
   2.4 Energie und Umweltschutz 38

3. Bewußtseinsentwicklung und soziale Auseinandersetzungen. 40

4. Die sozialistische Alternative in der BRD 43
   4.1 Zum Verhältnis von konkreter Reformpolitik und sozialistischer Perspektive 43
   4.2 Ökonomische und soziale Alternativforderungen 45

4.2.1 Alternativforderungen zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit 45
4.2.2 Alternative Politik zur Verbesserung der materiellen Lage 51
4.2.3 Humanisierung der Arbeit 53
4.2.4 Vorschläge zur Reform des Gesundheitswesens und der psycho-sozialen Dienste . . . 55
4.2.5 Alternative Energie- und Umweltpolitik 58
4.2.6 Neue Forschungs- und Technologiepolitik 66
4.3 Internationale Arbeiterbewegung 67
4.4 Zur Finanzierung der alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik 69

5. Grundanliegen einer neuen ökonomischen Logik 74
5.1 Grundlagen einer neuen Wirtschaftsordnung 74
5.2 Gesamtgesellschaftliche Planung 74
5.2.1 Zur Kritik der bestehenden Planungspraxis 74
5.2.2 Ziele gesamtgesellschaftlicher Planung 76
5.2.3 Entwicklung einer gesamtgesellschaftlichen Planung 77
5.2.4 Wirtschaftspolitik auf neuer Basis 79
5.3 Demokratische Organisation der gesellschaftlichen Planung 80
5.4 Vergesellschaftung der strukturbestimmenden Wirtschaftsbereiche 85
5.4.1 Notwendigkeit und Ziele der Vergesellschaftung 85
5.4.2 Zu vergesellschaftende Unternehmen 86
5.4.3 Fortbestand eines privaten Sektors und weitere Vergesellschaftung im Sozialismus 93

Beschluß des Bundeskongresses zum wirtschafts- und sozialpolitischen Grundsatzprogramm (Antrag Hessen-Süd) 95
Beschluß des Bundeskongresses zum wirtschafts- und sozialpolitischen Grundsatzprogramm (Antrag Bundesfrauenkommission) 99

Vorwort

Ein Schwerpunkt des diesjährigen Bundeskongresses der Jungsozialisten vom 26.-28. Juni 1981 in Lahnstein war die Diskussion des in dieser Sondernummer der "Sozialistischen Tribüne" abgedruckten wirtschafts- und sozialpolitischen Grundsatzprogramms.
Es ist das Ergebnis zweijähriger Arbeit des vom Bundesvorstand eingesetzten Arbeitskreises Wirtschaftspolitik. Zum Bundeskongreß 1980 in Hannover wurde ein erster Entwurf vorgelegt, der ebenfalls als Sondernummer der "Tribüne" erschienen ist. Im vergangenen Jahr hat der Arbeitskreis das Programm einerseits durch Straffungen, andererseits durch notwendige Ergänzungen, sowie durch eine verständlichere Sprache überarbeitet. Der letzte Teil, der die Konzeption der "neuen ökonomischen Logik" enthält, ist in großen Teilen neugefaßt worden.
Während im Entwurf staatliche Planung als weitgehend zentralistischer Prozeß verstanden wurde, berücksichtigt die hier vorliegende Fassung die negativen Erfahrungen der RGW-Länder: Planung wird jetzt als Rahmenplanung verstanden, die erheblich größere Spielräume für Demokratisierung und Dezentralisierung läßt. Innerhalb dieses Rahmens sollen die Einzelwirtschaften weiterhin autonom entscheiden.
Gleichfalls wurde die im ursprünglichen Entwurf enthaltene undifferenzierte Auflistung von zu vergesellschaftenden Unternehmen, die den Eindruck erwecken konnte, daß die Vergesellschaftung auf einen Schlag vorgenommen werden könnte, durch ein Phasen-Modell der Vergesellschaftung ersetzt. Dadurch wird die Notwendigkeit einer schrittweisen Umgestaltung der Wirtschaftsordnung deutlich gemacht; denn Vergesellschaftungs-

prozesse in unserem Verständnis eines sozialistischen Gesellschaftssystems müssen an der Bewußtseinsentwicklung in der Bevölkerung anknüpfen.
Die Diskussion auf dem Bundeskongreß wurde kontrovers geführt. Dabei wurde auf die Fragen hingewiesen, die das Programm offenläßt: Es fehlen Aussagen dazu, wie die "neue ökonomische Logik" durchgesetzt werden kann; das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie ist noch nicht hinreichend abgeklärt; die internationalen Verflechtungen müßten ausführlicher einbezogen werden, vor allem die Stellung eines solchen sozialistischen Gesellschaftssystems im Rahmen einer neuen Weltwirtschaftsordnung; der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Umgestaltung und gesellschaftlicher Gleichstellung der Frau muß hergestellt werden.

Die in Anträgen des Bezirks Hessen-Süd und der Bundesfrauenkommission formulierten Fragenkomplexe zur Weiterentwicklung der Juso-Diskussion in diesem Bereich wurde ebenso mit großer Mehrheit vom Bundeskongreß verabschiedet wie das wirtschafts- und sozialpolitische Grundsatzprogramm selbst.
Mit diesem Programm ist eine wichtige Grundlage zur Wiederbelebung der wirtschaftspolitischen Diskussion der Jungsozialisten gegeben. Im Vorfeld des Bundeskongresses wurde auch schon in vielen Bezirken und Unterbezirken darüber diskutiert. Das Selbstverständnis der Jusos als sozialistischer Jugendverband verlangt es, daß diese Diskussion in der gesamten Organisation verbreitert wird. Daher ist auch eine Kurzfassung des Programms als Sonderausgabe des Juso-Magazins erstellt worden; dieser "Leitfaden zur Wirtschaftspolitik", der zum Preis von 0,50 DM vom Juso-Bundessekretariat bezogen werden kann, ist vor allem als Schulungsmaterial für die Arbeitsgemeinschaften geeignet.
Die Erstellung des wirtschafts- und sozialpolitischen Grundsatzprogramms hat viel Arbeit gekostet. Der Bundesvorstand dankt deshalb den Mitgliedern des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik, die daran beteiligt waren: Jürgen Barthel, Arno Brandt, Alex Drexler, Detlev Ehrig, Edgar Einemann, Peter Grasmann, Manfred Gurgsdies, Bernd Köhler, Wolfgang Krumbein, Harald Lührmann und Hans Raßmes.

Horst Wegner

1. Soziale Probleme in der BRD und ihre Ursachen

1. 1 Soziale und ökonomische Problempunkte

Die lange Prosperitätsphase der bundesdeutschen Wirtschaft wurde spätestens mit dem Kriseneinbruch von 1974/75 abgeschlossen. Konnten nach der ersten tieferen Krise von 1966/67 noch einmal hohe Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts und, gefördert durch die Bildung der sozialliberalen Koalition im Jahre 1969, deutliche Verbesserungen der sozialen Lage der großen Masse der Lohnarbeiter erreicht werden, so erwiesen sich Hoffnungen auf eine Wiederherstellung der "guten alten Zeit" nach 1975 als völlig verfehlt. Das "Modell Deutschland" der zweiten Hälfte der siebziger Jahre kennzeichnet den Rückzug auf das Krisenmanagement, auf das passive Reagieren des Staates und der Regierung auf die Krisenhaftigkeit der Wirtschaft. Eine neue dauerhafte Phase ökonomischer Blüte ist nicht absehbar – vielmehr lassen die greifbaren Daten den Schluß auf eine weitere Zerrüttung der ökonomischen Verhältnisse zu.

Wir greifen einige Problempunkte heraus:
Der Kriseneinbruch von 74/75 zeitigte einschneidende Folgen für das Beschäftigungssystem. Die zunächst nur als ein konjunkturelles und damit vorübergehendes Phänomen angesehene **Arbeitslosigkeit** verfestigte sich zu einem beständigen Sockel von Arbeitslosen von wenig unter einer Million. Dabei ist die Zahl derjenigen, die vorübergehend mit der Arbeitslosigkeit gezwungenermaßen Bekanntschaft machen mußten, um ein Vielfaches größer. Bestimmte gesellschaftliche Gruppen – ältere Arbeitnehmer, Behinderte, Frauen u.a. – besitzen kaum Chancen, in absehbarer Zeit eine Beschäftigung zu finden. Die bisherigen Regierungsmaßnahmen tasten die marktwirtschaftlichen Prinzipien nicht an und blieben wirkungslos. Parallel zur Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat die **Belastung der Lohnarbeiter im Arbeitsprozeß** zugenommen. Die in den meisten Branchen nach 1975 forcierte Rationalisierung führte zu weiterer Arbeitsintensivierung mit eklatanten

Folgen für die physische und psychische Gesundheit der Betroffenen. Eine "Humanisierung der Arbeit" ist durch den technischen Fortschritt zwar prinzipiell möglich. Kapitalinteressen nutzen ihn jedoch im Gegenteil weiterhin als Instrument für Leistungssteigerung und Monotonisierung. Das **System der sozialen Sicherung** gerät durch die konjunkturbedingten Einnahmeausfälle und Mehrbelastungen selbst in die Krise. Am stärksten betroffen durch die hohe Arbeitslosigkeit im siebten Nachkriegszyklus ist die Arbeitslosenversicherung. Zwischen 1972 und 76 haben sich die Arbeitslosengeldzahlungen verfünffacht. Durch das Herumschieben von Defiziten eines Versicherungsfonds je nach Bedarf zu einem anderen und die Rücknahme von Leistungen – verschärfte Zumutbarkeitsregelung bei Arbeitslosigkeit, Aussetzen der bruttolohnbezogenen Rentenanpassung, Leistungsabbau im sozialen Wohnungsbau u.a.m. – werden die Finanzierungsschwierigkeiten nicht dauerhauft gelöst und soziale Errungenschaften der Lohnarbeiter stückweise wieder abgebaut.

Wurden Anstrengungen zur Reform des **Bildungswesens** in den 60er Jahren zunächst als Reaktion auf die ungestillte Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften ("Bildungslücke") hervorgerufen, so wurde das Reformziel von der Sozialdemokratie umdefiniert zur Emanzipationsvoraussetzung bislang "unterprivilegierter Schichten". Eine Angleichung der Bildungsmöglichkeiten aller, unabhängig von Herkunft, Vermögen und Geschlecht, sollte die Klassenbarrieren überwinden helfen.

Heute wird auch von Sozialdemokraten das Bildungsangebot wieder verstärkt dem Verwertungsinteresse des Kapitals untergeordnet. Dies bedeutet konkret das Streichen der Bildungsangebote, welche nicht unmittelbar dem Arbeitsprozeß dienen. Der Anteil der Arbeiterkinder an den Universitäten nimmt heute wieder ab. Die Verschärfung der Maßnahmen, die die kapitalistische Verwertungsrationalität in allen gesellschaftlichen Bereichen zur Geltung bringen sollen, wirkt sich auch negativ auf die **Emanzipation der Frau** aus. Vor allem die berufstätigen Frauen werden betroffen, einerseits durch den kostengünstigen Grundsatz: Ungleicher Lohn für gleiche Arbeit (z.B. über Leichtlohngruppen, denen speziell Frauen zugeordnet werden), andererseits durch deren Fernhalten von qualifizierten Positionen, was von den Unternehmern mit einer erhöhten Kostenbelastung bei Abwesenheit vom Arbeitsplatz durch Geburt und Kindererziehung begründet wird.

Die **ökologische Problematik** der Umweltzerstörung, der Zerstörungsrisiken und der Ressourcenvernichtung ist nicht neu, aber heute in verschärfter Form gegeben. Sie ist zwar Produkt der kapitalistischen Weise des Produzierens, nämlich des maßlosen Triebs der Kapitalverwertung, trotzdem entwickelt die kapitalistische Gesellschaft auch eingeschränkte Lösungsfor-

men der Ökologieproblematik. Wie etwa Auflagen an die Unternehmen über den Emissionsschutz, Kostenbelastung nach dem sogenannten Verursacherprinzip, direkte Leistungen des Staates zur Beteiligung von Umweltschäden, Entwicklung alternativer Formen der Energiegewinnung u.a.m. Der ohnehin enge Rahmen, innerhalb dessen solche Maßnahmen wirksam werden können, wurde durch die Krisen noch enger gezogen: Aus fiskalischen Gründen und um den Verwertungsspielraum der Kapitale möglichst breit zu halten, kommen die aufgeführten immanenten Lösungsmechanismen kaum zum Zug.

Hohe Exportüberschüsse waren eine der wesentlichen Trümpfe in der Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft und bestimmten ihren Platz auf dem **Weltmarkt.** Im Zuge der Wechselkurvenverschiebung nach der Freigabe der Wechselkurse sowie durch eine Angleichung im internationalen Preisgefüge verlor die BRD seit Beginn der 70er Jahre ihre Vorteile auf dem Weltmarkt. Dadurch und durch die allmähliche Phasenangleichung der Konjunkturzyklen der einzelnen Länder verlor die BRD einen wichtigen wirtschaftlichen Stabilisator: die Förderung des Warenexports in den Phasen einer Stagnation oder Rezession. Der Verlust von Warenmärkten im Ausland und die Höherbewertung der DM erhöhte jedoch die Auslandsinvestitionen der BRD.

Ein rückläufiger, seit August 1980 sogar erstmals seit langem wieder negativer Handelsbilanzsaldo führte zu einer negativen Leistungsbilanz. Gleichzeitig nahmen Kapitalexporte und durch Zinsdifferenzen zu anderen Ländern bedingte spekulative Devisenabflüsse zu.
Im Ergebnis führen Kapitalexporte zu Arbeitsplatzverlusten im Inland. Negative Leistungsbilanz und – durch Devisenspekulationen zusätzlich angeheizte – Kapitalexporte führen insgesamt zu einer starken Belastung der Zahlungsbilanz in der BRD.

1. 2 Allgemeine Krisenursachen im Kapitalismus (1)

Konnte noch die "kleine Krise von 66/67 als Betriebsunfall eines ansonsten stabilen und stetigen Wachstumsprozesses heruntergespielt werden, muß

---

(1) Zur analytischen Grundlegung unserer Programmatik ist ein kurzer Abriß der Marxschen Krisenerklärung notwendig. Dabei wird auf die Feinheiten der Theoriediskussion nicht eingegangen. Auf allgemeinster Ebene werden hingegen Verwertungs- und Nachfrageaspekte als Einheit betrachtet, d.h. es erfolgt keine Zuordnung zu den Schulen der Unterkonsumtions bzw. Überakkumulationstheorien, die u.E. bestimmte Momente des Krisenverlaufs überinterpretieren.

nach dem tiefgreifenden Kriseneinbruch von 1974 und der seit Herbst 1980 zu verfolgenden konjunturellen Talfahrt die Vorstellung einer krisenfreien Entwicklung der bundesdeutschen Wirtschaft entgültig aufgegeben werden. Diese ab Mitte der sechziger Jahre offen zutragetretende Krise, mit denen massive Verschlechterungen der sozialen Lage der arbeitenden Bevölkerung einhergehen, sind nicht etwa das Ergebnis von außen über die Bundesrepublik hereinbrechender Ereignisse – wie z.B. die Ölpreiserhöhungen –, sondern Ausdruck der dem kapitalistisch verfaßten Wirtschaftssystem der Bundesrepublik innewohnenden Widersprüche.

Zyklische Krisen, die heute etwa im Abstand eines halben Jahrzehnts auftreten, sind der Normalfall der wirtschaftlichen Entwicklung kapitalistischen Typs. Die von hohen Wachstumsraten gekennzeichnete wirtschaftliche Entwicklung der ersten 20 Jahre der Nachkriegszeit, die sich aus den damals vom BRD-Kapital vorgefundenen äußerst günstigen Verwertungsbedingungen erklären läßt, hat lediglich die Tatsache ständiger Konjunkturzyklen verdeckt. Diese äußerten sich in den Anfangsjahren der Bundesrepublik nur in periodischen Abschwächungen des Wirtschaftswachstums.

So können in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg insgesamt sieben Krisenzyklen gezählt werden.

Bevor wir Krisenursache und -verlauf auf allgemeiner Ebene kurz skizzieren, noch einige Worte zur Bedeutung der Marxschen Krisenerklärung. Was sie nicht ist: Sie ist keine Zusammenbruchtheorie und sie ist keine Verblendungstheorie. Marx fand in seiner Analyse nicht heraus, der Kapitalismus würde an einen Punkt kommen, wo er gewissermaßen von selbst zusammenbrechen würde, sondern er lieferte den Nachweis, daß aus der kapitalistischen Entwicklungslogik selbst heraus die Möglichkeiten der Kapitalverwertung periodisch eingeschränkt werden, mit der Folge krisenhafter Produktionsrückgänge. Die Krise ist aber keine Endkrise, sondern sie schafft wieder Raum für einen neuen Aufschwung. Es gibt keinen langfristig irgendwie abstrakt zu prognostizierenden absoluten Zusammenbruch.

Desgleichen ist die in der kapitalistischen Entwicklung eingeschlossene Krisenhaftigkeit kein Argument für eine unaufhaltbar fortschreitende Verelendung der arbeitenden Bevölkerung. Dem materiellen Druck, den die Krise in Form von Reallohnkürzungen, Arbeitslosigkeit u.a.m. auf die Masse der Lohnabhängigen ausübt, steht die kontinuierliche Entwicklung der Produktivkräfte gegenüber, die die Basis der Ausweitung der materiellen und geistigen Bedürfnisbefriedigung der Lohnabhängigen darstellt. Tatsächlich vermehren und differenzieren sich die Konsumtionsmittel der Lohnabhängigen im Lauf der kapitalistischen Entwicklung kolossal. Der Widerspruch zwi-

schen der Verschärfung der Ausbeutung in krisenhaften Situationen und der teilweise auch für die arbeitende Bevölkerung nutzbar zu machende Zuwachs an gesellschaftlichem Reichtum kann daher nicht einseitig auf die vulgärmaterialistische Verelendungsthese verkürzt werden.

Wenn im folgenden auf die Marxsche Krisenerklärung zurückgegriffen werden soll, dann geht es um die Beantwortung folgender Fragen:

Welche allgemeinen Gesetzmäßigkeiten regulieren die heutige ökonomische und soziale Misere?
Welche gesellschaftlichen Verhältnisse müssen überwunden werden, um die durch die jüngere krisenhafte Entwicklung verstärkte Trennung der Lohnabhängigen von dem von ihnen selbst produzierten Reichtum zu überwinden?

Um die allgemeine Systematik des Krisenprozesses herauszuarbeiten, soll von den rückwirkenden Einflüssen der Staatstätigkeit, Kreditwesen, Außenhandel etc. abgesehen werden. Um die Krisenursachen aufzuspüren, muß der ökonomische Prozeß in seiner Gesamtheit analysiert werden. Dieser Gesamtproduktionsprozeß, der unter kapitalistischen Bedingungen sich in einer ganz bestimmten Form vollzieht

- beginnt mit dem Ankauf der für die Produktion vorab notwendigen Waren (Arbeitskraft, Rohstoffe, Maschinen etc.),
- setzt sich fort mit dem Produktionsprozeß, in dem die eigentliche Wertschöpfung stattfindet
- und schließt ab mit dem Verkauf der produzierten Waren am Markte.

Da dieser Prozeß nicht nur einmal, sondern immer wieder von neuem vollzogen werden muß, hat sein Resultat zugleich wieder die Voraussetzungen für den nächsten zu schaffen. Die Struktur der produzierten Waren und die Höhe des realisierten Kapitals müssen demnach so ausfallen, daß der Fortsetzung des Gesamtreproduktionsprozesses keine Schranken entgegenstehen. Dort wo der gesellschaftliche Reichtum fortlaufend auf gleicher Höhe wiederhergestellt wird – also nur soviel produziert wird, wie bei einem konstanten Konsumniveau an Waren abfließt – (einfache Reproduktion) sind die notwendigen Voraussetzungen für eine Wiederholung des Gesamtreproduktionsprozesses prinzipiell möglich.

Dem kapitalistischen Produktionsprozeß ist aber der fundamentale Trieb zur ständigen Vermehrung des Werts, beim Einzelkapitalisten im Motiv der

maximalen Profiterziehung ausgedrückt, eignen. Die kapitalistische Entwicklung geht daher über die einfache Reproduktion hinaus und treibt zu einer ständigen Vergrößerung der Kapitalmassen (=erweiterte Reproduktion). Die Voraussetzungen des Gesamtproduktionsprozesses müssen also auf ständig steigender Stufenleiter hergestellt werden.

Dem stehen jedoch der kapitalistischen Produktionsweise eigene und untereinander verknüpfte Schranken entgegen:

In jener Sphäre, in der die unterschiedlichen Waren gegeneinander getauscht werden (Zirkulationssphäre), tritt das Geld zwischen die unterschiedlichen Warenkörper. Der Warenbesitzer verkauft dem Geldbesitzer seine Ware gegen Geld. Da aber der neue Geldbesitzer keineswegs gezwungen ist, "unmittelbar zu kaufen, weil er selbst verkauft hat" (K. Marx), fallen Verkauf und Kauf auseinander. Damit besteht aber die M ö g l i c h k e i t, daß sich das Geld, das eigentlich nur Ausdruck für den Wert einer Ware ist, gegenüber dem ursprünglichen Warenwert verselbständigt. Es kann daher vorkommen, da die auf den Markt getragenen Waren keine Käufer finden. Durch die Trennung von Verkauf und Kauf kann also die Krise die Form einer Überproduktion von Waren annehmen.

Zweck der kapitalistischen Produktion ist die Abpressung eines möglichst hohen Mehrwertquantums. Alleinige Quelle des Mehrwerts ist dabei die Ware Arbeitskraft. Da der Kapitalist nicht eine vereinbarte Menge Arbeit, sondern die Arbeitskraft während einer vereinbarten Zeitspanne kauft, wird er bestrebt sein, die n o t w e n d i g e A r b e i t, also jenen Abschnitt des Arbeitstages, in dem der Arbeiter den Gegenwert der zu seiner eigenen Lebenserhaltung notwendigen Lebensmittel produziert, zu verkürzen. Durch die auf diese Weise herbeigeführte Ausdehnung der M e h r a r b e i t gelingt es nun dem Kapitalisten, sich mehr Werte als vordem anzueignen. Im allgemeinen wird das Kapital eine Verkürzung der notwendigen Arbeit durch Produktivkraftsteigerung durchsetzen, womit in der Regel eine Vergrößerung des für Maschinen vorzuschießenden Kapitalanteils (konstantes Kapital) verbunden ist. Eine gleichbleibend große Anzahl Arbeiter wird jetzt bei unverändertem Lohn ein größeres Mehrwertquantum produzieren. Damit steigt die Mehrwertrate, die das Verhältnis von Mehrwert zu für die Ware Arbeitskraft vorzuschießendes Kapital (variables Kapital) angibt.

Die mit der Erhöhung der Mehrwertrate einhergehende Verkürzung der notwendigen Arbeit bewirkt aber eine Reduzierung der lebendigen Arbeit als alleinige Quelle von Mehrwert zugunsten toter Arbeit (Maschinen). Dieser Ersatz lebendiger Arbeit durch tote Arbeit führt in der **Tendenz zum Fall**

der Profitrate, die das Verhältnis von Mehrwert zum insgesamt eingesetzten Kapital angibt (2).

Gegenläufige Entwicklungen, hauptsächlich die Erhöhung der Mehrwerte, können diese Tendenz abschwächen oder kurzfristig umkehren, nicht jedoch aufheben. Die kapitalistische Produktionsweise erzeugt damit selbst ihre Verwertungsschranken.

Die Reduzierung der notwendigen Arbeit verringert zugleich die Kaufkraft der Arbeiter im Verhältnis zur produzierten Wertmasse. Realisationsschwierigkeiten des produzierten Warenwerts, d.h. Verkaufsstockungen sind die Folge.

Weitere Störmomente für die Kapitalakkumulation können hier nur aufgelistet werden:

- **keine qualitative Entsprechung von Nachfrage nach und Angebot an Produktionsmitteln**
- **Wertverlust bereits produzierter Waren durch Umwälzung ihrer Produktionsbedingungen**
- **Arbeitskräftemangel**
- **Disproportionen zwischen der Konsum- und Investitionsgüterindustrie**

---

(2) Ein Sinken der Profitrate ergibt sich genau dann, wenn die organische Zusammensetzung des Kapitals (Verhältnis von konstantem zu variablem Kapital) schneller wächst als die Mehrwertrate, da:

$$p' = \frac{m}{c+v} = \frac{\frac{m}{v}}{\frac{c}{v}+1} \quad ; \text{wobei } \frac{m}{v} = \text{Mehrwertrate}$$

und $\frac{c}{v}$ = org. Zusammensetzung des Kapitals

Zeichenerklärung:
p' = Profitrate, m = Mehrwertrate, c = konstantes Kapital, v = variables Kapital

Wir fassen zusammen:

Der Gesamtreproduktionsprozeß faßt die formell getrennten ökonomischen Aktivitäten in der Zirkulations- und in der Produktionssphäre zusammen. Die Notwendigkeit der fortwährenden Wiederholung des Gesamtproduktionsprozesses auf immer höherer Stufenleiter erfordert jedoch eine gleichmäßige und möglichst kontinuierliche Entwicklung der einzelnen ökonomischen Aktivitäten. Da aber immer wieder Ungleichmäßigkeiten (Disproportionen) und Stockungen im ökonomischen Prozeß auftreten, übernimmt die Krise die Funktion, ein gestörtes Gleichgewicht wieder herzustellen.

Die N o t w e n d i g k e i t der Krise ergibt sich dadurch, daß das ökonomische System in seiner kapitalistischen Formbestimmtheit sich auf ständig steigender Stufenleiter wiederherstellen muß. Die Maßlosigkeit der im unmittelbaren Produktionsprozeß stattfindenden Mehrwertschöpfung setzt sich zwei Schranken für die Kontinuität des Reproduktionsprozesses. Zum einen durch den Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals, der die mehrwertsetzende Basis beschränkt und sich im Fall der Profitrate ausdrückt (Verwertungsschranke). Zum zweiten in der Verkürzung der notwendigen Arbeit im Verhältnis zur Mehrarbeit als Realisationsschranke für den produzierten Mehrwert.

Die w i r k l i c h e Krise ist das Resultat der sich jeweils mit unterschiedlichem Gewicht durchsetzenden Krisenmomente. Die Tendenz des Kapitals zur maßlosen Verwertung, d.h. zu seiner fortwährenden Neuanlage mit dem Ziel einer immer größeren Mehrwertabpressung, führt periodisch zu Stokkungen im Gesamtreproduktionsprozeß. Es wird zuwenig Mehrwert für die kontinuierliche Akkumulation des Kapitals und zuviel Mehrwert für die Realisierung des Produktenwerts produziert. **Die Überakkumulation von Kapital ist daher zugleich Überproduktion von Waren.**
Die Periodizität im ökonomischen Prozeß rührt von der Umschlagsdauer des fixen Kapitals (3) her, die durch die Konkurrenz der Kapitale um technische Neuerungen eine tendenzielle Vereinheitlichung erfährt. Die Einzelkapitale sind gezwungen, bei dem Ersatz von verschlissenem fixen Kapital bzw. bei dessen Neuanlage, sich einander anzugleichen, um konkurrierenden Kapitalen keine großen Vorteile durch Produktivitätssteigerungen einzuräumen. Nach einem bestimmten — sich tendenziell verkürzenden —

---

(3) Das fixe Kapital bildet diejenigen Bestandteile des konstanten Kapitals, die nicht unmittelbar stofflich in das Produkt eingehen (z.B. Maschinen). Die in das Produkt eingehenden Bestandteile (z.B. Rohstoffe) werden in diesem Zusammenhang als "zirkulierendes Kapital" bezeichnet.

Zeitraum kommt es zu einer Massierung bei der Anlage von fixem Kapital. Diese geht einher mit einer beschleunigten Erhöhung der organischen Zusammensetzung und führt – soweit die Produktivitätssteigerung und damit das Wachstum der Mehrwertrate nicht Schritt hält – zu einem aktuellen Fall der Profitrate. Da die Profitrate aber maßgeblich die Investitionsneigung der Kapitalisten beeinflußt, kommt es nach diesem Zeitpunkt zu einer Drosselung der Produktion, zu überakkumuliertem Kapital (unausgelastete Kapazitäten) und zu Massenentlassungen. Auf der anderen Seite äußert sich die Krise in einer Überproduktion von Waren, die produzierten Waren finden keine kaufkräftigen Nachfrager. In dem nun folgenden konjunkturellen Abschwung verschafft sich der "Reinigungseffekt" der Krise Geltung: Konstantes wie variables Kapital wird im Verhältnis zum akkumulierten Kapital der vorangegangenen Periode entwertet, bis die durchschnittliche Profitrate in einem Maße gestiegen ist, das eine Neuanlage von Kapital wieder rentabel erscheinen läßt. Zugleich muß der eingeengte Realisierungsspielraum (der durch die Entwertung der Kapitalbestandteile weiter beschränkt wird) wieder ausgeweitet werden, um der Heftigkeit des Abschwungs und der Entwertung von konstantem und variablem Kapital entgegenzutreten.

1. 3 Krisenentwicklung in der BRD

Die folgende Einteilung der ökonomischen Entwicklung in der Nachkriegszeit faßt nach den Gesichtspunkten des Niveaus der sozialen Verhältnisse und der Kapitalakkumulation jeweils die Zyklen 1 - 4 (1950-1967, 5 und 6 (1967-1975) und 7 (1975-1980) zusammen.

1. 3. 1 1950 - 1966

Bis Mitte der sechziger Jahre drücken sich die kapitalistischen Zyklen lediglich in periodischen Abschwächungen des Wirtschaftswachstums aus, während erst in der Krise 66/67 ein absoluter Rückgang des Bruttosozialprodukts und eine gravierende Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist. Die Gründe für diese prosperierende Entwicklung der kapitalistischen Produktion liegen sowohl in den Bedingungen der Produktion als auch der Nachfrage. Die Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterbewegung im Hitlerfaschismus brachte das Kapital in eine äußerst günstige Ausgangsstellung bei der Durchsetzung seines Interesses gegenüber den Lohnarbeitern. Die relative Unentwickeltheit einer wirksamen gewerkschaftlichen Gegenmacht, die zudem durch das bis Ende der 50er Jahre bestehende Überangebot an Arbeitskräften erschwert wurde, zeigt sich am deutlichsten darin, daß lange Zeit das westdeutsche Lohnniveau hinter dem der vergleichbaren kapitalistischen Metropolen nachhinkte. Beispielsweise glichen sich die Löhne in der BRD erst in den 70er Jahren denen der USA an.

Weitere expansiv wirkende Faktoren waren gegeben:
Die Produktionsanlagen waren zwar, stofflich betrachtet, um ein Fünftel durch den Krieg und Demontage vermindert; dies führte zu Engpaßproblemen, deren Beseitigung u.a. mit Hilfe des Marshall-Plans die Grundlagen für einen raschen Aufschwung legte. Der "Korea-Boom" gab diesem weitere Impulse. Schließlich standen qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung, deren Zahl durch den Flüchtlingsstrom (allein bis 1961 3 Mio. DDR-Bürger) rasch erhöht wurde. Ausländische Arbeitnehmer (Stand 1966: 1,2 Mio.) wurden ab Ende der 50er Jahre verstärkt angeworben und erfüllten als billige Arbeitskräfte im Produktionsprozeß und als Käufer von Konsumgütern eine wichtige Funktion für die Kapitalakkumulation.

Unter den Bedingungen dieser prosperierenden Akkumulationsphase konnten Fortschritte für die soziale Lage der Lohnarbeiter erreicht werden. Neben einem seit Mitte der 50er Jahre steigenden Reallohnniveau wurde auch das Netz der sozialen Sicherung enger geflochten: Rentenreform 1957, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall u.a. Daneben beginnt 1956 der stufenweise Abbau der 48-Stunden-Woche hin zur wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden. Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch Intensivierung und technischen Fortschritt schwächte bis Mitte der sechziger Jahre die Tendenz des Profitratenverfalls erheblich ab. Insbesondere im 4. Zyklus stieg jedoch die organische Zusammensetzung des Kapitals deutlich und förderte den Profitratenverfall. Das verschärfte Ungleichgewicht der Kapitalakkumulation machte sich in der Krise 1966/67 in größerem Umfang Luft: erstmalig nach dem Krieg sank das reale BSP unter das Vorjahresniveau. Die Arbeitslosenzahl stieg sprunghaft von knapp 200 000 auf 460 000.

1. 3. 2 1967 - 1974

Die in der Reaktion auf die Überproduktion von Waren und Kapital hervorgerufene Kontraktion der Produktion schuf zugleich die Grundlagen für einen neuen Aufschwung. Mit der Entwertung bzw. dem **Brachliegen von fixem konstantem Kapital** – oberflächlich ausgedrückt in einer Unterauslastung von Kapazitäten und vermehrten Konkursen – wurde der fixe Anteil des Kapitalvorschusses reduziert und damit eine Bedingung für die Erhöhung der Profitraten erfüllt. Die zweite Bedingung, die **Verbilligung der Arbeitskräfte,** wurde durch die Schwächung der Kampfposition der Lohnarbeiter infolge der Arbeitslosigkeit, bzw. durch bewußt freiwillige Zurückhaltung in den Tarifforderungen erbracht. Der Reinigungseffekt der Krise von 1966/67 äußerte sich insbesondere in einer weitgehenden **Umstrukturierung der Kohle- und Stahlproduktion:** Stillegung alter Anlagen, Modernisierung auf geringerem Kapazitätenniveau bei umfangreichem finanziellem Engagement des Staats. Eine institutionelle Verfestigung der gebremsten Einkommenspolitik der Gewerkschaften wurde in Form der

Konzertierten Aktion geschaffen. Vermittelt über den Kriseneinbruch wurde so die Mehrwertrate auf ein neues Niveau angehoben, das erst in einer Phase verstärkter Einkommensforderungen und Verbesserungen ab Ende der 60er Jahre der sozialen Sicherung wieder etwas unterschritten wurde.

Neben den "klassischen" Bedingungen in Gestalt von Kapitalentwertung und Erhöhung der Mehrwertrate wirkte sich auch die Tatsache, daß wichtige Exportländer der westdeutschen Wirtschaft nicht gleichzeitig mit der BRD in eine Krise gestürzt wurden, beschleunigend für den Wiederaufschwung aus, da so der **Export** um ein Beträchtliches erhöht werden konnte. (Der Anteil des Exports am Bruttosozialprodukt erhöhte sich zwischen 1965 und 1970 von 17,6 auf 22,5% in Preisen von 1970). Im fünften Nachkriegszyklus 1967-71 beschleunigte sich die Kapitalakkumulation. Die Arbeitnehmer konnten dies für eine Verbesserung ihrer sozialen Lage nutzen, teilweise allerdings in harten Lohnkämpfen erstritten. Die erhöhten Vorleistungen des ab 1969 sozialliberal regierten Staates im Sozial- und Bildungswesen förderten diese Entwicklung. Das Ende des fünften Zyklus zeigt sich lediglich als Wachstumsabschwächung ohne größere Folgen für den Arbeitsmarkt. Allerdings tritt mit der Wende zum sechsten Zyklus (1971-75) ein entscheidender Trendwechsel in der Struktur des Wachstums und der gesellschaftlichen Arbeit ein. Die Akkumulation des Kapitals wird gegenüber der Vorperiode nachhaltig vermindert und damit die produktive Basis des gesellschaftlichen Gesamtkapitals reduziert. Eine Ausweitung der kapitalistischen Produktion, die notwendig wäre, um die durch die Produktivkraftentwicklung freigesetzten Arbeitskräfte weiter produktiv zu beschäftigen, entfällt (4).

---

(4) Diejenigen Arbeiter sind produktiv, die erstens Gebrauchswerte, zweitens Tauschwerte und drittens Mehrwert produzieren. Diese Definition orientiert sich an der kapitalistischen Formbestimmtheit der Produktion und gibt Aufschluß, ob eine bestimmte Arbeit unmittelbar durch Mehrwertproduktion der Kapitalverwertung dient oder nicht. Über eine nach anderen Kriterien zu befindende soziale oder individuelle Nützlichkeit von bestimmten Arbeiten ist damit nicht entschieden. Die trotz verlangsamter Kapitalakkumulation im sechsten Zyklus angelegte Tendenz zur Überproduktion von Kapital unter verschärften Konkurrenzbedingungen zeigt sich auch darin, daß die Kaitalintensität in diesem Zeitrum um rd. 39% steigt, während die Arbeitsproduktivität nur um rd. 15% zunimmt. d.h. der vermehrte Einsatz von sachlichen Produktionsvoraussetzungen nicht einmal zur Hälfte in einem vermehrten Produktionsausstoß umgesetzt werden kann. Wie bei der Krise von 1966/67 geht dem nun weit tieferen Kriseneinschnitt ein Fall der Profitrate voraus, der allerdings nicht gravierender ist, als 1967 und damit nicht die ganze Schwere der Krise erklärt. Bedingungen dafür sind:

— die im sechsten Nachkriegszyklus deutlich rückläufige Kapitalakkumulation,
— die zeitliche Synchronisation der nationalen Krisen der westlichen Industrieländ-

Die Ausweitung unproduktiver Bereiche der gesellschaftlichen Arbeit (Beschäftigung beim Staat oder in den unproduktiven Bereichen der Kapitalunternehmen: Verwaltung, Handel etc.) bremst ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosenzahl und stabilisiert mit den dort erzielten Einkommen die gesamtgesellschaftliche Nachfrage und damit die Realisierungsmöglichkeiten des Warenwerts. Im sechsten Zyklus konnte, gerade weil der Freisetzungsprozeß industrieller Arbeiter nur in geringem Umfang auf die Arbeitslosigkeit durchschlug, die soziale Position der Lohnarbeiter aufrechterhalten werden und damit nachfragewirksam bleiben. Entsprechend gab die stabile Nachfrage den Kapitalien das Instrument der Preiserhöhung zur Kompensation der verschlechterten Verwertungsbedingungen an die Hand. Angesichts der Tatsache, daß trotz rückläufiger Kapitalakkumulation durch die Erweiterung der unproduktiven Bereiche zunächst ein labiles Gleichgewicht aufrechterhalten werden konnte, wurden besonders in der Sozialdemokratie Tendenzen bestärkt, die öffentlichen Dienste als real selbständigen Wachstumsfaktor zu begreifen. Der zyklische Einbruch von 1974/75 bereitete dieser flüchtigen Idylle aus abnehmender industrieller Akkumulation und Inflation ein abruptes Ende.

Die Schwere des Kriseneinbruchs von 1974/75 schlägt sich in einer Erhöhung der Zahl der registrierten Arbeitslosen auf weit über eine Million nieder, wovon besonders der produktive Bereich der gesellschaftlichen Arbeit mit einem Beschäftigungsrückgang von über 10% betroffen ist. Das BSP sinkt 1975 um rd. 6% ab. Dabei verläuft auch der Prozeß der Kapitalvernichtung, von der die Bauindustrie besonders heftig betroffen wird, bedeutend umfassender als 1966/67. Die jährlichen Konkurse sind in dieser Krise mit etwa 9000 mehr als doppelt so hoch wie in der Krise 1966/67.

1.3.3 1975 - 1981

Erstmals nach einer langen Periode der Ausdehnung des Weltmarktanteils durch das bundesdeutsche Kapital geht dieser zwischen 1973 und 1975 wieder spürbar von 12,9 auf 11,3% zurück, kann also der Außenhandel dem Wiederaufschwung nicht in dem Maße zusätzliche Impulse verleihen wie nach der Krise von 1966/67. Die Sanierung der Produktion, die gleichzeitig Sanierung der Mehrwertproduktion ist, wird verstärkt der Masse der Lohn-

---

der, womit der Weltmarkt auf die inländische Krise — im Gegensatz zu 1966/67 verstärkend zurückwirkt,

- die Verteuerung wichtiger Rohstoffe, v.a. des Rohöls, die einen zusätzlichen Druck auf die Kostenseite ausübt, bzw. bei einer Überwälzung auf die Preise zu einer Veränderung der Nachfragestruktur führt.

arbeiter aufgelastet. Dem Kapital gelingt es, die Mehrwertrate nach 1975 beschleunigt zu erhöhen und auf dem erhöhten Niveau zu festigen. Die dadurch profitabler gewordene Neuanlage von Kapital legt sich damit aber auch zugleich höhere Schranken der Realisierung auf. Sie kommt im siebten Zyklus nur zögernd wieder in Gang und verhindert durch verstärkte Rationalisierungsmaßnahmen eine wirksame Verminderung der Arbeitslosigkeit. Nach einer Belebung der Konjunktur 1978/79, die sich nun bereits wieder in einer Abschwächungsphase befindet, ist ein weiterer zyklischer Kriseneinbruch eingetreten. Unter den Bedingungen des gegenwärtigen zyklischen Abschwungs erreichte die Arbeitslosenzahl 1981 wieder Werte der fünfziger Jahre. Die trotz negativen Inhalts noch recht optimistischen Projektionen des Jahreswirtschaftsberichts der Bundesregierung dürften nicht erreicht werden, weil u.a.

- eine Stützung konjunktureller Impulse durch die Exportnachfrage wegen des allgemeinen weltwirtschaftlichen Kriseneinbruchs nicht zu erwarten steht
- Die internationalen hohen Zinssätze die Anlage von Kapital in Form von Finanzkapital bzw. Kapitalflucht statt einer produktiven Verwendung begünstigen
- der Zerfall des internationalen Währungssystems der Stabilisierung der weltwirtschaftlich verflochtenen Kapitalakkumulation entgegenwirkt.

Die Verwertung von Kapital wird unter den harten internationalen Konkurrenzbedingungen vorangetrieben, ohne daß ein frühzeitiger Wiederaufschwung absehbar wäre. Es liegt auf der Hand, daß die abhängig Beschäftigten nicht nur steigende Arbeitsplatzrisiken zu gegenwärtigen haben, sondern darüberhinaus auch einkommenspolitisch diszipliniert werden sollen — die erkämpften Tarifabschlüsse dieses Jahres laufen Gefahr, durch die erwartbare Preisentwicklung überholt zu werden mit der Folge von Reallohnverlusten.

1. 4 Staatliche Wirtschaftspolitik

1. 4. 1 Wirtschaftspolitik bis 1974

Nachdem die wirtschaftliche Entwicklung nach einer längeren Phase fast ungebrochener Prosperität mit der Krise von 1966/67 sichtbar an Eigendynamik eingebüßt und ihre innere Widersprüchlichkeit offenbart hatte, wurde im **Stabilitäts- und Wachstumgsgesetz** von 1967 die **Notwendig-**

keit staatlicher Eingriffe zur Konjunktursteuerung definiert. Das Konzept der Globalsteuerung mit der staatlichen Einnahme- und Ausgabenpolitik als zentralem Instrument sollte es ermöglichen, durch — grob skizziert — Nachfrageeinschränkungen in Phasen der Hochkonjunktur und Frageausweitung in Phasen des Konjunkturabschwungs einen möglichst zyklisch abgeglätteten Verlauf des Wirtschaftswachstums herbeizuführen. Damit stellte es sich klar in den theoretischen Begründungszusammenhang des Keynesianismus. Der nach 1967 folgende Aufschwung mit Vollbeschäftigung und niedriger Inflationsrate schien die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges zu bestätigen. Allerdings blieben die Lohneinkommen gegenüber den Profiten relativ zurück: Einkommenspolitik in Form der konzertierten Aktion erwies sich als Stütze des Verwertungsinteresses des Kapitals. Das Ansteigen der Inflationsrate und die gleichzeitige Verminderung der Wachstumsraten ("Stagflation") in der ersten Hälfte der 70er Jahre zeigten die **Grenzen keynesianischer Wirtschaftspolitik** auf. Damit wurde die Abkehr von der Politik einer expansiven staatlichen Nachfragesteuerung hin zur Begrenzung der Staatsausgaben und des Geldmengenwachstums eingeleitet, auf wirtschaftstheoretischer Ebene ausgedrückt in einer Hinwendung zum Monetarismus (5). Die restiktive Geldpolitik verschärfte den Einbruch 1974/75 und wirkte disziplinierend auf die Arbeitnehmer.

1. 4. 2 Die Wirtschaftspolitik seit der Wirtschaftskrise 1974/75 und die Entwicklung der Staatsfinanzen

Das Finanzierungsdefizit der Gebietskörperschaften erhöhte sich von 8,82 Milliarden DM 1973 über 27,28 Milliarden DM 1974 auf die Rekordhöhe von 63,84 Milliarden DM 1975. Das Finanzierungsdefizit im Bun-

---

(5) Die Angst der praktizierenden Keynesianer um die Wirksamkeit ihres Instrumentariums, gepaart mit der Erkenntnis, daß ein langfristiger Aufschwung nur bei guten Verwertungsbedingungen des Kapitals gewährleistet werden kann, führte auf wirtschaftspolitischer Ebene zu einer Annäherung sich im grunde widersprechender wirtschaftstheoretischer Schulen, dem Keynesianismus und dem Monetarismus. Während Keynesianer dem kapitalistischen Wirtschaftssystem eine grundsätzliche Instabilität zuschreiben, diese jedoch durch staatliche Regulierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und Verbesserung der Verwertungsbedingungen des privaten Kapitals zu kompensieren versuchen, gehen die Monetaristen davon aus, daß kapitalistische Marktwirtschaft grundsätzlich zu einem stabilen Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung neigt und lediglich der Staat durch unvorhersehbare wirtschaftspolitische Aktionen den Wirtschaftsprozeß störe. Beide Positionen trafen sich in der "Einsicht", daß erst einmal wieder "vernünftige" Rahmenbedingungen für die Wirtschaft geschaffen und die Inflation gebremst werden sollte. Die Krise von 1974/75 wurde daher auch vom Sachverständigenrat als Reinigungskrise interpretiert, die die Voraussetzungen für einen erneuten Aufschwung und relativ stabileres Preisniveau bei einer gemäßigten Lohnpolitik der Gewerkschaften und verbesserten Verwertungsbedingungen des Kapitals geschaffen hat.

deshaushalt entstand einerseits durch den krisenbedingten Ausfall von Steuereinnahmen, andererseits durch den Versuch, durch das Programm zur Förderung von Beschäftigung und Wachstum bei Stabilität (6) und dem "Programm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen" (7) die Profitabilität der Investitionen zu verbessern (Investitionszulage) und die Nachfrage im Bausektor zu stützen. Über das Ausmaß und die Dauer der Krise bestand weitgehend Unklarheit. Die 1974 und 1975 beschlossenen Ausgabenprogramme, eine Lockerung der geldpolitischen Restriktionen und die erwartete zurückhaltende Lohnpolitik wurden als ausreichend angesehen, die Verwertungsbedingungen des Kapitals soweit zu verbessern, daß es zu einem konjunkturellen Aufschwung kommt. Ende 1975 standen nicht zusätzliche Ausgabenprogramme zur Diskussion, sondern vor allem der Abbau des Staatsdefizits (8).

Eine Entlastung des Kapitalmarktes durch den Staat sollte die Kreditbeschaffungsmöglichkeiten der Unternehmen verbessern. Für 1976 wurden massive Einsparungen im öffentlichen Dienst und für 1977 Steuererhöhungen beschlossen. (9) Die Gewinne der Unternehmer stiegen 1976 stark an, ohne daß sich dadurch an dem Problem der weiterhin hohen Arbeitslosigkeit etwas geändert hatte. Auch verschlechterte sich zunehmend die finanzielle Lage von Rentenversicherungen, Krankenversicherungen und der Bundesanstalt für Arbeit. Die entstandenen Defizite sollten durch Beitragserhöhungen, Leistungskürzungen und Verschiebung der Defizite unter den Versicherungsträgern ausgeglichen werden. (10)

Da sich Anfang 1977 an der hohen Arbeitslosigkeit nichts geändert hatte, beschloß die Bundesregierung im März 1977 das **"Programm für Zukunftsinvestitionen"** (11).

Die Bundesregierung kehrte damit für kurze Zeit im Jahre 1978 wieder zu einer, zumindest partiell, expansiven Ausgabenpolitik mit steigenden Staats-

---

(6) Zusätzliche Investitionen des Bundes und Investitionszulage.
(7) Hauptsächlich Bauinvestitionen.
(8) Ausgabenkürzungen gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung 1974-78 von 5,1 Mrd. DM für 1976, 6,6 Mrd. DM für 1977 und11,4 Mrd DM für 1978.
(9) Im Bereich der Umsatzsteuer und Verbrauchssteuern.
(10) Vgl. hierzu die Maßnahmen des "Sozialpakets".
(11) Im Gegensatz zu Maßnahmen globaler Investitionsförderung enthält es eine differenzierte, mehrjährige inzwischen auslaufende Förderung in einer Gesamthöhe von rd. 16 Mrd. DM für die Bereiche Verbesserung im Verkehrssystem, Rationelle und umweltfreundliche Energieverwendung, Wasserwirtschaftliche Vorsorge, Verbesserung der Wohnumwelt.

defiziten zurück. Es handelte sich hierbei jedoch nicht um eine Stärkung der Massenkaufkraft, sondern hauptsächlich um die Schaffung von Vorleistungen im Infrastrukturbereich für das private Kapital. (12) Gleichzeitig wurde jedoch auf die Erhöhung der Umsatzsteuer (5,5% auf 6,5% bzw. 11% auf 13%) und die Senkung der Vermögenssteuer von der Bundesregierung beschlossen. Im Juli 1978 wurden zusätzlich neue "Beschlüsse zur Stärkung der Nachfrage und zur Verbesserung des Wirtschaftswachtums" vom Bundeskabinett vorgelegt.(13) **Die gedämpft expansive Ausgabenpolitik wurde mit den Koalitionsvereinbarungen zur Haushaltskonsolidierung vom Herbst 1980 erst einmal abgebrochen.**

Über den Wegfall von bestimmten Vergünstigungen (u.a. Spar- und private Wohnbauförderung), weitere Etatkürzungen, punktuelle Anhebung der Einnahmen (Mineralölsteuer) sollte die Staatskasse bereits 1981 um 1,8 Mrd. DM und 1984 um 3,8 Mrd. DM entlastet werden. Die Beeinträchtigung v.a. der unteren Einkommensempfänger durch einen Teil dieser Maßnahme wird durch das Steuerpaket ab 1981 nicht kompensiert. Die geplante Kreditaufnahme im Ausland stellt noch keine prinzipelle Abweichung vom Sparkurs dar! Allem Anschein nach will die Bundesregierung trotz aller negativen Effekte dieser Politik — ungezügelte Verschlechterung der Beschäftigungssituation, Sozial- und Einkommensabbau — daran festhalten, um, wie es heißt, eine Begrenzung der Staatsverschuldung zu erreichen. Dieses Ziel wird angesichts der ökonomischen Krise dennoch nicht realisieren lassen. Alle Daten über die Entwicklung des Staatshaushalts sprechen im Gegenteil dafür, daß v.a. aufgrund des durch die steigende Arbeitslosigkeit erhöhten Finanzbedarfs der Sozialversicherung die Nettokreditaufnahme erheblich über die für 1981 angepeilte Marke von rd. 27,5 Mrd. DM hinausgehen wird.

1. 4. 3 Klassenabbau durch staatliche Umverteilung

Mit der 1973 einsetzenden Umorientierung der Finanz- und (früher schon) Geldpolitik auf einen restriktiven Kurs, der lediglich mit Maßnahmen zur Investitionsförderung gelockert wurde, erweisen sich Hoffnungen auf eine graduelle Ausweitung der Staatsleistungen für die Interessen der Lohnabhängigen ohne gleichzeitige Eingriffe in kapitalistische Produktion selbst als illusionär. Solche Erwartungen wurden trotz der faktischen Überholtheit einer keynesianischen Umverteilungspolitik und des tiefen Kriseneinbruchs noch in dem 1975 beschlossenen Orientierungsrahmen der SPD für die Zeit

---

(12) Ursprünglich 13,8 Mrd. DM bis 1981 vorgesehen.

(13) Aufstockung der Ausgabenplanung für 1979 4,7 Mrd. DM und 1980 6,5 Mrd. DM.

bis 1985 aufgestellt. Es heißt hier: "Der Staat schafft und erhält die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Existenzbedingungen der privaten Unternehmen, sorgt für die Einrichtungen der Infrastruktur und der sozialen Versorgung und verringert das konjunkturelle Risiko durch seine auf Vollbeschäftigung und stetiges Wachstum gerichtete Steuerungspolitik". Die offen zutage getretene Widersprüchlichkeit dieser Zielsetzungen, die der kapitalistischen Wirtschaft selbst eigen ist und zyklisch mit unterschiedlicher Heftigkeit hervorbricht, wird übersehen. Stattdessen wird die Abhängigkeit staatlichen Handelns auf ein Problem der gesellschaftlichen Machtverhältnisse reduziert: "Die Politik des demokratischen Sozialismus muß (daher) zugleich die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer verstärken, die "Gegenmacht" der Gewerkschaften gegenüber der Kapitalseite sichern und den Handlungspielraum des Staates gegenüber privater Wirtschaftsmacht erweitern."

An der Tatsache des Wechsels von einer expansiven zu einer ausgeprägt restriktiven Politik erweist sich jedoch eine viel grundlegendere Abhängigkeit des Staates von der Wirtschaft:

- Einer Politik der sozialstaatlichen Wohlstandsförderung und Besserstellung der breiten Masse der Lohnabhängigen sind durch die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion unmittelbar Schranken auferlegt. Kommt die Produktion des gesellschaftlichen Reichtums ins Stocken, dann vermindern sich auch die Einnahmen des Staates und werden kostspielige Umverteilungsreformen blockiert. Weder eine – hypothetische – inflationäre Geldschöpfungspolitik des Staates noch die Erhöhung seiner Schulden bieten einen langfristigen Ausweg aus diesem Dilemma.
- Um seine Einnahmequellen zu sichern und damit Handlungsfähigkeit zu erhalten, muß der Staat fördernd auf die gesellschaftliche Produktion einwirken. Unter der unangetasteten Voraussetzung, daß die Produktion als kapitalistische zugleich Produktion einer "normalen" Masse von Mehrwert bedeutet, greift der Staat mit Maßnahmen zur Ankurbelung profittragender Produktion ein. Gerade unter Krisenbedingungen führt dies notwendig zu einer Belastung der Arbeitnehmer mit den Krisenfolgen, indem sozialstaatliche Programme ausgesetzt werden und der Entlassung von Arbeitnehmern, Reallohneinbußen und Arbeitsintensivierung keine (die Kapitalrentabilität schwächende) Auflagen an die Kapitale entgegengesetzt werden können.

Die seit 1966 gemachten Erfahrungen sowohl mit einer mehr expansiven (keynesianisch) und seit Anfang der siebziger Jahre restriktiven (monetarisch begründeten) Politik zeigen, daß beide Typen die grundlegende Abhängigkeit des Staates von der kapitalistisch bestimmten Ökonomie zwar in unterschiedlicher Form widerspiegeln, diese aber nicht aufzugeben vermögen. Es ergibt sich, daß der Staat (abgemildert unter den Bedingungen einer sozialdemokratisch geführten Regierung) die grundlegende Klassenteilung der Gesellschaft damit reproduziert, jedenfalls nicht aus sich heraus ohne gleichzeitige Einschränkung kapitalistischer Produktionsprinzipien aufzuheben vermag. Seit 1974 kommen vielmehr mit dem Abbau sozialer Errungenschaften die vielfältigen klassenbestimmten sozialen Unterschiede wieder deutlich zum Vorschein.

1. 4. 4 Sozialliberale Umweltpolitik

In der großen programmatischen Entwürfen der Sozialliberalen (Freiburger Thesen der FDP, 1972 und Orientierungsrahmen '85 der SPD, 1975) einerseits und der in der umfangreichen Politik beratenden Wissenschaftsproduktion der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel (zwischen 1974 und 1976 rd. 150 Einzelstudien plus Abschlußgutachten) andererseits spiegelten sich sowohl die objektiven Krisenverhältnisse der westlichen Ökonomien zwischen 1966 und 1975 wider als auch die wissenschaftlichen Begründungskonzepte, mit denen praxisanleitende Reformvorschläge zur Krisenüberwindung angeboten wurden.

Diesen sozialliberalen Ansätzen zur Reform einer Vielzahl kapitalistischer Krisenerscheinungen ist das Programm des **"qualitativen Wachstums"**, das Konzept des **"aktiven Strukturwandels"** geschuldet. Die staatliche Umweltpolitik wiederum wurde als Systemelement des Systems des "qualitativen Wachstums" interpretiert.

Die politische Begründung des "qualitativen Wachstums" lautete Anfang der 70er Jahre, daß das quantitative Wachstum zahlreiche soziale und ökologische Folgeprobleme verursache, deren Bewältigung nicht mehr über den Marktmechanismus zu bewerkstelligen sei. Die Überwindung der unerwünschten Effekte des Wachstums sei nur durch ein langfristiges Programm staatlicher Strukturpolitik möglich.

In der sozialdemokratischen Vorstellung vom Zwang zum "qualitativen Wachstum" haben folgende Überlegungen eine wichtige Rolle gespielt.

Wenn mit steigendem Wirtschaftswachstum die sozialen, ökologischen, gesundheitlichen und infrastrukturellen Folgekosten ebenfalls steigen, ihre staatliche Finanzierung aber von der (zunehmend unwahrscheinlicheren) stetigen Steigerung der Wachstumsraten der Produktion abhängt, kann es ökonomisch sinnvoll werden, diesen Kausalzusammenhang zu entkoppeln.

Es sei angesichts sinkender Wachstumsraten der Produktion (seit Ende der 60er Jahre in fast allen OECD-Ländern) sinnvoller, durch "qualitative" Umstrukturierung des Produktionsapparates (Kapitalstock) einen Teil der Folgekosten erst gar nicht entstehen zu lassen. Dadurch können in Krisenphasen der von einem Teil der Sozialkosten entlastete Staatshaushalt unmittelbar zur Verbesserung der Investitionsbedingungen verwandt werden.

Auch für die SPD galt und gilt:
Erst langfristig gesichertes Wachstum der Produktion (Kapitalinvestitionen) schafft die materiellen und finanziellen Bedingungen, um den "Strukturwandel der Marktwirtschaft" sowie deren soziale und ökologische Folgekosten bezahlen zu können.
Erst weiteres Wirtschaftswachstum ermöglicht eine Umstrukturierung der Nachfrage zugunsten eines höheren Staatsanteils am Sozialprodukt. Von diesem erhöhten Staatsanteil (bei gleichzeitig relativ sinkendem privatem Komsumanteil am Sozialprodukt) soll nicht nur die Finanzierung des "Strukturwandels" abhängen, sondern auch die Finanzierung des "Programms der inneren Reformen".
Umgekehrt wurde zur Kenntnis genommen, daß der Reformspielraum in ungefähr dem Umfang geringer werden mußte, in dem die Wachstumsraten der Kapitalinvestitionen und Nettorenditen sinken würden. Sinken die Raten des Wirtschaftswachstums unter ein bestimmtes Niveau (als kritische Größe gelten 3 - 4%), oder tritt gar "Nullwachstum" ein, dann müssen sehr schnell alle Krisenerscheinungen der Marktwirtschaft wieder auftreten, die mit hohen Wachstumsraten "stabilisiert" werden sollen.

Dieser Zusammenhang von "quantitativem" und "qualitativem" Wirtschaftswachstum hat Themen, Umfang und Richtung der sozialliberalen Umweltpolitik strukturiert:

Thema: Umweltpolitik wurde nicht als Gesellschaftspolitik begründet, sondern als "Umweltschutz"-Politik. Träger des industrie-technischen Umweltschutz-Programms wurden die Hauptverursacher, die Kapitale (Chemie, Elektro, Montan, Bau u.a.).
Der **Beschränkung staatlicher Umweltpolitik auf Umweltschutzpolitik** entsprach die umweltrechtliche Regelung der Umweltproblematik in Form von "medialen" Umweltgesetzen (Wasser-, Luft-, Wald-, Naturschutzgesetze) und "stofflichen" Schutzgesetzen (Chemikalien, Atomenergie). Diese Umweltgesetze haben eine geringe Eingriffsintensität (Steuerungs- und Planungskapazität) und beschränken sich im wesentlichen auf Grenzwertprobleme.

Umfang: Über Umfang, Wirksamkeit und Tendenz der Umweltpolitik entscheidet zwar das Kapital nicht autonom, aber **die staatlichen Interven-**

tionen beschränken sich im wesentlichen auf positive Anreizsysteme (Abschreibungsmöglichkeiten für Umweltinvestitionen, staatliche Finanzierung von Forschungs- und Entwicklungskosten für "umweltfreundliche" Technologien und HdA-Programmen, Subventionierung von Umwelttechnologien u.a.).

Richtung: In der BRD wurde das Konzept der "Entsorgungsstrategie" (statt der "Innovationsstrategie") durchgesetzt. Die privatkapitalistisch organisierte Entsorgungskonzeption der Umweltproblematik beruht auf folgendem Prinzip:

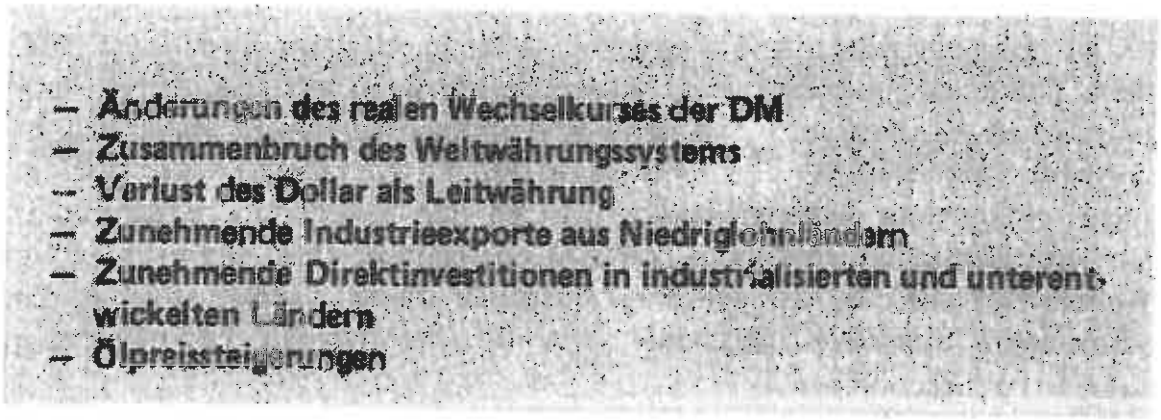
In der Produktions-, Verteilungs- und Konsumsphäre der Gesellschaft müssen erst unzählige Umweltprobleme verursacht werden, damit die "Entsorgungsindustrie" mit kräftiger staatlicher Unterstützung Umweltschutz-Technik (hard- and software) entwickeln und verkaufen kann, mit deren Hilfe dann wiederum ein geringer Teil der Umweltprobleme "entsorgt" werden muß.

Erst verbessert das Kapital seine Verwertungsbedingungen durch Umweltzerstörung ("Externalisierung" ökologischer Kosten der Produktion), dann schafft es dadurch neue Verwertungsbedingungen (Anlage von Kapital in der Umweltschutzindustrie), daß es einen Teil der Umweltzerstörung nachträglich "saniert". Die Verwertungsmöglichkeiten steigen in dem Umfang, wie die ökologischen Verhältnisse (naturale Basis der Gesellschaft) sich verschlechtern – und umgekehrt.

Zehn Jahre lang hat die SPD die Entsorgungsstrategie politisch gefördert, wann immer dies nötig war. Nach zehn Jahren Förderungspraxis stellte der SPD-Vorstand zu seiner eigenen Entsorgungspolitik fest: "Umweltschutz wird teuer, wenn Maßnahmen sich auf die Beseitigung bereits eingetretener Schäden (...) beschränken. Umgekehrt wird die gesamtgesellschaftliche Kostenbelastung um so geringer, je mehr Umweltanforderungen bereits bei der Planung von öffentlichen und privaten Investitionen, bei der Entwicklung von Produktionsverfahren und Produkten (...) berücksichtigt werden." (1980)

1.5 Position der BRD in der Weltmarktkonkurrenz

In den siebziger Jahren haben eine Reihe von außenwirtschaftlichen Vorgängen die Wirtschaft der BRD unter einen empfindlichen Anpassungsdruck gesetzt. Zu ihnen zählen insbesondere:



Diese Vorgänge sind für die BRD von besonderer Bedeutung. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft hat sich nämlich damit deutlich verschlechtert. Die Exporteure mußten starke Profiteinbußen hinnehmen. Am stärksten betroffen sind jene Produktionsbereiche, die hochstandardisierte Güter auf Märkten mit einer sehr preisempfindlichen Nachfrage anbieten. In Ländern gleichen Entwicklungsniveaus wie das der BRD stoßen westdeutsche Exporteure auf Märkte ähnlicher Entwicklung und Nachfragebedingungen wie in der BRD. Um hier Profite und Extraprofite zu erzielen, ist die BRD auf den Einsatz hochwertigen technischen Know-hows angewiesen. Im Warenaustausch mit Entwicklungsländern dominiert hingegen eine interindustrielle Austauschbeziehung. So lassen sich ein Viertel aller Importe aus den Entwicklungsländern in die BRD durch Unterschiede in der Ausstattung mit natürlichen Ressourcen erklären. Insgesamt entfallen rund 20% aller Importe auf Entwicklungsländer, während der Anteil der Entwicklungsländer an deutschen Exporten etwas darunter liegt.

Im Kampf der nationalen Kapitale um ihre höchstmögliche Verwertung läßt sich für die westdeutsche Wirtschaft seit Jahren eine steigende Tendenz zu Kapitalexporten feststellen. Bei Entwicklungsländern sind die entscheidenden Gründe für Direktinvestitionen in der Sicherung ausländischer Rohstoffe und Vorleistungen zu suchen. Zum anderen dürften Standortbedingungen im Inland, wie Lohnkostenniveau, Umweltschutzauflagen, Streikaktivitäten etc. eine wichtige Rolle spielen. Bei industrialisierten Ländern liegt der Hauptgrund für Direktinvestitionen in der Sicherung des Absatzes durch Aufbau eigener Produktions- und Vertriebssysteme. Die Erfahrungen mit Direktinvestitionen in industrialisierten Ländern zeigen, daß derartige Strategien der langfristigen Sicherung von Profiten und Extraprofiten mit einer unmittelbaren Bedrohung inländischer Arbeitsplätze verbunden sind. In gleicher Weise stellen Importe aus sog. Billiglohnländern insbesondere bei arbeitsintensiven Produkten ernsthafte Gefahren für den Bestand der heimischen Arbeitsplätze dar (Beispiel: Textilindustrie).

Es ist absehbar, daß die Strategie einer internationalen Expansion deutliche Schranken aufweist. Zum einen konkurrieren eine Reihe von kapitalistischen Ländern um politische und wirtschaftliche Einflußzonen im Ausland. Zum anderen sind eine Reihe von Entwicklungsländern und weniger entwickelte industrialisierte Länder den Umklammerungen durch die kapitalistischen Zentren inzwischen entgegengetreten. Die Bildung von Rohstoffkartellen ist der spürbare Ausdruck dieser Länder, ihre eigenen souveränen Interessen gegenüber den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern wahrzunehmen.

2. Auswirkungen der kapitalistischen Krise auf die Arbeits- und Lebensbedingungen

2. 1 Arbeitslosigkeit

2. 1. 1 Umfang der Arbeitslosigkeit

Seit der tiefgreifenden Wirtschaftskrise der Jahre 74/75 hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt trotz konjunkturellem Aufschwung nicht wieder erholt. Im Jahresdurchschnitt 1980 registrierte die amtliche Statistik 889 000 Arbeitslose. Die Arbeitslosenquote lag damit für 1980 bei 3,8%. Durch die nicht gemeldeten Arbeitssuchenden wird diese Quote noch erheblich erhöht. Gegen Ende des Jahres 1980 stieg die Arbeitslosigkeit wieder sprunghaft an. Im Dezember 1980 wurden rund 1,2 Millionen Arbeitslose registriert. Für 1981 wird nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung eine durchschnittliche Arbeitslosenzahl von 1,215 Millionen erwartet.

Will man den faktischen Druck, den das Sanktionsmittel "Entlassung in die Arbeitslosigkeit" ausübt, zahlenmäßig erfassen, kann man die Betroffenheitsquote bilden: Der Anteil der Lohnabhängigen, der eine mehr oder minder lange Periode der Arbeitslosigkeit erdulden mußte, betrug in den vergangenen Jahren jahresdurchschnittlich ca. 13%! Das ist gut das Dreifache der offiziellen Arbeitslosenquote. Alle Anzeichen (September 1980: 822 600 gemeldete Arbeitssuchende) deuten darauf hin, daß sich die industrielle Reservearmee im weiteren Prozeß des kapitalistischen Krisenzyklus noch zusätzlich vergrößern wird.

In den 80er Jahren wird es aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge und der fortgesetzten Rationalisierung bei schwachem Produktionswachstum wahrscheinlich zu 2-3 Mio. registrierten Arbeitssuchenden kommen, — sofern nicht der wirtschaftspolitische und gewerkschaftliche Handlungsspielraum erheblich erweitert wird.

2. 1. 2 Struktur der Arbeitslosigkeit

Der dauerhafte Arbeitsplatzmangel der letzten Jahre hat es der Kapitalseite ermöglicht, ihre von Kosten- und Machtgesichtspunkten geleitete Personalpolitik zuungunsten der scheinbar weniger leistungsfähigen und teureren Arbeitskräfte durchzusetzen. Die Belegschaften sind seit Krisenbeginn über Entlassungen und Neueinstellungen mehrfach "durchgesiebt" worden, so daß die scheinheilig "Problemgruppe" genannten Arbeitssuchenden immer stärker an Gewicht zugenommen haben im Erscheinungsbild der offiziell ausgewiesenen Arbeitslosigkeit. **Insbesondere Frauen, Jugendliche, ältere Arbeitssuchende sowie Ausländer und Schwerbehinderte sind zunehmend schwerer zu vermitteln und werden z.T. vom Arbeitsmarkt in "Alternativrollen" weggedrängt bzw. geben die Arbeitsplatzsuche resigniert auf.**(Von den älteren Arbeitnehmern waren 1979 5,7% arbeitslos, im Dezember 1980 belief sich die Arbeitslosenquote für Jugendliche 4,1%, für Frauen 6%). Bei anhaltendem Arbeitsplatzmangel verdoppelte sich die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit von 74-76 von 7,6 auf 14,5 Wochen und lag bei den 55-60jährigen Arbeitssuchenden bei extremen 59 Wochen. Diese Gruppe hat somit kaum noch Wiederbeschäftigungschancen. Dieses Problem konnte auch mit der Welle von Frühverrentungen, die in den letzten Jahren über den Arbeitsmarkt ging, nur notdürftig kaschiert werden. Die hohe Arbeitslosenquote der ausländischen Arbeitnehmer (Dezember 1980: 6,5%) zeigt, daß Diskriminierung wieder möglich und üblich geworden ist. Die Frauenerwerbstätigkeit konzentriert sich auf die Branchen, die in den letzten Jahren in hohem Maße von Strukturkrisen und Rationalisierung betroffen waren. Weiterhin führte die geschlechtsspezifische Diskriminierung mit dazu, daß Frauen weit überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Diese Aufspaltung der Lohnabhängigen lädt die Krisenlasten auf die Schultern der ohnehin Unterpriviligierten, zerstört vielfach deren Lebensperspektive und entsolidarisiert und schwächt damit die Lohnabhängigen als Klasse. Das wahre Ausmaß der Arbeitslosigkeit im Bereich dieser "Problemgruppen" wird auch von der amtlichen Statistik völlig verzerrt wiedergegeben, zumal die Quote der resignierenden Arbeitnehmer, die diesen Gruppen angehören, besonders hoch angesetzt werden muß. Vor allem bei der Erfassung der Jugendarbeitslosigkeit ist von einer erheblichen Dunkelziffer auszugehen. Bezieht man die Jugendlichen, die eine Ausbildungsstelle suchen, aber nicht bei den Arbeitsämtern registriert sind, und die Jugendlichen, die nach Schulabschluß eine Ausbildungsstelle gesucht haben, aber mittlerweile in schulische Bildungsgänge, Kurse, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen u.a. abgedrängt wurden, mit ein, dann ergibt sich eine zwei- bis dreimal höhere Jugendarbeitslosigkeit als sie in den amtlichen Statistiken ausgewiesen wird. Bei diesem Ansatz bleibt noch völlig unberücksichtigt, daß gerade seit der Krise 74/75 viele Jugendliche in solchen "Lehrstellen" untergebracht wurden, die weder Mindestkriterien an eine qualifi-

zierende Ausbildung standhalten können noch den Jugendlichen eine längerfristige Berufsperspektive bieten. Auf diese Weise wird das mitproduziert, was strukturelle Arbeitslosigkeit genannt wird und dann scheinheilig dem individuellen Verschulden der Betroffenen angelastet wird.

2. 1. 3 Verschlechterung der Einkommenslage

Der durch die veröffentlichte Meinung entstandene Eindruck über das Heer der Arbeitslosen sei ein "Netz der sozialen Sicherheit" gespannt, ist angesichts folgender Fakten zu korrigieren: **1979 erhielt rund 1/3 aller Arbeitslosen keine Unterstützung in Form von Arbeitslosengeld oder -hilfe. Auch für die verbleibenden Anspruchsberechtigten bedeutet Arbeitsplatzverlust zumindest deutlichen finanziellen Abstieg: Das für die Höchstdauer von einem Jahr gezahlte Arbeitslosengeld fällt um 32% magerer als das letzte Arbeits-Nettoentgelt aus. Die anschließend zeitlich unbegrenzt gezahlte Arbeitslosenhilfe schmälert das monatliche Budget um mindestens 42%!** Alle bisherigen Untersuchungen beweisen das auch finanzielle Elend der Arbeitslosigkeit:
Bei der IAB-Befragung 9/75 bezogen 40% der befragten, meist über 1 Jahr arbeitslosen Personen ein Einkommen von unter 400,– DM, das unter dem Sozialhilfesatz liegt. Eine 1976er Arbeitslosenbefragung ergab ein Einkommen pro Kopf der Haushaltsmitglieder von unter 600,– DM bei 62% der Haushalte. Zwischen 1973 und 1977 ist der Anteil der Haushalte, die Sozialhilfe und gleichzeitig Arbeitslosengeld oder -hilfe bezogen, um über 500% gestiegen. So verwundert es nicht, wenn 82% der Arbeitslosen über finanzielle Schwierigkeiten klagen, die z.T. nur durch den Verbrauch von Ersparnissen (44%), Konsumverzicht (73%), Schulden (15%) und zusätzlicher finanzieller Unterstützung von Freunden, Bekannten, Sozialhilfe etc. (24%) kompensiert werden können.

2. 1. 4 Psychische und soziale Folgen der Arbeitslosigkeit

Neben den finanziellen Folgen gewinnen in zunehmenden Maße die psychischen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit an Bedeutung. Als zentrale Erfahrung von Arbeitslosen muß vor allem die **Zerstörung der bisher über den Arbeitsplatz vermittelten sozialen Beziehungen** gelten. Befragungen zeigen, daß gut die Hälfte der Arbeitslosen den fehlenden Kontakt zu den Kollegen beklagt. Selbst der Kontakt zu anderen Arbeitslosen ist eingeschränkt, seitdem das Arbeitslosengeld nicht mehr auf dem Arbeitsamt ausgezahlt wird, sondern auf das Konto der Arbeitslosen überwiesen wird. Für ein Drittel der Arbeitslosen haben sich zudem die Besuche bei Freunden und Bekannten reduziert. Der Rückzug aus dem bisherigen sozialen Zusammenhang ist wesentlich auf das **Problem der Stigmatisierung** zurückzuführen, denn 45% der Arbeitslosen fällt es laut einer Untersuchung des IAB nicht leicht, Freunden und Bekannten von der Arbeitslosigkeit zu erzählen.

In weiten Teilen der veröffentlichten Meinung werden mittlerweile unverhohlen die Arbeitslosen selbst für ihre Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht. Die Kampagne gipfelt schließlich in der Behauptung, es gäbe in der Bundesrepublik in Wirklichkeit keine Arbeitslosigkeit. Entweder wird den Betroffenen Arbeitsunwilligkeit unterstellt oder es wird ihnen das Recht auf einen Arbeitsplatz generell bestritten (Frauen). Diffamiert wird nicht zuletzt auch die Interessenorganisation der Arbeiterklasse, die Gewerkschaften, die angeblich mit überhöhten Lohnforderungen zur Arbeitslosigkeit beigetragen haben. Ziel dieser Kampagne ist vor allem die Entsolidarisierung zwischen den Arbeitslosen und den Teilen der Arbeiterklasse, die derzeit noch beschäftigt sind, und die Verschleierung des tatsächlichen Verursachungszusammenhangs, um die Integration der Arbeiterklasse in das herrschende kapitalistische System abzusichern.

Arbeitslosigkeit führt auf die Dauer auch zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen der Arbeitslosen und ihrer Familien:

Herz-Kreislauf-Krankheiten, Magen- und Darmgeschwüre, Alkoholismus, Drogenmißbrauch, Selbstmordgefährdung sind beispielhaft zu nennen. Der erhöhte Konkurrenzdruck bei Massenarbeitslosigkeit führt auch bei den abhängig Erwerbstätigen zu erhöhten Gesundheitsgefahren (s. genauer Abschnitt 3 in diesem Kapitel).

2. 1. 5 Gesamtgesellschaftliche Wohlstandseinbußen durch Arbeitslosigkeit

Sind die individuellen Konsequenzen der Arbeitslosigkeit für jeden Betroffenen schon schwerwiegend genug, so muß darüber hinaus auch auf die negativen Folgen für die gesamte Volkswirtschaft hingewiesen werden.

Im Jahre 1978 ergaben sich für die 529 000 Leistungsempfänger der Arbeitslosenversicherung 11,9 Mrd. DM an fiskalischen Kosten: Pro Kopf mußte der Staat durch fehlende Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen finanzielle Ausfälle von 8.887 DM hinnehmen; gleichzeitig wurden durchschnittlich Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung in Höhe von 13.610 DM fällig. Jeder Arbeitslose "kostete" also den Staat mehr als 22.000 DM.

Hinzu kommt, daß Arbeitslose keinen produktiven Beitrag für die Volkswirtschaft erbringen können. Schließlich bedeutet das geringere Einkommen der Arbeitslosen einen Nachfrageausfall und damit geringere Produktions- und Absatzziffern bei Gütern und Diensten; daraus folgen wiederum negative Auswirkungen auf die Kapazitätsauslastung bzw. auf Entscheidungen über Neuinvestitionen.

Insgesamt wurden 1978 gesellschaftliche Verluste durch die Arbeitslosigkeit in Höhe von 75 Mrd. DM errechnet, und das in einem Jahr, wo in der Bundesrepublik Hochkonjunktur herrschte.

2. 2 Gefährdung der materiellen Lage

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat der prosperierende Kapitalismus auch den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung deutlich erhöht:
So betrug 1978 das häufigste verfügbare Einkommen (=Bruttoeinkommen – Steuern/Abgaben + Transfers) für Arbeiterhaushalte 2.100 DM, für Angestellte 2.200 DM und für Beamte 2.700 DM (vgl. die Tabelle).

Jedoch hat die besitzende Klasse weit stärker von der Entwicklung der Produktivkräfte profitiert als die Arbeiterklasse. So stiegen die Vermögenseinkommen von 1970 bis 78 weit stärker als die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit.

Heute beträgt das am häufigsten vorkommende verfügbare Einkommen eines Selbständigenhaushaltes mehr als drei Mal soviel wie das eines Arbeiterhaushaltes (6.500 DM gegenüber 2.100 DM). Die Verschärfung der Einkommensunterschiede zwischen herrschender und arbeitender Klasse – d.h. die **relative Verarmung** der Lohnarbeiter, – wird durch die Statistik beschönigt:
Hans Friderichs (ca. 70.000 DM Jahresgehalt) wird zu den Angestellten gerech-
net, der kleine Kioskbesitzer hingegen zu den Selbständigen.

Steigender Lebensstandard hat aber auch nicht dazu geführt, daß die BRD von einer Klassengesellschaft zu einer "Wohlfahrtsgesellschaft" geworden ist. Gerade der Teil der Bezieher geringster, weit unter dem Durchschnitt liegender Einkommen wird ständig größer: **Die Armut in der BRD nimmt zu. Darauf deuten einmal die gestiegenen Kosten der Sozialhilfe hin (von 7,13 Mrd. DM im Jahre 1974 auf 10,45 Mrd. DM 1977) (14); zweitens ist auch die absolute Zahl der Sozialhilfeempfänger deutlich gestiegen (von 1,91 Millionen 1974 auf 2,16 Millionen 1977) (14).**

Besonders hart betroffen von schlechten materiellen Verhältnissen sind die Rentnerhaushalte: Der häufigste Wert des Einkommens eines Rentnerhaushaltes liegt 1978 bei ca. 875 DM. Zwei Fünftel der Rentnerhaushalte beziehen weniger als 1000 DM. (15)

---

(14) Zahlen nach dem Statistischen Jahrbuch 1979
(15) Vgl.: Das Einkommen sozialer Gruppen in der BRD 1970 bis 78 (von Karl Dietrich Bedau), in: WSI-Mitteilungen 12/79, S. 648.

Neben Rentnern sind besonders alleinstehende Frauen und kinderreiche Arbeiter- und Angestelltenhaushalte von schlechten materiellen Verhältnissen betroffen. In jüngster Zeit wird immer mehr die Arbeitslosigkeit zur Ursache von Armut. (16)

Tabelle: Materielle Lage 1980

	Häufigster Wert des verfügbaren Einkommens (1)+)	*Brutto-Erw. und Vermögenseinkommen (1)*	*Bruttoeinkommen aus Geldverm. und Wohnungsvermietg.(2)*	*Wohnungseigentum in %*
Selbst. in Landw. und Fortw.	3.500	4.910	13.110	80
Selbständige	6.500	10.495		
Angestellte	2.200	4.705	4.930	40
Beamte	2.700	3.970		
Arbeiter	2.100	4.005	3.030	35
Rentner	875	475	4.890	30
Versorgungs-Empfänger des Öff. Dienstes	2.250	356		

(1) Je Haushalt und Monat
(2) Je Haushalt und Jahr
+) Es wurde bewußt nicht der Durchschnittswert genommen, der durch Spitzenverdiener nach oben gezogen wird.

Quellen: DIW-Wochenberichte 19/79 und 29/79, WSI-Mitteilungen 12/79

(16) Vgl. Gerhard Naegele, Verarmung durch Arbeitslosigkeit – Einige Anmerkungen zur aktuellen Armutsdiskussion, in: WSI-Mitteilungen 12/79.

2. 3 Gesundheitsgefährdung und psychosoziale Belastung

Das ungezügelte Verwertungsinteresse an der Ware Arbeitskraft, die ständige existenzielle Bedrohung im Kapitalismus, welche zu (entfremdetem) Leistungs- und Konkurrenzverhalten bis in die Grundschule hinein führt, das Kapitalinteresse an der Vermarktung aller Bedürfnisse, das zu ungesunden Wohn-, Verkehrs- und Freizeitbedingungen und Konsummustern führt, sowie zunehmende Umweltzerstörung bringen eine ständige Zunahme risikoträchtiger Lebensumstände mit sich.

Gesundheit und Wohlbefinden werden also fast ausschließlich (abgesehen von genetischen Faktoren und Naturkatastrophen) durch sozial hergestellte risikoträchtige Lebenslagen geschädigt. Der wichtigste Schädigungsbereich in unserer Gesellschaft ist immer noch der unmittelbare Produktionsprozeß. **Es ist in den vergangenen Jahrzehnten zwar zu einer Verringerung der Arbeitszeit gekommen, insgesamt muß man aber aufgrund der gestiegenen Leistungsanforderungen eher von einer Zunahme der Gesamtbelastung der Arbeitnehmer ausgehen.**

Die Zahl der Tage mit Arbeitsunfähigkeit pro Erwerbstätigen beispielsweise ist langfristig nicht gefallen. **Die äußerst gesundheitsschädliche Schichtarbeit nimmt ständig zu:** Seit 1959 um 40%, so daß heute ca. 3,8 Millionen Schichtarbeiter/innen zu verzeichnen sind. Weiterhin arbeiten heute 2,5 Millionen Menschen in Nachtarbeit und 3,2 Millionen an Sonn- und Feiertagen. 10 - 20% der Nachtarbeiter müssen ihren Arbeitsplatz nach kurzer Zeit wieder aufgeben, 70% leiden an starken Befindlichkeitsstörungen.

Die Zahl der im **Leistungslohn** arbeitenden Männer im produzierenden Gewerbe stieg von 26% (1957) auf 33% (1972) an, die der Frauen im gleichen Zeitraum von 33% auf 43%. 1974 arbeiteten ca. 1 Million Menschen nach dem MTM-System, das die Verdichtung, Normierung und Vereinfachung von Arbeit zum Ziel hat.

1,5 - 2 Millionen Arbeiter leisten nach wie vor **körperliche Schwerstarbeit** (= ca. 18 - 20% der Industriebeschäftigten) und mindestens 500.000 Beschäftigte arbeiten am **Fließband**. Die sehr hohen Arbeitsbelastungen werden an den Zugängen in den Rentenversicherungen wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit deutlich: 1963 waren es 58,2%, 1970 52,5% und 1974 nach der Einführung der flexiblen Altersgrenze immer noch 40,4%.

1975 wurde durchschnittlich jeder 13. Beschäftigte von einem Wege-/Arbeitsunfall oder einer Berufskrankheit betroffen. Eine Vorbeugeuntersuchung in Baden-Württemberg förderte den schlechten Gesundheitszu-

stand der Arbeiter ans Tageslicht: Bei den nicht krankgemeldeten Arbeitern wurden bei 64% der Männer und 61% der Frauen behandlungsbedürftige Störungen festgestellt.

Seit der Krise haben sich die Leistungsanforderungen beträchtlich erhöht: **Es hat eine enorme Leistungsintensivierung gegeben, wie sich aus den gestiegenen Produktionsergebnissen bei gesunkener Beschäftigungszahl ablesen läßt. Viele Lohnabhängige gehen auch krank zur Arbeit und stellen keine notwendigen Anträge auf eine Kur mehr, — aus Angst vor einer Kündigung. Die gesundheitlichen Gefährdungen sind für die Lohnabhängigen in der Krise deutlich angestiegen.**

Der Deutsche Gewerkschaftsbund stellte schon 1974 in einer Entschliessung zur Humanisierung der Arbeit fest:
"Trotz der unverkennbaren sozialen Fortschritte... haben der technische und organisatorische Wandel sowie das wirtschaftliche Wachstum nicht zu einer allgemeinen Verbesserung der Arbeitsbedingungen geführt. Auf dem Hintergrund... müssen die Gewerkschaften vielmehr in weiten Bereichen eine Verschärfung der Arbeitsbedingungen feststellen." Ursachenbekämpfende (primär-präventive) Gesundheitspolitik in der Arbeitswelt kann nur im ständigen Konflikt mit den Kapitalinteressen durchgesetzt werden. Nur eine umfassende, betriebliche, tarifvertraglich erkämpfte und staatlich unterstützte Humanisierungsstrategie kann eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen aufhalten.
Das bundesdeutsche Gesundheitswesen wird durch fundamentale Strukturschwächen daran gehindert, einen angemessenen Anteil seiner Mittel zur Erforschung der sozialen Ursachen von krankheitsfördernden Lebenslagen (z.B. umfassende Erforschung aller arbeitsbedingten Krankheiten, psychosoziale Folgen der Massenarbeitslosigkeit, usf.) bereitzustellen und von sich aus die Initiative zur koordinierten Beseitigung dieser Ursachen zu ergreifen. Stattdessen wird Krankheit im wesentlichen "passiv" hingenommen. Die zunehmende gesellschaftliche "Produktion" von Krankheit wird nicht merklich beeinflußt. Das hat fatale Folgewirkungen:
Einerseits mußte der Gesundheitssektor in den letzten Jahrzehnten überproportional aufgebaut werden, entsprechend stiegen die Beitragssätze "explosionsartig" an (rund 11% heute gegenüber 6,4% im Jahre 1960 für Angestellte).
Andererseits zeigen die spärlich vorhandenen Langzeitdaten, daß sich der Gesundheitszustand der Bevölkerung nicht verbessert hat: Die Lebenserwartung der Männer hat sich seit 10 - 20 Jahren nicht mehr erhöht und ist eine zeitlang sogar gefallen. So bezeichnen auch heute noch 40% der Bevölkerung ihren Gesundheitszustand als "mäßig oder schlecht". 10 Millionen Menschen sind akut chronisch krank bzw. unfallverletzt, rund 4 Millionen

Menschen geistig oder körperlich dauerhaft behindert. Jährlich werden 200.000 Menschen frühinvalide.
Die strukturbedingte Blindheit des Gesundheitssystems gegenüber sozialen Zusammenhängen und Problemen führte weiterhin zu
– enormen Versorgungslücken bei psychischen Krankheiten
– einer Benachteiligung der Arbeiterklasse bei der Gesundheitsversorgung.
Diese Benachteiligung erklärt sich zum einen aus der erhöhten Vernutzung der Arbeitskraft im Produktionsprozeß und schlechteren Wohn- und Erholungsbedingungen, zum anderen aus besonderen Zugangshemmnissen der Arbeiter/innen zum Leistungsangebot des Gesundheitswesens (bildungsbedingte Unkenntnis des Angebots, soziale Distanz zum Arzt, hohe Symptomtoleranz, Furcht vor materiellen Einbußen, usf.) Eine Verbesserung des Gesundheitszustandes läßt sich abgesehen von optimalen Heil- und Rehabilitationsmaßnahmen, nur durch die ursächliche Bekämpfung risikoträchtiger Arbeits- und Lebensbedingungen erreichen. Dem Gesundheitssystem kommt hierbei eine Initiativ- und Koordinierungsaufgabe zu. Im bundesdeutschen Gesundheitssystem stehen dem folgende Strukturschwächen entgegen:

- **Krankheit wird als "individuelles Schicksal" aufgefaßt. Mit enormem naturwissenschaftlichem Aufwand wird nach Organbefunden und mit Apparaten und Heilmitteln nach Abhilfe gesucht. Der Gipfel der Perversion ist hierbei die sog. Psychochirurgie.**
- **Die passive Hinnahme von Kranheit, d.h. die Konzentration auf nachträgliches Heilen und Wiederherstellen (kurative Medizin) erklärt sich**
  a) aus dem individualistischen Menschenbild
  und
  b) aus dem massiv vertretenen Einkommensinteresse von Ärzteschaft und pharmazeutisch-technischer Zulieferindustrie, das mit der Ausweitung von medizinischem Konsum direkt verknüpft ist.
- **Die Krankenkassen sind fast ausschließlich "Inkasso-Organisationen" und kaum primärpräventiv tätig. Aufgrund ihrer organisatorischen Zersplitterung in über 1400 Kassen können sie die ständischen und kapitalistischen Einkommensforderungen nicht eindämmen und keinen wirksamen Einfluß auf die Leistungserbringung ausüben.**
- **Eine Vielzahl von Finanzierungsträgern und sog. Leistungserbringern machen das Gesundheitswesen unübersichtlich und führen zu Kompetenz- und Planungsproblemen, die zu letztlich unnötigen Versorgungsmängeln und -lücken führen.**

2. 4 Energie und Umweltschutz

Die kapitalistische Ausbeutung der Umwelt hat zu einer erheblichen Zerstörung und Gefährdung der natürlichen Umwelt des Menschen geführt. Umweltschäden sind festzustellen

- in den Gewässern; die meisten Flüsse und Bäche sind stark verschmutzt. Die gesetzlichen Regelungen belasten die verschmutzenden Unternehmen mit Abgaben, die unter den Kosten für Kläranlagen liegen.
- in der Luft; insbesondere in industriellen Ballungsgebieten und in den großen Städten ist vor allem bei ungünstiger Wetterlage eine akute Gefährdung der Bevölkerung gegeben;
- durch Lärm; in der Nähe von Industrieanlagen und Straßen und Autobahnen hat der Dauerlärm gesundheitsgefährdende Ausmaße angenommen.
- durch Landschaftszerstörung; die regionale Konzentration der Industrie- und Dienstleistungszentren und die damit verbundene Konzentration von Wohnbevölkerung hat zu einer immer weiter um sich greifenden Zerstörung der Lanschaft geführt.
- durch zivile und militärische Atomanlagen; diese geben ständig radioaktive Substanzen an die Umwelt ab und sind eine ständige Bedrohung der menschlichen Existenz.

Diese Umweltzerstörung ist heute für fast die gesamte Bevölkerung erfahrbar. Der Widerstand der entstandenen Umweltschutzbewegung stellt tendenziell immer auch eine Bedrohung uneingeschränkter kapitalistischer Produktion und Reproduktion dar. Die weithin mit lebensbedrohenden Technologien produzierenden Industrien, insbesondere die chemische und atomare Industrie, gefährden nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die im Umkreis der Anlagen wohnenden Menschen. Mit der Weiterentwicklung und Ausbreitung dieser Technologien wird darüberhinaus eine grundlegende Neuorganisation und Ausweitung des staatlichen Kontroll- und Sicherheitsapparates notwendig (Atomstaat).

Die internationale Versorgung mit Rohstoffen und Vorprodukten ist quantitativ gefährdet und erfolgt zu wesentlich höheren Kosten. Dies wird besonders deutlich in der Versorgung mit Rohöl, gilt aber auch für eine Reihe anderer wichtiger Rohstoffe. Die zumindest kurzfristig nicht aufhebbare direkte Abhängigkeit der kapitalistischen Produktion von der reibungslosen Versorgung mit diesen Rohstoffen gefährdet nach außen den internationalen Frieden. Nach innen zwingt die Gefährdung der Versorgung und die Verteuerung zu einer Umstrukturierung der Produktion.

- Die Branchenstruktur wird sich von der rohstoffintensiven Exportproduktion in Richtung auf Dienstleistungen und technologieintensive Produktionen verschieben.
- Rohstoffintensive Produkte werden durch neue Produkte ersetzt, die entweder weniger oder andere Rohstoffe enthalten.
- Die Abhängigkeit von der internationalen Rohstoffversorgung wird durch Ersetzen dieser Rohstoffe durch inländische Rohstoffe und synthetisch erzeugte Grundstoffe vermindert.
- Neue Technologien werden eine kostengünstigere Nutzung der Rohstoffe ermöglichen.

Dieser Umstrukturierungsprozeß erfolgt krisenhaft und mit hohen sozialen Kosten. Es wird zu hoher regionaler und sektoraler Arbeitslosigkeit kommen.
Die Entwicklung, Erprobung und Einführung neuer Technologien wird zum einen im wesentlichen aus dem öffentlichen Subventionshaushalt finanziert und zum anderen von der Rationalisierung der Produktionsverfahren begleitet werden, so daß der Anteil der Arbeitslosen weiter wachsen wird und der öffentliche Finanzierungsspielraum sich tendenziell verringern wird.

Umweltschutz und beschäftigungspolitische Umweltschutzmaßnahmen sind auch schon innerhalb kapitalistischer Ökonomien möglich. International gesehen ist die Belastung der bundesdeutschen Industrie durch Umweltauflagen und -abgaben relativ gering. Durch Umweltschutzvorschriften und öffentliche Umweltschutzprogramme werden schon heute pro Jahr weit über 100.000 Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten. Durch die Ausweitung der öffentlichen Umweltschutzpolitik könnte ein zusätzlicher Beitrag zur Beschäftigungssicherung geleistet werden. Dadurch, daß die Umweltkrise mit einer "normalen" kapitalistischen Verwertungs- und Beschaffungskrise zeitlich zusammengefallen ist, sind Produktionsum- und einstellungen auf den verständlichen Widerstand der Lohnabhängigen gestroßen. Andererseits führt die Umstellung auf umweltfreundliche Produktion zu neuen Arbeitsplätzen und Investitionschancen.

Dieser Umstrukturierungsprozeß stößt aber ständig an die durch die kapitalistische Marktlogik gesetzten Grenzen, so daß eine wirklich bedarfsgerechte und umweltfreundliche Produktion nur durch eine Demokratisierung der Entscheidung über neue Technologien und Ressourcenverwendung erreicht werden kann.

3. Bewußtseinsentwicklung und soziale Auseinandersetzungen

Der massenhafte Wechsel des Arbeitsplatzes, des Betriebs, der Branche und der Region, die den Arbeitern durch Krisen oder kapitalistische Rationalisierungen aufgezwungen wird, führte dazu, daß in den letzten 25 Jahren bei allen Umfragen etwa die Hälfte der Arbeiter Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes hatten. Seit der Krise 1974/75 steht die Sicherung der Arbeitsplätze an erster Stelle der Wünsche an die gewerkschaftliche und staatliche Politik – weit vor der Lohnsicherung –. Trotzdem wird für die Arbeitslosigkeit nicht die Krisenhaftigkeit des kaptialistischen Systems verantwortlich gemacht. Es gelingt in der öffentlichen Diskussion immer wieder, den Eindruck zu erwecken, Arbeitslosigkeit sei die Folge von individuellen oder kollektiven Unzulänglichkeiten gegenüber den Ansprüchen des Arbeitsmarktes. Ökonomische Schwierigkeiten der Unternehmen werden in der Regel vordergründig durch subjektive (z.B. konkretes unternehmerisches Fehlverhalten) oder objektive Faktoren (z.B. internationale Konkurrenzsituation) "erklärt". Es kam daher bisher zu keinem Vertrauensschwund für sozialpartnerschaftliche oder sozialdemokratische Wirtschaftspolitik, zumal die Krisenfolgen für den Einzelnen durch das System der sozialen Sicherung teilweise abgefangen werden.

Die Krise seit 1974/75 hat das Vertrauen in ständig steigende Realeinkommen erschüttert. Angesichts von Krise und hoher Arbeitslosigkeit bestand bei vielen Arbeitnehmern die Bereitschaft, ihre Lohnforderungen auf einen Teuerungsausgleich zu beschränken – für den Erhalt der Reallöhne besteht aber eine hohe Kampfbereitschaft. Die Arbeitnehmer sind bedroht von Arbeitsverschlechterungen (Dequalifizierung, Erhöhung der Leistungsanforderungen). Kritik daran verstummt auch nicht bei höheren Löhnen. Anzeichen für die klare Einschätzung der wachsenden Belastung ist die von 35 - 50% der Arbeiter geäußerten Erwartung, die Arbeit nicht oder kaum bis zum Erreichen der Rentengrenze durchhalten zu können. Noch werden die

Gesundheitsstörungen, die die Arbeit in einer nach der kapitalistischen Rationalisierungs- und Profitlogik organisierten Produktion hervorruft, vor allem als Unzulänglichkeit der Gesundheit der Arbeitnehmer selbst verstanden. Die Arbeitnehmer sehen zwar in der Krise geringere Spielräume der Betriebe für kostenaufwendige Humanisierungsmaßnahmen, erkennen darin aber z.T. zugleich einen Strategieansatz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Zunehmend sind Arbeitnehmer nicht mehr bereit, Geldabfindungen als ausreichenden Rationalisierungsschutz zu betrachten, es besteht und bestand Bereitschaft zur Streiks für die Ausweitung des Kündigungsschutzes. 1973 wurden erstmals auch in größerem Umfang die Arbeitsbedingungen Gegenstand von Tarifauseinandersetzungen, fast 93% der abstimmenden Arbeiter waren in Nordwürttemberg/Nordbaden zu einem Streik bereit, obwohl sich drei von vier Hauptforderungen ausschließlich auf Band- und Akkordprobleme bezogen. Die Streiks der IG Druck und Papier im Jahre 1978 zur Absicherung der Berufsgruppe der Setzer und der IG Metall im Jahre 1978 in Nordwürttemberg/Nordbaden mit dem Ziel, die durch Rationalisierung umgesetzten und dequalifizierten Arbeiter vor Lohneinbußen durch Abgruppierungen zu schützen sowie die Kämpfe in der Stahlindustrie zur Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit deuten nicht nur auf ein verändertes Interessenbewußtsein der Arbeitnehmer, sondern auch auf härtere Auseinandersetzungen um die Folgen von Rationalisierung und Krise. Die veränderte Schwerpunktsetzung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik zeigte sich auch im Herbst 1980 beim Streik der Postarbeiter, als für den Abbau der Belastungen durch Schichtarbeit gekämpft wurde und nicht wie früher üblich, für eine bessere Bezahlung der Schichtarbeiter. Angesichts der Massivität der erfahrenen und bevorstehenden Rationalisierungsmaßnahmen bei gleichzeitiger konjunktureller Krisenentwicklung und einer Arbeitslosigkeit von ca.1 Million (ganz abgesehen von der verdeckten Arbeitslosigkeit), stößt die "traditionelle" Tarifpolitik an ihre Grenze. Rationalisierungsmaßnahmen stellen nicht nur die Arbeitsplätze infrage, die Veränderung der Arbeitslosigkeit stellt auch die Reallöhne infrage, indem die Lohn- und Gehaltsgruppenbeschreibungen unterlaufen werden.

Gewerkschaftspolitik muß in neue Dimensionen vorstoßen: die Abwehr der Krisenfolgen und der erhöhten Arbeitsbelastung bekommen für Arbeitnehmerinteressen eine so große Bedeutung, daß die Gewerkschaft in der Rolle einer "Lohnmaschine" immer undenkbarer wird. Aufgabe der nächsten Jahre wird es sein, ein koordiniertes Abwehrkonzept gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung und der Krise zu entwickeln und soweit wie möglich durchzusetzen.

Zu dieser neuen Dimension einer fortschrittlicheren Gewerkschaftspolitik gehört auch die Situation der lohnabhängigen Frauen. So darf sich die

Gewerkschaftspolitik nicht darauf beschränken, nur die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit zu erheben, sondern muß besonders bei ihrer Diskussion um Arbeitszeitverkürzungen die Forderung nach einer täglichen Arbeitszeitverkürzung aufstellen.

Die kapitalistische Form der Ausbeutung der Natur, der Vorrang von ökonomischen gegenüber menschlichen Bedürfnissen bei Wohnungs- und Städtebau, Zentralisierung von Entscheidungen und zunehmende Bürokratisierung, der Ausbau der lebensbedrohenden Atomtechnologie, die millionenfache Gesinnungsschnüffelei des Staates, die Hinnahme von Elend in großen Teilen der Welt bei gleichzeitigen Milliardeninvestitionen in die Rüstung — dies sind Anknüpfungspunkte für eine kritische Bewußtseinsbildung und für die Artikulation von Protest. Menschen unterschiedlicher sozialer Lage und unterschiedlicher politischer Überzeugung schließen sich daher immer häufiger in Bürgerinitiativen zusammen.
Träger der im Reproduktionsbereich ansetzenden Bürgerinitiativen sind in der Regel Bürger mit gehobener Bildung, die an ihrem Arbeitsplatz nicht existenziell gefährdet und meist auch nicht gewerkschaftlich engagiert sind. Damit sind weder Gewerkschaftsmitglieder noch parteipolitisch aktive Bürger ausgeschlossen. Neben Arbeitnehmern (meist in höheren "Etagen" bzw. Gehaltsgruppen) sind Jugendliche im Ausbildungsbereich und Freiberufler die Organisatoren und Sprecher des Protestes.

Teile der Bürgerinitiativbewegung versuchen, sich eine politische Ausdrucksform zu geben und von einer Protest- zu einer Veränderungsperspektive zu kommen. Der Gründungsprozeß, die programmatischen Vorstellungen, die Wählerstruktur und das Wählerbewußtsein der "Grünen" weisen diese tatsächlich als heterogene bürgerliche Protestbewegung aus, von der nur Teile einer antikapitalistischen Bündniskonzeption mit der Arbeiterbewegung verfolgen.

Die Jungsozialisten beschränken sich nicht auf die programmatische Umsetzung von produktionsbezogenen Arbeitnehmerinteressen. Die teilweise von den neuen sozialen Bewegungen im Zusammenhang mit Umwelt- und sozialen Problemen aufgegriffenen berechtigten Interessen werden notwendig mitberücksichtigt.

4. Die sozialistische Alternative in der BRD

4.1. Zum Verhältnis von konkreter Reformpolitik und sozialistischer Perspektive

Trotz der beachtlichen Anhebung des durchschnittlichen Lebensstandards hat es der Kapitalismus nicht vermocht, die materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Im Gegenteil: ökonomische Krisen, soziale und politische Auseinandersetzungen werden die 80er Jahre bestimmen und die demonkratischen und sozialen Errungenschaften gefährden. In den westeuropäischen Ländern und auch in der BRD wird für große Teile der Beschäftigten der Antrieb zur Veränderung des bestehenden Gesellschaftssystems nicht aus einer krassen Verelendung entspringen, sondern den Versuchen zur Verteidigung des erreichten Lebensstandards und dem zunehmenden Mißverhältnis zwischen den möglichen Lebenschancen und Bedürfnissen und den tatsächlichen Zuständen einer relativen materiellen und kulturellen Verarmung.

Sozialistische Politik setzt deshalb an diesen Bedürfnissen und an den Bewußtseinsformen an, die vom Kapitalismus immer wieder neu hervorgerufen werden. In den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei hat sich die Arbeiterklasse Organe gegeben, die antikapitalistische Einzelinteressen zusammenfassen und organisiert gegen das Kapital durchsetzen können.

Bei aller Kritik, die Sozialisten gerade in der SPD zu üben haben, gilt festzuhalten: Eine sozialistische Entwicklungsperspektive läßt sich nicht ohne oder gegen die SPD, sondern nur mit und in der SPD durchsetzen. Entscheidende gesellschaftliche Veränderungen erfordern allerdings auch eine breite Mobilisierung in der Arbeiterbewegung und in anderen sozialen Bewegungen. Sie sind abhängig vom Druck, der von diesen Bewegungen auf die SPD ausgeht und vom Stand des Klassenbewußtseins in basisdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen.

Das Ringen um Verbesserungen des Lebensstandards der Lohnabhängigen, um die Befriedigung kultureller Bedürfnisse und um die Schaffung demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten ist ein stetiger Kampf um konkrete Reformen. Sozialistische Politik hat dabei keine abstrakten Ideale zu verwirklichen, sondern knüpft dabei an die Entwicklungen an, die sich im Innern der bürgerlichen Gesellschaft selbst ergeben.

Die Arbeiterbewegung versucht, diese Tendenzen aufzugreifen, ihren Einfluß auf die im Kapitalismus ablaufenden Prozesse zu verstärken und ihren Interessen auch gesetzlichen Ausdruck zu geben. Es geht, um mit Marx zu sprechen, darum, "die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen", ihnen durch bewußte Einflußnahme sozialistischen Inhalt zu geben. Es geht darum, in einem beständigen Kampf einzutreten für ein Recht, das den Interessen der Lohnabhängigen Ausdruck gibt, für den Abbau von Privilegien im Bildungswesen und Gesundheitswesen, für die Demokratisierung staatlicher Institutionen und für die Überwindung des Profitprinzips durch bewußte demokratische Planung. Erfolge in diesem Kampf sind schon im Kapitalismus möglich und nicht unmittelbar gebunden an die Erringung der politischen Macht.

Gerade die Regierungstätigkeit der Sozialdemokratie aber hat gezeigt, daß es mit einem bloßen Aneinanderreihen von Reformen nicht getan ist. Der Reformpolitik unter kapitalistischen Bedingungen stellen sich immer zwei Schwierigkeiten gegenüber: Erstens wird ihre Durchsetzung immer von seiten des Kapitals eine Gegenreaktion hervorrufen, die entweder ihr Zustandekommen – zumindest in der angestrebten Form – verhindert oder ihnen eine bewußte Obstruktionspolitik entgegensetzt. Zweitens hat eine konsequente Reformpolitik auch Rückwirkungen auf den ökonomischen Gesamtprozeß, da Eingriffe in die Produktions- und Verteilungsverhältnisse Folgeprobleme mit sich bringen, die keineswegs automatisch gelöst werden.

Da es also keinen Selbstablauf in Richtung Sozialismus gibt, muß die Arbeiterbewegung durch ihr bewußtes Eingreifen sicherstellen,

- **daß die Einzelmaßnahmen in einem Gesamtzusammenhang stehen. Eine gesellschaftliche Umgestaltung wird deshalb nur auf der Grundlage einer theoretisch begründeten Konzeption möglich.**

- **daß Reformpolitik eine solide Grundlage bekommt, indem soziale Fortschritte einhergehen mit der Durchsetzung einer neuen ökonomischen Logik, die das Profitprinzip ablöst und das die Klassenherrschaft der Bourgeoisie sichernde Privateigentum an den großen Produktionsmitteln beseitigt.**

Nur auf der Basis der Vergesellschaftung der den Reproduktionsprozeß bestimmenden Unternehmen können Fortschritte gesichert werden.

Die Durchführung eines konsistenten Plans der Gesellschaftsveränderung ist nicht möglich ohne die Eroberung der politischen Macht, d.h. der Erringung der Regierungsgewalt und der Demokratisierung des Staatsapparats. Sie bedarf nicht nur einer umfassenden parlamentarischen Mehrheit, jeder Reformschritt muß auch von der breiten Mehrheit der Bevölkerung und der Arbeiterklasse mitgetragen werden, insbesondere die weitergehenden Maßnahmen der gesellschaftlichen Veränderung brauchen die aktive Unterstützung durch basisdemokratische Organe. Die sozialistische Umgestaltung verlangt so eine wechselseitige Durchdringung aller Reformmaßnahmen: Die ökonomische Transformation koppelt sich mit dem Ausbau der sozialen und der Freiheitsrechte, der Demokratisierung des Staatsapparats, des Einbaus von Elementen der direkten Demokratie in die parlamentarische Demokratie.

4.2. Ökonomische und soziale Alternativforderungen

4.2.1. Alternativforderungen zum Kampf gen die Arbeitslosigkeit

Nachdem mittlerweile 6 Jahre nach Einsetzen der schwersten Krise der Nachkriegszeit die Massenarbeitslosigkeit nahezu unvermindert anhält, sind in der öffentlichen Diskussion deutliche Anzeichen zu erkennen, daß das Vollbeschäftigungsziel relativiert oder gar der Tatbestand der Massenarbeitslosigkeit bestritten werden soll. Auch die Bundesregierung, die verbal am Vollbeschäftigungsziel festhält, muß sich aufgrund ihrer prozyklischen Haushaltspolitik und ihrer restriktiven Einstellungspolitik den Vorwurf gefallen lassen, bislang den wirksamen Abbau der Arbeitslosigkeit eher erschwert zu haben. Angesichts der schwerwiegenden materiellen und psychischen Belastungen, denen die Arbeitslosen ausgesetzt sind, des vor dem Hintergrund einer industriellen Reservearmee wachsenden Konkurrenzdrucks innerhalb der Arbeiterklasse, aber auch angesichts der durch die Arbeitslosigkeit bedingten gesamtgesellschaftlichen Wohlstandseinbußen unterstützen die Jungsozialisten die Grundsatzforderung des DGB, daß die Vollbeschäftigung in der Wirtschaftspolitik Vorrang haben muß.

Einen wirksamen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit sehen die Jungsozialisten nur dann gewährleistet, wenn ihre wirtschaftspolitischen Alternativvorstellungen in folgenden Aktionsbereichen realisiert würden:

a) **Beschäftigungsorientierte Haushaltspolitik**
b) **Strukturpolitik**
c) **Arbeitszeitverkürzungen**
d) **Lohnpolitik**
e) **Bildungspolitische Maßnahmen**

a) Beschäftigungsorientierte Haushaltspolitik

Zur Erhaltung der bisherigen und Schaffung neuer Arbeitsplätze halten die Jungsozialisten ein staatliches Vollbeschäftigungsprogramm für erforderlich, das in seiner quantitativen Dosierung der vom DIW vorgeschlagenen "mittelfristigen Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung" entspricht. Nach Berechnungen des DIW hätte ein Vollbeschäftigungsprogramm eine Nachfragelücke von 92 Milliarden DM zu schließen, wodurch 1,9 Mio. Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen würden. Von den 92 Mrd. DM müßten allerdings nur 30 Mrd. (in Preisen von 1970) in Form staatlicher Programme eingesetzt werden. Die zur Verfügung zu stellenden Mittel sind vorrangig in folgenden Bereichen einzusetzen:

- **Deckung des Personalbedarfs im öffentlichen Dienst:** Krankenpflege (zusätzl. Bedarf 35 000), Sozialarbeiter (70 000), Lehrer (30 000), Finanzverwaltung der Länder (50 000), Ärzte im öffentlichen Gesundheitswesen (35 000).
- **Erhöhung der öffentlichen Investitionen:** vordringlich im sozialen Wohnungsbau (Fehlbestand an Wohnungen mit 5 und mehr Zimmern 1 140 000), Altenheime bzw. -wohnheime (Fehlbestand ca. 250 000), Sportstätten (Fehlbestand an Sporthallen 5 Mio. qm Hallenfläche), Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Ausbau des Fernwärmenetzes, Wasserversorgung (Anschluß für 3 Mio. Einwohner), Umweltschutz etc.
- **Erhöhung der Mittel nach dem Arbeitsförderungsgesetz**

Ein derartiges langfristiges Investitionsprogramm wird auch in den DGB-Forderungen zur Bekämpfung der Beschäftigungskrise vom März 1981 für unabdingbar gehalten. Ein solches Programm muß unverzüglich aufgestellt und in Gang gebracht werden, damit es bereits kurzfristig zur konjunkturellen Belebung der Binnennachfrage beitragen kann. Nach den Vorstellungen des DGB sollten bis 1985 mindestens 50 Mrd. DM von Bund, Ländern und Gemeinden zusätzlich bereitgestellt werden.

b) Strukturpolitik

Wenn einerseits ein erheblicher Bedarf an zusätzlichen sozialen Einrichtungen und die Notwendigkeit einer Aufstockung des Beschäftigungs-

volumens der öffentlichen Hand festgestellt werden muß, ist andererseits nicht davon auszugehen, daß die regionalen und sektoralen Strukturprobleme durch den Ausbau sozialer Dienste bewältigt werden könnten. **Neben der geforderten beschäftigungsorientierten Haushaltspolitik gilt es daher eine beschäftigungsorientierte Strukturpolitik zu entwickeln, die vor allem die Grenzen ihres bisherigen Instrumentariums überwindet und zu einer besseren Koordinierung der strukturpolitischen Maßnahmen und Entscheidungen führt.**

Sektorale Strukturpolitik

Die bisherigen Steuerungsmaßnahmen einer sektoralen Strukturpolitik sind durch folgende neue Instrumente zu ergänzen:

- die Inanspruchnahme staatlicher Mittel ist an öffentliche Auflagen zu binden (z.B. Schaffung neuer Dauerarbeitsplätze, Diversifikation der Warenproduktion);
- Industriezweige bzw. Unternehmungen, die auf Dauersubventionen des Staates angewiesen sind, sind in öffentliche Unternehmen umzuwandeln;
- in anderen Bereichen ist ggf. die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel mit öffentlichen Beteiligungsrechten zu koppeln.

Regionale Strukturpolitik

Das bisherige Instrumentarium einer regionalen Strukturpolitik ist wie folgt zu erweitern:

- Maßnahmen zur Verhinderung unerwünschter Investitionen in Verdichtungsgebieten oder die den Zielen der regionalen Strukturpolitik und der Raumordnung widersprechen.
- Infrastrukturmaßnahmen, die verstärkt auf die Zielsetzung einer Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen den Regionen abstellen.
- Errichtung öffentlicher Unternehmen in von Strukturkrisen betroffenen Regionen, die einen dauerhaften Bestand industrieller Produktion in diesen Gebieten sichern.

Verbesserung der Koordination strukturpolitischer Steuerungsinstrumente

Um eine ausreichende Koordinierung zwischen allen für Strukturpolitik verantwortlichen Stellen, zwischen den Investitionsentscheidungen des privaten und öffentlichen Sektors sowie der gesamtwirtschaftlichen Zielvorstellungen zu gewährleisten, bedarf Strukturpolitik einer umfassenden Planung. Die Jungsozialisten fordern daher

- die Entwicklung von Strukturplänen auf den unterschiedlichen regionalen und sektoralen Ebenen, die zu einem Strukturgesamtplan zusammengefaßt werden,
- die Veröffentlichung laufender Bedarfs- und Nachfragevorausschätzungen für die einzelnen Wirtschafts- und Industriezweige,
- die Errichtung von Investitionsmeldestellen,
- die Entwicklung einer gesellschaftsbezogenen Rechnungslegung, mit der die Unternehmen Auskunft geben sollen über staatliche Vorleistungen für die private Produktion und über die Folgen der privaten Produktion für die Volkswirtschaft,
- die Verstärkung der Beteiligungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften zur Verbesserung der Durchsetzungsmöglichkeiten strukturpolitischer Ziele.

c) Arbeitszeitverkürzung

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die seit Mitte der siebziger Jahre herrschende Arbeitslosigkeit nicht allein als vorübergehende zyklische Unterbeschäftigung verstanden werden kann. Zu einer trendmäßigen Verlängerung des Wachstumsprozesses kommen bis Ende der achtziger Jahre vor allem erhebliche demographische Veränderungen (Anstieg der Erwerbsbevölkerung von 1977 bis 1989 um 600 000 - 700 000). Die Verhinderung eines Anstiegs der Massenarbeitslosigkeit auf 2 - 3 Mio. Arbeitslose bis Ende der achtziger Jahre ist daher nur über eine drastische Verkürzung der Arbeitszeit dankbar, zumal die Erwartung eines ausreichend hohen Wachstums des Bruttoinlandsprodukts zur Absorption der Arbeitslosen unrealistisch ist.

Zudem halten die Jungsozialisten eine Verkürzung der Arbeitszeit angesichts der zunehmenden Belastungen im kapitalistisch organisierten Produktionsprozeß sozialpolitisch für dringend geboten. Welche der vielfältigen Formen der Arbeitszeitverkürzung jeweils gewählt wird, muß von der sozialpolitischen Dringlichkeit, der beschäftigungspoli-

tischen Effizienz und branchen- und betriebsspezifischen Voraussetzungen abhängig gemacht werden.

Die weitaus stärksten Beschäftigungseffekte sehen die Jungsozialisten in einer Verringerung der Wochenarbeitszeit mit dem Ziel einer Reduzierung der täglichen Arbeitszeit durch Abbau der Überstunden und der Reduzierung der tariflichen Wochenarbeitszeit. Einen starken Effekt erwarten die Jungsozialisten auch von der Einführung des 10. Schuljahres, die gerade aufgrund der nach wie vor besorgniserregenden Jugendarbeitslosigkeit dringend erforderlich ist.

Beschäftigungseffekte ausgewählter Arbeitszeitverkürzungen

	Rechnerischer Beschäftigungseffekt/ Entlastungseffekt (in Erwerbstätigen)	*Faktischer Beschäftigungseffekt/ Entlastungseffekt*
Verkürzung der Wochenarbeitszeit um 1 Stunde	430 000	215 000
Urlaubsverlängerung um 1 Tag pro Jahr	100 000	50 000
Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze auf 60 bzw.	250 000	200 000
58 Jahre	340 000	200 000
10. Schuljahr	330 000 - 500 000	330 000 - 500 000

Aus: Memorandum 79.S.79, IFO Originalquelle

Einwänden, die beschäftigungspolitische Effekte bei Arbeitszeitverkürzungen mit der Behauptung bestreiten,

- daß das Angebotsprofil der Arbeitslosen so stark von der durch Arbeitszeitverkürzungen induzierten Arbeitskräftenachfrage abweicht, daß mit nennenswerten Neueinstellungen nicht zu rechnen ist;
- daß infolge verstärkter Bemühungen zur Rationalisierung und Arbeits-

zeitintensivierung der durch Arbeitszeitverkürzungen neu entstandenen Arbeitsplätze nicht besetzt werden können,

ist entgegenzuhalten:

- Mit Ausnahme von 6% waren bereits alle Arbeitslosen einmal im Beschäftigungssystem integriert. Zugunsten einer Verringerung der Zahl der Arbeitslosen muß den Unternehmen eine Senkung ihrer in der Krise gestiegenen Einstellungsstandards und Anspruchsniveaus zugemutet werden.
- Eine ungünstige Qualifikationsstruktur auf der Arbeitsangebotsseite ist kaum von Bedeutung, da lediglich 5 - 6% aller Industrieunternehmen über Produktionsbehinderungen infolge von Arbeitskräftemangel klagen.
- Notwendige Anpassungen der Qualifikationsstruktur können durch betriebliche und außerbetriebliche Möglichkeiten von Umschulung und Fortbildung erreicht werden.

  Produktionssteigerungen, die aufgrund von Arbeitsintensivierungen erzielt werden, können durch eine Stärkung der gewerkschaftlichen Rechte der Belegschaften be- bzw. verhindert werden. Arbeitszeitverkürzungen sind nur in Verbindung mit dem Ausbau betrieblicher Mitbestimmungsrechte zur Kontrolle ihrer beschäftigungswirksamen Durchsetzung ein Mittel gegen Arbeitslosigkeit.

d) Lohnpolitik

In der herrschenden wirtschaftlichen politischen Diskussion werden Lohnerhöhungen lediglich als ein Moment der Kostensteigerung gesehen, wodurch sich die Rentabilität des eingesetzten Kapitals verringert. Lohnerhöhungen, die direkt in den Konsum fließen, können aber auch einen Beitrag zur Stärkung der "effektiven Nachfrage" leisten. Da die Sparquote der unteren Einkommensschichten erfahrungsgemäß niedrig liegt, halten die Jungsozialisten eine gewerkschaftliche Lohnpolitik, die insbesondere auf die Durchsetzung von Mindestbeträgen für die untereren Lohngruppen abzielt, für konjunkturpolitisch sinnvoll und nicht zuletzt sozial geboten.

e) Bildungspolitische Maßnahmen

Um ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen zu sichern, ist die einzelbetriebliche Verfügungsgewalt über die Berufsausbildung abzulösen. Die Jungsozialisten treten daher für einen durch alle Unternehmen – Bemessungsgrundlage sollte ein Schlüssel aus Umsatz, Kapital und Beschäftigtenzahl sein – finanzierten Fonds ein, aus dem die Berufsausbildung finanziert wird. Die Entscheidungen über den Ablauf und die Inhalte der Berufsausbildung unterliegt somit nicht mehr den allei-

nigen Kontrolle der Unternehmen, sondern müssen an qualifikatorischen, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Anforderungen orientiert werden, so daß für alle Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung realisiert wird.
Ergänzend zur betrieblichen Ausbildung sind vor allem in strukturschwachen Gebieten außerbetriebliche Ausbildungsstätten einzurichten.

Zur Verbesserung der Allgemeinbildung und der damit einhergehenden Anhebung der qualifikatorischen Flexibilität der Arbeitnehmer fordern die Jungsozialisten umgehend den Ausbau der Maßnahmen zur Förderung der Weiterbildung und Umschulung.
Die im Rahmen des Haushaltsstrukturgesetzes 1975 verfügten Maßnahmen, u.a. die Herabsetzung des Unterhaltsgeldes für Teilnehmer an Vollzeitmaßnahmen bei der beruflichen Weiterbildung sind rückgängig zu machen.

Schließlich ist eine bundesweite Durchsetzung bzw. Verlängerung des Bildungsurlaubs zu fordern, insbesondere zur verstärkten Teilnahme an gewerkschaftlichen Bildungsmaßnahmen.

4. 2. 2 Alternative Politik zur Verbesserung der materiellen Lage

Aktive Lohnpolitik

Zur Verbesserung des Reproduktionsniveaus der Arbeiterklasse ist eine Anhebung der Löhne, insbesondere bei den unteren Einkommensschichten, notwendig. Voraussetzung dafür ist auch die Erhöhung des Anteils der Löhne am Volkseinkommen.
Mittels einer aktiven Lohnpolitik kann die materielle Lebenslage der Arbeiterklasse verbessert werden. Vordringlich ist die **Abschaffung der unteren Lohngruppen** und die **kollektive Absicherung des betrieblichen Lohngruppengefüges.** Anzustreben sind jeweils Lohnerhöhungen mit bedeutsamen **Sockelbeträgen.** Zur Beseitigung der Diskriminierung der Frauen im Erwerbsleben ist der Grundsatz "Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit" vorrangig durchzusetzen.

Materielle Absicherung im Alter

Zur grundsätzlichen Beseitigung der Armut im Alter fordern die Jungsozialisten eine **Mindestrente von 800 DM**, die durch Pflichtversicherung aller Erwerbstätigen und aktuell durch erhöhte Bundeszuschüsse an Rentenversicherungen zu finanzieren ist. Durch eine Mindestrente wird die Beanspruchung der Sozialhilfe erheblich reduziert werden.
Für die Rentenversicherung ist die Widerherstellung der bruttolohnbezoge-

nen Rente zu gewährleisten, jegliche Formen von Rentenbesteuerungen werden von den Jungsozialisten abgelehnt.
Um eine wirklich eigenständige soziale Sicherung der Frau sicherzustellen, befürworten die Jungsozialisten das Splitting der Rentenanwartschaften zwischen den Ehepartnern. Die Teilhaberrente leitet den Rentenanspruch der Frau hingegen immer noch aus dem Eheverhältnis ab und ist deswegen unzureichend.
Um eine finanzkräftige und sozial zufriedenstellende Rentenversicherung zu gewährleisten, müssen alle Zusatzversicherungen in einen einheitlichen Träger der Rentenversicherung eingebracht werden. Die Beitragsbemessungsgrenze ist aufzuheben. Alle Erwerbstätigen sind in der Einheits-Rentenversicherung pflichtzuversichern.

Soziale Familienpolitik
Soziale Familienpolitik heißt in erster Linie: **Beseitigung der Diskriminierung der Frau.** Die Jungsozialisten fordern ein Jahr **Elternurlaub** bei Lohnfortzahlung und Arbeitsplatzgarantie; der Elternurlaub ist obligatorisch zwischen beiden Elternteilen aufzuteilen. Die Erwerbstätigkeit der Frau ist weiterhin zu fördern durch ganztägige **Kindertagesstätten in kommunaler Trägerschaft.** Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 6 Stunden täglich erleichtert eine gleichmäßige Aufteilung der Hausarbeit und Kindererziehung zwischen Männern und Frauen. In der Rentenversicherung darf die Anerkennung von bis zu drei Jahren für Kindererziehung nicht auf Frauen beschränkt werden; auf Kosten des Bundes müssen auch für Männer diese drei Jahre als Beitragszeiten anerkannt werden.
Zur Förderung von kinderreichen Familien muß das Kindergeld erhöht werden und dynamisiert werden. Das Kindergeld muß zudem sozial gestaffelt werden und sollte nur bis zu einer Einkommensgrenze von 5 000 DM gezahlt werden.
Zu diesen Forderungen nach einer sozialeren Familienpolitik gehören weiterhin die Forderung nach Streichung des § 218 StGB und staatliche Finanzhilfe für die Frauenhäuser auf Bundesebene aus eigenen Haushaltstiteln.

Für eine Einheits-Sozialversicherung
Die Jungsozialisten treten perspektivisch für eine Einheits-Sozialversicherung ein. Im Sinne einer präventiven Sozialpolitik könnte das Neben- bzw. Gegeneinander der verschiedenen Zweige der Sozialversicherung ebenso abgebaut werden wie überflüssige Verwaltungskosten.
Die Jungsozialisten begrüßen die Vorschläge des DGB nach Arbeitsgemeinschaften zwischen den drei Trägern der Sozialversicherung als einen möglichen ersten Schritt hin zu einer Einheits-Sozialversicherung. Im Sinne

der DGB-Vorschläge sind die Selbstverwaltungsorgane der Sozialversicherung zu stärken. Als einen weiteren Zwischenschritt schlagen die Jungsozialisten die innere Vereinheitlichung der Renten-, Unfall- und Krankenversicherung vor.
Z.B. sind in einer Einheitsrentenversicherung alle Zusatzversicherungen einzubringen und alle Erwerbstätigen pflichtzuversichern.
Die Aufgabenstellung dieser Versicherung muß in Richtung auf primärpräventive Maßnahmen erweitert werden.
Die Versicherten müssen über den beherrschenden Einfluß in einer gut ausgebauten Selbstverwaltung verfügen.

4. 2. 3 Humanisierung der Arbeit

Die Jungsozialisten unterstützen den Kampf der Arbeitnehmer um die Humanisierung der Arbeit. Die Beschäftigten haben Anspruch auf eine inhaltsreiche und qualifizierte Tätigkeit ebenso wie auf erträgliche Arbeitsbedingungen. Die Unternehmer sind zu allen technischen, organisatorischen, medizinischen und sozialen Maßnahmen zu verpflichten, die im Interesse der menschengerechten Gestaltung der Arbeit erforderlich ist.
Unter den derzeitigen Bedingungen sind kurzfristig insbesondere solche Veränderungen anzustreben, die zu einer spürbaren Senkung der Arbeitsbelastungen führen — nur so sind der hohe Gesundheitsverschleiß und die Einschränkung der persönlichen Spielräume verringerbar —. Es kann nicht hingenommen werden, daß im Gefolge kapitalistischer Rationalisierungen Teile der Beschäftigten durch "Freisetzungen" arbeitslos werden, während die in der Produktion verbleibenden Arbeitnehmer erhöhten Belastungen ausgesetzt sind. Im Mittelpunkt einer Politik zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen muß der Schutz der Person vor Gesundheitsverschleiß und Dequalifizierung stehen.

Die Jungsozialisten fordern vor allem die **Verringerung der vorhandenen Arbeitsbelastungen** z.B. durch

- Senkung des Arbeitstempos und Abbau von Streß
- zusätzliche bezahlte Pausen
- Verringerung der wöchentlichen (35 Stunden) mit dem Ziel einer Verringerung der täglichen Arbeitszeit auf 6 Stunden, der jährlichen (6 Wochen Mindesturlaub) und der Lebensarbeitszeit (Möglichkeit der Verrentung ab 55 Jahren)
- Abbau von schwerer körperlicher Arbeit durch technische und organisatorische Maßnahmen

- **Abbau von Umgebungsbelastungen, die von Lärm, gefährlichen Arbeitsstoffen (z.B. Verbot von Asbest) und räumlichen bzw. klimatischen Verhältnissen ausgehen**
- **Abbau der Schichtarbeit auf das technische und gesellschaftlich unvermeidbare Maß; Verringerung der Schichtdauer, Freizeitausgleich und Garantie einer warmen Mahlzeit für alle Schichtdienst leistenden Arbeitnehmer**
- **Vermeidung von Monotonie durch inhaltliche Anreicherung der Arbeit und Arbeitsplatzwechsel**
- **Auflösung starrer Taktbedingungen durch technische und organisatorische Maßnahmen**
- **wirkungsvolle Organisation des Arbeitsschutzes; Prinzip der Unternehmerhaftung für die Gestaltung sicherer und menschlicher Arbeitsbedingungen, z.B. Verpflichtung zur Bekanntgabe der von den verwendeten Arbeitsstoffen ausgehenden Gesundheitsgefahren**
- **Durchsetzung des Rechts für Betriebsräte, Sicherheitsbeauftragte und Arbeitnehmer, bei Sicherheitsbedenken die Produktion bis zur Klärung der Probleme (Einschalten der Aufsichtsbehörden) zu stoppen bzw. die Arbeit zu verweigern**
- **Überprüfung der Frauenarbeitsschutzgesetze auf diskriminierende und die Frauen einschränkende Maßnahmen hinsichtlich der Gleichbehandlung am Arbeitsplatz und -suche.**

Das verbreitete Unterlaufen selbst der derzeit gültigen Sicherheitsbestimmungen muß als weiterer Beleg für die Notwendigkeit des Abbaus von Arbeitshetze und Streß gewertet werden.
Als wirklich menschenwürdig ist auch ein belastungsarmer Arbeitsplatz erst dann zu bezeichnen, wenn er die weitgehehende **Entfaltung der Persönlichkeit** des Arbeitnehmers ermöglicht. **Dieses Ziel ist nur dann zu erreichen über den Erhalt und den Ausbau der Qualifikationsanforderungen und der eigenen Entscheidungsspielräume; nur dann besteht die Möglichkeit, die eigene Person in der Arbeit einzubringen und das Gefühl der sozialen Anerkennung zu stärken. Die Ausweitung der beruflichen und politischen Weiterbildung der Arbeitnehmer ist deshalb dringend erforderlich (z.B. mit Hilfe von 14 Tagen Bildungsurlaub pro Jahr).**

Die Vorstellungen der Jungsozialisten zur Humanisierung der Arbeit richten sich gegen unternehmerische Profitinteressen und werden gegen unternehmerischen Widerstand durchzusetzen sein. Das Argument der zu hohen

betrieblichen Kosten solcher Maßnahmen kann nicht dauerhaft zur Rechtfertigung einer Situation herhalten, in der Gesundheit und die Persönlichkeit des Menschen nicht der Mittelpunkt, sondern die Restgröße der Produktion sind und kapitalistische Rationalisierungen auf weitere Belastungssteigerungen und Dequalifizierungen zielen. Die Richtigkeit unserer politischen und menschlichen Forderungen wird besonders dann deutlich, wenn man den betrieblichen Kosten die hohen individuellen (Krankheiten, Invalidität, früher Tod) und gesellschaftlichen (Milliardenausgaben der Versicherungsträger) Kosten der kapitalistisch bestimmten Arbeitsbedingungen gegenüberstellt. Der Unternehmer eignet sich nicht nur das Mehrprodukt der Arbeitnehmer an, sondern läßt diese auch noch einzeln und insgesamt die Zeche für die von ihm geschaffenen Arbeitsbedingungen bezahlen.

Hier sind entschiedene Schritte zur Umgestaltung der Verhältnisse nötig – der politischen Ökonomie des Kapitals muß die politische Ökonomie der Arbeit entgegengestellt werden. Die Belegschaften und die Gewerkschaften müssen das Recht bekommen, schon bei der Planung neuer Anlagen und Produktionsverfahren ihren Einfluß zugunsten der Arbeitnehmer einzusetzen: die volle Mitbestimmung der Beschäftigten auch bei den betrieblichen Investitionen bleibt ein zentrales Ziel der Jungsozialisten.

4. 2. 4 Vorschläge zur Reform des Gesundheitswesens und der psycho-sozialen Dienste

4 von 5 befragten Bürgern bekennen sich zum bestehenden System der sozialen Sicherung und lehnen die mit massiver Propaganda vorgetragenen Thesen von der "Entmündigung durch die ausufernde Wohlfahrtsbürokratie" ab.
Diese breite Zustimmung auch zum System der Gesundheitssicherung kann in den 80er Jahren nur durch eine grundlegende Umorientierung in der Gesundheitspolitik erhalten bleiben. Denn: Einerseits führen Rationalisierungsschübe, Massenarbeitslosigkeit und Umweltvergiftung zu zusätzlich steigenden gesundheitlichen und psychosozialen Belastungen. Der personalintensive "Reparatur-Sektor" drängt daher auf ständige Ausweitung ("Kostenexplosion"), andererseits schrumpft tendenziell die Steuer- und Einnahmebasis des Sozialstaates aufgrund der anhaltenden Akkumulationsschwäche des privatkapitalistischen Sektors.
Dieses Dilemma hat die unbestreitbar notwendige Reformpolitik der Leistungsausweitung vorerst zum Stillstand gebracht. Bleibt die inhaltliche Ausrichtung und organisatorische Struktur des Gesundheitssystems unangetastet, dann wird selbst der gesundheitspolitische Status Quo zunehmend gefährdet. Der Leistungsabbau in der GKV im Rahmen des sog. "Sozialpakets" 1977 ist ein ernstes politisches Warnzeichen. Die Jung-

sozialisten fordern daher eine grundlegende Umorientierung in der Gesundheitspolitik als Teil einer breiten sozialpolitischen Offensive, mit der SPD und Gewerkschaften die letzlich Betroffenen für ihre gesundheitlichen und sozialen Interessen mobilisieren.

Leitlinien für eine Umorientierung der Gesundheitspolitik:

a. **Voraussetzung für gesunde Arbeits- und Lebensbedingungen ist eine Demokratisierung der Wirtschaft, die Vollbeschäftigung und die soziale Beherrschung des technisch-organisatorischen Fortschritts garantiert. Auch die Entscheidungen über Wohn-, Freizeit- und Umweltbedingungen müssen stärker an den Interessen der Betroffenen orientiert werden.** Die Einrichtungen des Gesundheitswesens müssen zunehmend daraufhin ausgerichtet werden, risikoträchtige Arbeits- und Lebensbedingungen zu erkennen und eine Initiativ- und Koordinierungsaufgabe zu ihrer Beseitigung zu übernehmen (Primärprävention).
b. **Die Einkommens- und Profitinteressen von Ärzteschaft und Pharma- sowie medizin-technischer Zulieferindustrie sind zurückzudrängen.**
c. **Die vielfach unsinnige Zersplitterung der Kompetenzen und Finanzierungsmodalitäten im Gesundheitswesen ist zu beseitigen.**
Sie wurde von der CDU/CSU in den 50er Jahren sehr absichtsvoll in Szene gesetzt und hat heute weitgehend zu einer "Versäulung" geführt.
d. **Es liegt im Wesen sozialer Dienstleistungen, daß ihr Erfolg entscheidend von der Mitarbeit und Mitbeteiligung der Betroffenen abhängt.** Diese Erkenntnis muß institutionell und im Bewußtsein der "Professionellen" auf allen Ebenen des Gesundheitssystems durchgesetzt werden.

Die gesundheitspolitischen Maßnahmen

a. **Die Vollbeschäftigungspolitik ist u.a. durch Arbeitszeitverkürzung sowie einen personellen Ausbau des Gesundheitssektors zu verwirklichen.** Damit werden die krankmachenden Folgen der Massenarbeitslosigkeit und der gestiegene Disziplinierungsdruck in Betrieben und Verwaltung abgebaut sowie die Leistungsfähigkeit des Gesundheitssektors erhöht.
b. **Die "Humanisierung der Arbeit" ist weiter voranzutreiben.**
c. **Primärpräventive Normen für alle Lebensbereiche sind kontinuierlich zu verbessern (z.B. Lärmeindämmungsvorschriften im Automobilbau, primärpräventive Normen für den Städtebau usw.).** Soweit notwendig, sind die staatlichen Kompetenzen neu zu ordnen und die Mitspracherechte der Betroffenen zu erweitern.
d. **Forderungen zur Umorientierung des Gesundheitssektors:**
   1. Es ist eine **integrierte Sozialversicherung** zu schaffen, die Renten-, Unfall-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung unter einem orga-

nisatorischen Dach zusammenfaßt. Damit wird eine optimale Versorgung der Versicherten erreicht und unnötiger Verwaltungsaufwand abgebaut.

2. In der **Krankenhausorganisation** sind zunehmend die psychosozialen Bedürfnisse der Patienten zu berücksichtigen. (Verbesserung der Pflegepersonalsituation, Eltern-Kind-Abteilungen, Rooming-In usw.). Die starre Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung muß u.a. durch vor- und nachstationäre Behandlung in Krankenhäusern und gemeindenahe Nachsorge- und Pflegeeinrichtungen aufgehoben werden.
   Besonders dringlich ist eine Verbesserung der Situation in den **psychiatrischen Krankenhäusern** (Mitspracherechte für die Patienten, anstaltsinterne Öffnung der geschlossenen Abteilungen, Erweiterung der Besuchszeiten, Verbesserung der Personalausstattung).
   Langfristig sind die zentralisierten Kliniken zugunsten gemeindenaher Einrichtungen abzuschaffen. Die Erfahrungen der italienischen Psychiatrie-Reform sollten genutzt werden. Es sollten beschützende Wohn- und Arbeitsangebote bereitgestellt werden. Weiterhin sollten auf örtlicher und regionaler Ebene psychosoziale Arbeitsgemeinschaften gebildet werden.

3. Das bestehende **Honorarsystem** für Kassenärzte sollte durch ein "Einschreibsystem" (wie in England und den Niederlanden realisiert) abgelöst werden. Der Arzt wird nicht nach der Zahl der Behandlungen honoriert, sondern erhält ein jährliches Honorar für jeden eingeschriebenen Patienten. Dadurch wird der Arzt an möglichst gesunden "Klienten", – die wenig Arbeitsaufwand erfordern –, interessiert.

4. **Die pharmazeutische und medizinische Zulieferindustrie sollte entprivatisiert werden.** Gerade in diesem Wirtschaftssektor ist Bedarfsplanung unproblematisch. Der Beginn sollte mit den "Großen Sieben" des Pharmamarktes gemacht werden (Bayer, Hoechst, Schering, Knoll, Boehringer Mannheim, Merck und Ingelheim).
   An kurzfristig realisierbaren Maßnahmen sind denkbar:
   Die Schaffung verbindlicher **Transparenzlisten für den Pharmamarkt** (d.h. konkret: Die Transparenzkommission muß neu zusammengesetzt werden, unter Ausschaltung des Industrieeinflusses), **Verbot bzw. strikte Eingrenzung der Pharmawerbung** (Beschränkung auf Apotheken und Ärzte zu Informationszwecken), **Verbot des sog. "Musterunwesens" und fiskalische Abschöpfung der anfallenden Sonderprofite.**
   Ohne die aufgeführten Strukturveränderungen läßt sich weder die Kostenflut im Gesundheitswesen eindämmen noch wird es zu einer

wirklichen Verbesserung des Gesundheitszustandes breiter Bevölkerungsschichten kommen.

4. 2. 5. Alternative Energie- und Umweltpolitik

a) Situation

Die zunehmenden Umweltbelastungen in Industriegebieten, immer wieder an die Öffentlichkeit dringende Umweltskandale und nicht zuletzt das hohe Gefährdungspotential nuklearer Energie haben das öffentliche Bewußtsein für die Bedeutung der Umweltpolitik geschärft. Angesichts der drängenden Umweltprobleme stellt sich deshalb für die Jungsozialisten die Aufgabe, Perspektiven und Handlungsanleitungen zu entwickeln.

Umweltprobleme lassen sich nur aus der wechselseitigen Beziehung von Mensch und Gesellschaft mit der Umwelt erklären. Schon immer hat die wirtschaftliche Tätigkeit der Menschen massiv in die Umweltbedingungen eingegriffen. Dies hat auf der einen Seite zu einer gewaltigen Verbesserung der Lebensgrundlagen und der Ernährungssituation der Menschen beigetragen, auf der anderen Seite sind aber auch ökologische Katastrophen erzeugt worden, wie die Entwaldung ganzer Landstriche, die in der Folge unwirtlich wurden.

Die gegenwärtigen Umweltprobleme lassen sich vor allem auf die weitgehende Verwendung technischer Entwicklungen und die Ausrichtung der Produktion im Sinne der Profitmaximierung unter monopolkapitalistischen Rahmenbedingungen zurückführen. **Nicht die Verbesserung oder Erhaltung der Lebensbedingungen der Bevölkerung — zu denen auch die natürliche welt zählt -- sondern die Profitinteressen vor allem der großen Konzerne bestimmen darüber wo, was, wie produziert wird.**

Diese Probleme werden noch dadurch verstärkt, daß das erhöhte technische und Produktionsniveau die Möglichkeiten der Destruktion und die Gefahr von Umweltkatastrophen gesteigert hat. Dies bedeutet allerdings nicht, daß es einen begründbaren Zusammenhang zwischen "Großtechnik" und Umweltzerstörung gibt, weil alleine die Art der Produktion und nicht unbedingt ihre Größe für die Belastung der Umwelt bedeutsam ist.

In diesem Rahmen trägt die staatliche Politik selbst noch zu einer Verschärfung der vorhandenen Probleme bei. Sie garantiert nicht nur die allgemeine Existenz des Profitprinzips und des Privateigentums, sondern ist in vielfältiger Weise selber umweltgefährdend aktiv:

- Staatliche oder staatseigene Betriebe produzieren gleichermaßen ohne Rücksicht auf die Folgen für die Umwelt nach einzelbetrieblicher Gewinnmaximierung.
- Ein großer Teil der staatlichen Umweltschutzgesetzgebung (Bundesnaturschutzgesetzt – BNatSCHG –, Bundesimmissionsschutzgesetz – BImSCHG –, Umweltchemikaliengesetz – UChemG –, Abwasserabgabegesetz) führt allenfalls zu einer Regelung und geringen Besteuerung der Umweltzerstörung.
- Der Staat ist als Auftragsgeber und -abnehmer der Rüstungsindustrie (Bundeswehr, alliierte Besatzungstruppen) an einer völlig sinnlosen Verschwendung von Energie, Rohstoffen, Landschaft durch Neuschaffung und Ausweitung von Truppenübungsplätzen, und der potentiellen Vernichtung von Menschen beteiligt.
- Die staatliche Forschungs- und Entwicklungspolitik orientiert sich fast ausschließlich an den Bedürfnissen der Großwirtschaft. Anstelle der Förderung der Entwicklung alternativer Energieträger und von Möglichkeiten zur Humanisierung von Arbeitsplätzen stehen umweltbedrohende Technologien wie die Kernenergie im Vordergrund.
- Energiebilanzen und insbesondere Energiebedarfsprognosen orientieren sich in ihrem Aussagegehalt allein an den Verwertungsinteressen des Kapitals. Sie stellen im wesentlichen nur die Angaben der Energieversorgungsunternehmen zusammen und geben daher von den Energieversorgungsunternehmen manipuliertes Material wieder.
- In die vielfältig miteinander verflochtenen Energiekonzerne ist der Staat entsprechend der Bedeutung der Energieerzeugung vielfach eingebunden: Als Anteileigner, Vertragspartner, Forschungsträger, gesetzmäßige Kontrollinstanz, Subventionsgeber, Versicherer usw. Daraus ergibt sich eine Grauzone wechselseitiger Zuständigkeiten.
- Die Entwicklung und Produktion von Kernkraftwerken, Wiederaufbereitungsanlagen und Atommülldeponien wäre ohne enge Kooperation mit den Großunternehmen und staatliche Milliardensubventionen nicht denkbar gewesen.

Aus diesen Gründen gilt, daß neben den sozialen und ökonomischen Problemen gerade auch die Umweltfragen eine grundsätzliche Umorientierung und Veränderung der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung in eine sozialistische erforderlich machen. Nur so kann wirksam die Umwelt

von der Gefährdung durch kapitalistische Profitinteressen befreit werden. Deshalb werden die Forderungen der Jungsozialisten nach Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, Versicherungen und Banken, gesamtgesellschaftlicher demokratischer Planung und Mitbestimmung durch die Fragen des Umweltschutzes in zusätzlicher Weise aktuell. Sie müssen bei den Überlegungen zur Sicherung der Umwelt dehalb im Vordergrund stehen und werden nicht — wie einige meinen — dadurch in ihrer Bedeutung geschmälert.

Auf dieser Grundlage ist auch die Voraussetzung für einen sozialen und technischen Fortschritt geschaffen, der die Bedürfnisse und Lebensinteressen respektiert und fördert. Solche technische Neuerungen aber, die die sozialen und technischen Umweltprobleme erhöhen und nicht schmälern, sind abzulehnen.

Eine Veränderung der gesellschaftlichen Organisationsformen allein stellt noch keine Garantie für einen sozialen und umweltfreundlichen Fortschritt dar, vielmehr müssen die so gebotenen Möglichkeiten auch genutzt werden. Eine sozialistische Gesellschaftsordnung beseitigt noch nicht die Gefahren nuklearer Energieträger.

b) Forderungen

Für dine Neuoruentierung der Umwelt- und Energiepolitik

Umweltpolitik kann nicht getrennnt von anderen sektoralen Politikbereichen betrieben werden, sondern muß integraler Bestandteil bereichsspezifischer Politik sein. Umweltpolitik muß vorrangig da ansetzen, wo die Umwelt am meisten gefährdet und zerstört wird und muß fester Bestandteil bereichsspezifischer Planungen sein. Durch konsequente Durchsetzung des Verursacherprinzips sind Umweltbelastungen weitgehenst zu vermeiden.

Daher fordern die Jusos allgemein:

- **Alle staatlichen Entwicklungspläne und Programme müssen der Planung der Umwelt (Verzehr natürlicher Ressourcen, Gewässer-, Luft-, Boden-, Abfall- und Lärmbelastung, Belastung mit einzelnen Schadstoffen) dieselbe Priorität einräumen wie der Industrieansiedlungs-, Infrastruktur- und Energieplanung.**
- **Staatliche Pläne sollen zukünftig nicht nur das sektorale Wachstum und staatliche Fördermaßnahmen usw. darstellen, sondern aufzeigen, wie bestimmte qualitative und quantitative Wachstums-**

ziele bei Begrenztheit der natürlichen Ressourcen erreicht werden können.

- Innerhalb der nächsten 5 Jahre sind für einzelne Teilräume und darauf aufbauend für die gesamte BRD widerspruchsfreie Umweltgesamtpläne zu erstellen. Diese Pläne müssen aufbauend auf einer exakten Erfassung des Ist-Zustandes der Umweltbelastung-/Umweltverschmutzung in den Bereichen Luft, Gewässer, Lärm und Boden (durch Umweltchemikalien und Abfallbeseitigung) wie z.B. im Hamburger Luftimmissionskataster, Sollwerte festlegen und einen zeitlichen Rahmen bestimmen, wie die einzelnen Belastungsarten auf ein wissenschaftlich als erträglich angesehenes Maß gesenkt werden können.
- Umweltpolitik ist basisnahe Politik und muß im wesentlichen in den Kommunen umgesetzt werden. Alle Umweltpläne müssen nach zentralen Vorgaben von Höchstbelastungswerten von unten nach oben entwickelt und koordiniert werden. So haben die Kommunen einen relativ großen Aktionsspielraum in der Umweltpolitik und können ohne Zeitverzug mit eigenen umweltpolitischen Maßnahmen beginnen.
- Voraussetzung für eine glaubwürdige staatliche Umweltpolitik ist, daß die Einhaltung bestehender Verordnungen und Belastungsgrenzen unnachgiebig kontrolliert und die Überschreitung bzw. Nichtbeachtung der Vorschriften scharf bestraft wird.

Für die einzelnen Sektoren fordern die Jusos:

Verkehr

Die Abgase und der Lärm des Autoverkehrs sind mit die größten Umweltbelastungen in den Städten, die bei den Stadtbewohnern bleibende Gesundheitsschäden hervorrufen und die Landflucht verstärken. In ländlichen Gebieten werden durch den forcierten Fernstraßen- und Autobahnbau immer größere Eingriffe in das Ökosystem mit bleibenden Schäden vorgenommen.
Daher fordern die Jusos:

- die bedingungslose Förderung und den beschleunigten Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, besonders der umweltfreundlichen S-, U- und Straßenbahnen,

- Aufhebung der Subventionskürzungen (Wegfall der Gasölverbilligung) für die öffentlichen Verkehrsunternehmen und der Kürzung der Subventionen an die Bundesbahn zugunsten der Aufrüstung. Vielmehr ist eine massive Kürzung des Rüstungshaushalts nötig und eine Verwendung der freiwerdenden Gelder zum Ausbau der öffentlichen Verkehrseinrichtungen notwendig. Dies würde zudem mehr Arbeitsplätze schaffen und dauerhaft sichern als die verschärfte Aufrüstung.
- Zur Entlastung der Autobahnen und Beschränkung des Kurzstreckenluftverkehrs innerhalb der BRD muß das Fernverkehrsnetz der Deutschen Bundesbahn beschleunigt aus- bzw. umgebaut werden.
- Zur Förderung des effizientesten und umweltschonendsten Verkehrsmittels (Fahrrad) ist das städtische Fahrradnetz beschleunigt auszubauen bzw. zu verbessern und ein fernstraßenunabhängiges bundesweites Fernradwegenetz zu schaffen, wie es in den Niederlanden z.B. vorbildlich verwirklicht ist.
- Durch Zusammenführen der Lebensfunktionen "Arbeiten" und "Wohnen" z.B. durch Verhinderung des Baus von reinen Wohn- und Schlafstädten ist das innerstädtische Verkehrsaufkommen zu verringern.
  Notwendigerweise verbleibende Lärmbelastungen durch Verkehr sind durch aktiven Lärmschutz (an der Lärmquelle = Auto) und passiven Lärmschutz (Lärmschutzfenster) verbunden mit Wärmedämmaßnahmen an Häusern zu minimieren.

Industrie, Industrieansiedlung

Die staatlich geförderte Zerstörung ganzer Regionen im Interesse des privaten Profits ist zu beenden. Die Ansiedlung von umweltbelastenden Großbetrieben der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie darf nur innerhalb eines genau zwischen den einzelnen Sektoren und Gebietskörperschaften abgestimmten Umweltschutzplanes unter vorrangiger Beachtung ökologischer Gesichtspunkte geschehen. Für bestehende umweltbelastende Betriebe sind Umweltsanierungspläne zu erarbeiten, um die von diesen Betrieben ausgehenden Belastungen auf ein unschädliches Maß zu senken.
Die Umweltschutzauflagen sind so zu gestalten, daß ein jeweils dem neuesten Stand der Technik entsprechender Umweltschutz gewährleistet ist. Dies gilt besonders für den Unterelberaum.
Jeder bestehende große Industriebetrieb muß eine Gesamtumweltbelastungsaufnahme (Luft, Lärm, Abwässer, Abfälle, Wasserverbrauch, Giftstoffein-

satz, Verkehrsbelastung usw.) durchführen und die Ergebnisse den öffentlichen Planungsinstanzen zugänglich machen.

Energie

Kernkraftwerke sind aus heutiger Sicht weder sicher, noch sind die ganzen Folgeprobleme (Entsorgung, Abbruch verbrauchter AKWs) gelöst, als daß auf dieser Basis eine künftige Stromversorgung der BRD aufgebaut werden könnte. Alle fossilen Energieträger sind begrenzt, daher ist sparsam mit ihnen umzugehen, nur regenerative Energieträger wie Sonne, Wind, Wellen und Wasser stehen frei zur Verfügung, sie aber werden viel zu wenig und weniger als technisch mögliche wäre genutzt. Stattdessen wird unter Pofitgesichtspunkten noch immer ein grenzenloser Raubbau an den begrenzten natürlichen Ressourcen betrieben. Die Jusos fordern daher:

- Forcierung aller Energieeinsparmaßnahmen auf allen Ebenen, weil dies die beste, sicherste, umweltfreundlichste und langfristig billigste Energiequelle und -versorgung ist.
- Festlegung von Höchstverbrauchsgrenzen und daraus abgeleitet Aufbau einer rationellen Energieversorgung auf Basis eines integrierten Energieversorgungskonzepts, d.h. Abkehr von der nachfrageorientierten und Hinwendung zu einer angebotsorientierten Energieversorgung.

Sektoral gilt:

- Durch Aufbau des ÖPNV und der Eisenbahnen lassen sich große Energiemengen im Sektor Verkehr einsparen und die Umweltbelastung stark verringern.
- Im Sektor Raumheizung/Warmwasserbereitung lassen sich durch konsequenten Ausbau der Fernwärme und der Abwärmenutzung, der Wärme-Kraft-Koppelung in kleinen Blockheizkraftwerken, der Nutzung von Umweltwärme durch gasmotorische Wärmepumpen und z.T. durch Nutzung von Solarenergie große Mengen hochwertiger Energieträger wie Öl, Gas und Strom, die heute noch für Heizzwecke verschwendet werden, einsparen.
- Im Bereich der Industrie läßt sich durch Umgestaltung der Produktionsstruktur hin zu weniger energieintensiveren aber intelligenteren Erzeugnissen, sowie durch intensive Energiesparmaßnahmen, insbesondere durch eine intensive Abwärmenutzung im Verbund mit den Trägern der öffentlichen Energieversorgung viel Energie einsparen. Öl und Erdgas müssen vorrangig als industrielle Rohstoffe eingesetzt werden.

- **Die Stromerzeugung der BRD muß auf der Basis von Braun-, Steinkohle, Wasserkraft und anderer regenerativer Energieträger sichergestellt werden. Erdgas soll nur für die Spitzenlasterzeugung und in wohngebietsnahen Blockheizkraftwerken eingesetzt werden. Der konsequente Ausbau von Blockheizkraftwerken erübrigt auch den weiteren Ausbau von Stromerzeugungskapazitäten durch Errichtung von Großkraftwerken mit schlechter Energieausnutzung und hoher Abwärmebelastung.**

Die Vermeidung von Umweltschäden und Energieverschwendung muß ansetzen an:

1. **der Auswahl der zu produzierenden Güter und Dienstleistungen**
2. **den Produktionsverfahren und den einzusetzenden Rohstoffen und Vorprodukten**
3. **der betrieblichen Standortwahl**
4. **der Raumordnungs- und Siedlungspolitik.**

Dies heißt:

1. **Bei der Auswahl der zu produzierenden Güter dürfen nicht nur die in den Verkaufspreisen eingehenden betrieblichen Kosten berücksichtigt werden, sondern auch der Verbrauch nicht reduzierbarer Energien und Rohstoffe, die aus der Nutzung erwachsenden Folgekosten und die Kosten der Beseitigung beziehungsweise des Recycling.** Ressourcensparende Güter- und Dienstleistungen sind auch bei höheren Kosten alternativen Gütern vorzuziehen. Güter, die nur einen scheinbaren Nutzen besitzen, Prestigegüter und Güter mit hohen Umweltkosten sind durch gesetzliche Vorschriften und Sondersteuern zu verdrängen.

2. **Bei der Produktion der gesellschaftlich gewünschten Güter und Dienstleistungen sind auch bei höheren Kosten die Produktionsverfahren zu wählen, die weniger Rohstoffe und Energie verbrauchen, humanere Arbeitsplätze aufweisen und mehr Chancen der Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung in der Arbeit eröffnen.**

3. **Die betriebliche Standortwahl ist einerseits an der Struktur des Arbeitsmarktes und andererseits an der Umweltverträglichkeit der Produktion**

auszurichten. Insbesondere ist eine Minimierung des gesamtwirtschaftlichen Transportbedarfes anzustreben.

4. Die Trennung zwischen Arbeits- und Wohnstätten ist zu überwinden. Arbeitsplätze sollen so geschaffen werden, daß sie zu keiner weiteren Verdrängung von Wohnflächen führen, sondern das regional vorhandene Arbeitskräftepotential ausschöpfen, ohne neue regionale Konzentrationsprozesse einzuleiten.

Umweltschutzpolitik kann für eine konsequente Vollbeschäftigungspolitik nutzbar gemacht werden. Umweltschutz schafft Arbeitsplätze. Vorschriften zugunsten einer besseren Reinhaltung von Luft, Wasser und Landschaft belasten natürlich die betroffenen Betriebe mit höheren Kosten. Sie müssen Filteranlagen, Klärwerke und Abfallbeseitigungsanlagen kaufen oder auf umweltfreundlichere Produktionsverfahren umstellen. In beiden Fällen entstehen bei diesen Betrieben Kosten, die jedoch zugleich bei anderen Betrieben Nachfrage sind. Empirische Studien belegen, daß allein im privaten Sektor durch Umweltschutzvorschriften mehr Arbeitsplätze neu geschaffen werden als durch Produktionseinstellungen und -verlagerungen verloren gehen. Dabei ist auch nichts dagegen einzuwenden, wenn tatsächliche Umweltschutzkosten im Preis der Güter an den Endverbraucher weitergegeben werden, weil damit umweltfreundlicheren Produkte konkurrenzfähiger werden. Da die Kostenbelastung aufgrund von Umweltschutzvorschriften im westlichen Ausland durchweg höher sind als in der Bundesrepublik, ist auch nicht mehr mit einer Verschlechterung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik zu rechnen. Auch konnte in empirischen Untersuchungen nachgewiesen werden, daß nur sehr weniger Betriebe wegen höherer Umweltschutzkosten ihre Produktion einstellen mußten, diese Betriebe waren zudem auch schon ohne Umweltschutzkosten nur wenig konkurrenzfähig.

Öffentliche Umweltschutzausgaben können zudem direkt als Vollbeschäftigungspolitik genutzt werden. Die Staatsausgaben führen bei freien Angebotskapazitäten über Multiplikator- und Akzelerationseffekte zu vielfachen Nachfrage- und Beschäftigungssteigerungen des ursprünglichen öffentlichen Ausgabenimpulses.

Dabei müssen Konflikte zwischen der Arbeitsmarktpolitik und dem Umweltschutz in Kauf genommen werden, auch der Verlust einiger Arbeitsplätze beim endgültigen Verzicht auf den Bau zusätzlicher Atomkraftwerke.

Diese Konflikte werden erst lösbar, wenn durch eine planvolle, am gesellschaftlichen Bedarf orientierte Strukturpolitik das Recht auf Arbeit prak-

tisch realisiert sein wird, Umweltpolitik wird zum Scheitern verurteilt sein, wenn es dem Kapital gelingt, Arbeitsplatzinteressen gegen den Umweltschutz auszuspielen. Dies ist nur durch eine konsequente Vollbeschäftigungspolitik zu verhindern.

4. 2. 6 Neue Forschungs- und Technologiepolitik

Technologiepolitik hat im Rahmen einer sozialistischen Krisenüberwindungsstrategie wesentlich zur Aufgabe, den technischen Fortschritt den Arbeits- und Konsuminteressen der Bevölkerung nutzbar zu machen, ihn also systematisch der Profitlogik der Privatwirtschaft zu entziehen.

Dabei sind bestimmte Technologien nicht beherrschbar und ihre Nutzung und ein Experimentieren mit ihnen bedroht nicht nur die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit, sondern kann zur völligen Vernichtung des Lebens auf der Erde führen. Diese Technologien, wie z.B. die Atomtechnologie wiedersprechen einer neuen ökonomischen Logik und könnnen nicht Teil dieser werden.

Wesentliche Teile der Forschung befinden sich im öffentlichen Bereich, nämlich die Grundlagenforschung in den Hochschulen und anderen öffentlichen Einrichtungen. Andererseits sind große Teile der angewandten Forschung und ihrer Übersetzung in Produktionswissen, also die sogenannte "Entwicklung", in privater Hand, und hier weitestgehend konzentriert auf weniger Branchen, die selbst einen hohen Monopolisierungsgrad erreicht haben. Insofern bedarf es im Rahmen einer sozialistischen Strategie eines außerordentlich differenzierten Konzepts, das

- keine unkontrollierten Beschäftigungswirkungen zuläßt;
- die angewandte Forschung und die Entwicklungstätigkeit auf die Interessen von Versorgung und humanen Arbeitsprozessen der Bevölkerung ausrichtet;
- Die Verbreiterung der Nutzung technischen Wissens auf alle Produktions- und Leistungsbereiche ausdehnt, die der bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung dienen.

Die öffentliche und private Forschungs- und Technologiepolitik ist dem volkswirtschaftlichen Rahmenplan und der neuen ökonomischen Logik unterzuordnen. In Bereichen, die die Gesundheit des Menschen, die Umwelt und Arbeitsplätze gefährden oder nur der Schaffung neuer Profite dienen, ist die Forschung einzuschränken bzw. ganz aufzugeben. Gefördert werden

all jene Forschungsbereiche, die den Gesundheits-, Arbeits- und Konsuminteressen der Bevölkerung dienen.

Um dieses Ziel zu erreichen, muß die öffentliche und private Forschung besser aufeinander abgestimmt werden. Dies soll z.B. im Bereich der betrieblichen Forschung bzw. Produktionsprozeß in enger Abstimmung mit den Betroffenen, hier den Belegschaftsmitgliedern geschehen, denen die gesetzliche Mitwirkung und ein Veto-Recht bei Einführung neuer Arbeitsverfahren zugesichert werden.

Die Verbindung der "Erzeugung" humanen Produktionswissens mit derartigen Einflußrechten gibt den Belegschaften die reale Möglichkeit, die Arbeitsprozesse auf eigene Initiative und im eigenen Interesse zu verändern.
Die Verbreitung der Kenntnisse des technischen Fortschritts muß sich auch auf den Bereich der kleinen und mittleren Betriebe beziehen. Dies setzt einerseits die Schaffung öffentlicher Zentren für angewandte Forschung und Entwicklung voraus, da die kleinen und mittleren Betriebe diese Aufgabe nicht aus sich heraus abdecken können, und andererseits die enge Kooperation zwischen diesen Zentren und den Unternehmen, die das Produktionswissen praktisch einsetzen.

4. 3 Internationale Arbeiterbewegung

In der Internationalisierung von Produktion und Zirkulation des Kapitals liegen die objektiven Grundlagen für eine verstärkte internationale Solidarität der Arbeiterklasse. In zunehmendem Maße wird die nationale Entwicklung eines kapitalistischen Landes und damit die Lage der arbeitenden Bevölkerung durch die Entwicklung der international verflochtenen Wirtschaft bestimmt.
Damit wird die Arbeiterklasse der durch die Internationalisierungstendenzen betroffenen Länder nicht nur vor gleiche Probleme gestellt, sondern vor allem vor solche Aufgaben, die sie nur gemeinsam lösen kann.
Die internationale Solidarität der Arbeiterbewegung wird dadurch zu einem bestimmenden Moment auch bei der Lösung von zunächst nationalen Problemen.
Die internationale Arbeitsteilung kann nur dann reibungslos funktionieren, wenn sich die Arbeiter in den hochverflochtenen Wirtschaftsbereichen aus einem Netz von Zulieferer- und Produktionsbetrieben dem Kapital unterordnen. Das Wirtschaftsgefüge wird empfindlich gestört, wenn auch nur einem einzigen Teilbereich der miteinander verflochtenen Produktion und Zirkulation die Arbeiterklasse zu ihren Mitteln des Klassenkampfes greift. So haben vor einigen Jahren die Ford-Automobilwerke ernsthafte Produktionsschwierigkeiten erlebt, als die Arbeiter eines Motorenwerks im Aus-

land die Arbeit niederlegten und daraufhin die gesamte Produktion stillstand.

Vor diesem Hintergrund steht insbesondere die westdeutsche Arbeiterbewegung vor der Aufgabe, mit ihren Mitteln des Klassenkampfes insbesondere die Arbeiterbewegung der mit dem westdeutschen Kapital verflochtenen Länder zu stärken, die für sich allein noch zu schwach entwickelt ist, ihre Forderungen aktiv durchzusetzen. Als Formen einer internationalen Zusammenarbeit sind dabei denkbar:

1. Der Austausch von Informationen über wirtschaftliche Aktivitäten der entsprechenden multinationalen Unternehmung.
2. Koordinierung von Abwehrmaßnahmen gegen Produktionsverlagerungen.
3. Formen der Streiksolidarität, insbesondere Schwerpunktstreiks in strategischen Teilbereichen von multinationalen Unternehmungen.
4. Internationale Tarifverträge, die sich an dem jeweils entwickeltsten Stand durchsetzbarer Forderungen der Beschäftigten in den Teilbereichen der miteinander verflochtenen Wirtschaftsbereiche orientieren.

4. 4 Zur Finanzierung der alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik

Eine beschäftigungsorientierte Haushaltspolitik über ein staatliches Vollbeschäftigungsprogramm macht eine Ausweitung von Staatsausgaben notwendig. Die Bereitsstellung der dafür notwendigen Mittel kann geschehen durch:

- Erhöhung der Steuern bei hohen Einkommen
- Durchforstung des Subventionsdschungels
- Verringerung der Rüstungsausgaben
- Staatliche Kreditaufnahme

Es wäre kurzschlüssig, davon auszugehen, daß öffentliche Ausgabenprogramme zur Verringerung der Arbeitslosigkeit lediglich ausgabenerhöhend wirken. Längerfristig betrachtet gibt es erhebliche **Selbstfinanzierungs-**

effekte derartiger Ausgabenprogramme, angefangen bei der **Einsparung von Arbeitslosengeld, Sozialhilfe und Zuschüssen zur Rentenversicherung** bis hin zu **steigenden privaten und unternehmerischen Einkommen**, steigender Produktion über steigende Nachfrage und damit auch steigender Steuern auf Umsatz und Einkommen.
Das DIW in Berlin hat für das von ihm vorgelegte Beschäftigungsprogramm errechnet, daß Staatsverschuldung ohne Vollbeschäftigungsprogramm aufgrund der Selbstfinanzierungsauswirkung sogar noch größer sei als mit dem kreditfinanzierten Ausgabenprogramm.
Unabhängig von dem Selbstfinanzierungseffekt öffentlicher Nachfrageprogramme bleiben die oben aufgeführten Finanzierungsmöglichkeiten. Allen gemein ist, daß öffentliche Nachfrage langfristig nur Arbeitsplätze sichert oder schafft, wenn der zusätzlichen Nachfrage auch ein tatsächlich verfügbares Produktionsangebot gegenübersteht. Öffentliche Nachfragepolitik ist nur dann geeignet, einen Beitrag zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit zu leisten, wenn die öffentlichen Nachfrageprogramme so langfristig angelegt sind, daß private Unternehmen mit einer langfristigen Beschäftigung neuer Anlagen und zusätzlicher Arbeitskräfte rechnen können und sie über Preiskontrollen gegenüber nicht kostenbedingten Preissteigerungen abgesichert werden.

Erhöhung der Steuer auf hohe Einkommen
Ein Teil der steigenden Staatsausgaben kann durch die höhere Besteuerung besonders hoher Einkommen finanziert werden. Dies ist einerseits über die Heraufsetzung der Grenzsteuersätze in der auslaufenden Progressionszone möglich und zum anderen durch die Bereinigung ungerechtfertigter Steuervorteile für die Besitzer hoher Einkommen, die gegenwärtig die Progressionswirkung deutlich mindern. Insbesondere ist die Arbeitsfähigkeit vieler Ausgaben zu überprüfen und für einige Ausgabenarten eine obere Anerkennungsgrenze festzulegen.
Diese Korrekturen bei der Einkommenssteuer würden nicht nur das Steueraufkommen erhöhen, sondern auch einen Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit leisten.

Subventionen
Die Jungsozialisten verlangen keine grundsätzliche Abschaffung von Subventionen. Sie wenden sich stattdessen gegen eine unkoordinierte und demokratisch nicht legitimierte Vergabepraxis, die insbesondere ohne Kontrolle der vergebenen Mittel betrieben wird. Wesentliche Voraussetzung für einen notwendigen Kurswechsel in der Subventionspraxis sind dabei in ähnlicher Weise wie für die Strukturpolitik:

- Übersicht über die wirtschaftliche regionale und sektorale Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Beschäftigungsentwicklung
- Schaffung eines Instrumentariums zur Abschätzung der Wirkungsweisen sektoral- und regionalspezifisch wirkender wirtschaftspolitischer Instrumente, d.h. insbesondere wirksame Kontrolle der mit Subventionszahlungen beabsichtigten Ziele
- Entwicklung von Kriterien für eine wünschenswerte regionale und sektorale Entwicklung, die in der Lage ist, Indikatoren für den Versorgungsgrad der Bevölkerung zu ermitteln
- Demokratisierung von Subventionsentscheidungen (vgl. die Ausführungen zur Einrichtung von Wirtschafts- und Sozialräten).

Generell sollten an die Stelle von indirekten Subventionen (wie z.B. Steuererleichterungen) direkte Subventionsleistungen treten, die in ihrer Funktion und Dauer wirksamer kontrolliert werden können. Statt auf die Konservierung einer räumlichen oder sektoralen Struktur ausgerichtet zu sein, sollten Subventionen zur Anpassung an wünschenswerte Strukturen geleistet werden. Sie sollten somit zur Überbrückung von kurzfristig auftretenden Strukturanpassungsschwierigkeiten insbesondere bei Klein- und Mittelbetrieben geleistet sein.
Die Subventionen sollten grundsätzlich rückzahlbar sein. Die Rückzahlungsfrist sollte mit dem Wiederanfall von Gewinnen einsetzen. Subventionen sollten nur für einen begrenzten Zeitraum gezahlt werden und an beschäftigungs- und strukturpolitische Auflagen gebunden sind. Unternehmen, die dauerhaft auf öffentliche Subventionen angewiesen sind, sollten die Subventionen nur erhalten, wenn die Produktion im gesellschaftlichen Interesse liegt. Aus den Subventionen sollte dem Staat ein Eigentumsrecht an dem dauersubventionierten Unternehmen erwachsen, indem die Subventionen als Eigenkapital in die Unternehmen eingezahlt werden. An diesen Kriterien gemessen könnte ein Teil der Subventionszahlungen zur Finanzierung der wachsenden Staatsausgaben beschäftigungswirksam genutzt werden.

Verringerung der Rüstungsausgaben
Das Wettrüsten muß beendet werden. Die Jungsozialisten lehnen jede weitere Erhöhung der Rüstungsausgaben ab. Wir fordern im Gegenteil die sofortige drastische Reduzierung von Rüstungskäufen im Ausland mit dem Ziel, diese vollständig auslaufen zu lassen, und treten für eine stufenweise Verringerung der Rüstungsaufträge an die bundesdeutsche Industrie ein. Durch Strukturentwicklungspläne ist sicherzustellen, daß die Rüstungsindustrie kontinuierlich auf zivile Produktion umgestellt wird.

Staatliche Kreditaufnahme

Wichtiges Instrument zum Ausgleich von konjunkturellen Krisenbewegungen ist die staatliche Verschuldung. Entgegen aller Vorwürfe aus konservativer Sicht ist die Staatsverschuldung kein Webfehler marktwirtschaftlich organisierter Systeme, die auf die ökonomische Aktivität destabilisierend und zudem inflationär wirke.

Eine Staatsverschuldungspolitik ist generell darauf ausgerichtet, den zyklischen Schwankungen von Investitionsprozessen eine mittelfristig gegenläufige, auf die Stabilität der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ausgerichtete kreditfinanzierte Staatsausgabenpolitik entgegenzusetzen. Selbst dann, wenn von kreditfinanzierten Staatsausgaben Zinssteigerungen ausgehen sollten, verdrängen Staatsschulden nicht die privaten Investitionen, sondern versteigern sie durch ihren Nachfrageeffekt. Andererseits verfügen gerade die Großunternehmen über einen hinreichenden Bestand an Liquiditätsreserven für die Binnenfinanzierung von Investitionen.

Ohne die zusätzliche öffentliche Kreditaufnahme, die teilweise zur Finanzierung zusätzlicher Ausgaben, aber überwiegend zum Ausgleich konjunktureller Steuerausfälle genutzt wurde, wäre der Krisenverlauf noch wesentlich schärfer gewesen. Das Krisenrad hätte sich noch weiter nach unten gedreht.

Das mit steigender Staatsverschuldung verbundene Problem der Finanzierung privater Investitionen ist somit strukturspezifisch; es stellt sich nicht in allen Phasen der konjunkturellen Entwicklung und es stellt sich nicht für alle Unternehmen im gleichen Maße. Die Verdrängung privater Investitionen durch öffentliche Verschuldung kann nur stattfinden, wenn die privaten Investitionen größer sind als die Differenz zwischen dem gesamtwirtschaftlichen Sparangebot und der öffentlichen Neuverschuldung. In konjunkturellen Krisen ist aber gerade die private Investitionstätigkeit nur gering. Der Staat nimmt den Privaten also nichts fort, sondern schließt lediglich die Lücke, die die fehlenden privaten Investitionen lassen. Würde der Staat hier nicht als "Lückenbüßer" einspringen, dann würden nicht mehr private Investitionen getätigt, sondern das Volkseinkommen würde schrumpfen.
Zu einer Konkurrenz zwischen staatlicher und privater Kreditaufnahme kann es nur in konjunkturellen Boomphasen kommen, d.h. bei weitgehender Vollauslastung der Produktionskapazitäten.

Das hohe Zinsniveau ist dagegen nicht Folge überhöhter öffentlicher Kreditaufnahme, sondern eine Folge einer hart restriktiven Geldmengenpolitik der Deutschen Bundesbank. Die mittleren und kleineren Unternehmen und insbesondere die Bauwirtschaft werden von der Hochzinspolitik belastet und in

die wirtschaftliche Krise getrieben. Die Großunternehmen werden dagegen von den hohen Zinsen weniger stark betroffen, weil sie weniger auf die Kreditfinanzierung angewiesen sind. Das Investitionsverhalten der Großunternehmen wird von den Finazierungsbedingungen kaum beeinflußt, weil sie zum einen ihre Investitionen längerfristig planen und zum anderen sich über Preiserhöhungen ausreichend "eigenerwirtschaftete" Mittel beschaffen können.

An dem Zusammenhang zwischen dem Investitions- und Preissetzungsverhalten der Großunternehmen scheitert auch antiinflationäre Geldpolitik. Die Großunternehmen orientieren ihre Preissetzung überwiegend an ihrem Finanzierungsbedarf für investive Zwecke. Kommt auf der Grundlage genügend hoher gesellschaftlicher Nachfrage ein Investitionsprozeß der privaten Wirtschaft in Gang, dann setzt sich zugleich auch immer ein Preissteigerungsprozeß in Gang.
Die Inflation beginnt, sich zu beschleunigen, lange bevor die Normalauslastung der Produktionskapazitäten oder gar die Vollbeschäftigung erreicht ist. Wenn die Bundesbank in dieser Phase versucht, die Inflation durch restriktive Geldpolitik zu bremsen, dann muß sie entweder scheitern oder aber den konjunkturellen Aufschwung im Keime ersticken. Der Versuch, Geldwertstabilität in einer hochkonzentrierten und vermachteten Wirtschaft mit Geldpolitik zu erreichen, muß daher zu permanenter Stagflation und Massenarbeitslosigkeit führen.

Die bislang übliche Kreditfinanzierung über das Geschäftsbankensystem hat die Banken zu Nutznießern staatlicher Verschuldungspolitik gemacht. Um diese Umverteilungseffekte zu vermeiden, ist eine Unterbringung von Staatsschuldtiteln bei privaten Einkommensbeziehern unter Umgehung des Geschäftsbankensystems denkbar. Allerdings ist auch diese Art der Verschuldung nicht verteilungsneutral.

Wenn die langfristige öffentliche Schuld hauptsächlich in der Form öffentlicher Anleihen besteht, können die wachsenden öffentlichen Zinsausgaben, die aus Steuermitteln finanziert werden, eine Umverteilung zu Gunsten der Bezieher höherer Einkommen bewirken, weil die Käufer öffentlicher Anleihen überwiegend Bezieher höherer Einkommen sind, die Steuern aber zum wesentlichen Teil von den Beziehern niedriger und mittlerer Einkommen stammen.

Möglichkeiten für eine alternative kostengünstige Finanzierung der wachsenden Staatsschulden bestehen u.a. darin, daß die Bundesbank neues Geld dadurch schafft, indem sie Neuemissionen von Bundesanleihen direkt oder im Offenmarktgeschäft ankauft. Auf diesem Wege wäre eine relativ exakte

Steuerung der Zentralbankmenge und eine zinskostenfreie Finanzierung der Staatsschuld möglich. Die Bundesbank sollte die Anleihen über ihre gesamte Laufzeit in ihrem Bestand behalten oder nur in Ausnahmefällen zur Reduzierung der Zentralbankmenge in Offenmarktgeschäften an das Publikum abgeben. Um eine zinslose Vergabe von Krediten der Bundesbank an die Bundesregierung und eine koordinierliche Wirtschaftspolitik zu ermöglichen, ist die Autonomie der Bundesbank aufzuheben.

Für die Höhe der Staatsverschuldung gibt es keine a priori festgelegten Grenzen. Kurzschlüssig wäre es, die Höhe der Neuverschuldung den Zinslasten aus der Kreditfinanzierung der Staatsausgaben gegenüberzustellen.
Zum einen ist die Zinsbelastung keine feststehende Größe, sondern es ist zumindest denkbar, daß durch entsprechende staatliche Eingriffe in den Krisenmarkt dem Staat andere Kreditkonditionen eingeräumt werden als privaten Kreditnehmern. Zum anderen geht von jeder kreditfinanzierten Ausgabepolitik ein den Wirtschaftsprozeß expandierender Effekt aus. Über eine Zunahme der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung fließen dem Staat dann über Steuern die zuvor getätigten Ausgaben wieder zurück.

5. Grundanliegen einer neuen ökonomischen Logik

5. 1 Grundlagen einer neuen Wirtschaftsordnung

Alle Versuche, noch auf der Grundlage der kapitalistischen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland zu einer entscheidend an den Interessen der Arbeitnehmer orientierten Wirtschaftspolitik zu kommen, müssen notwendig auf Grenzen stoßen. Alle Fortschritte im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, für die Stärkung der Massenkaufkraft und für die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte auf betrieblicher und wirtschaftspolitischer Ebene – nur um einige Beispiele zu nennen – sind ständig bedroht, durch Gegenoffensiven des Kapitals wieder zunichte gemacht zu werden. Deshalb kommt es auch in der BRD darauf an, die erreichten Teilerfolge im Kampf gegen das Kapital auszubauen bis hin zu einer grundlegenden Veränderung der Wirtschaftsordnung. Ziel dieser grundlegenden Veränderung muß es sein, daß im betrieblichen wie im überbetrieblichen Bereich die Entscheidungsbefugnisse der Gesellschaft übertragen werden, indem das Privateigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln beseitigt wird.

Die Grundlagen hierfür sind:

- Die **Vergesellschaftung** der Schlüsselsektoren der Volkswirtschaft
- Die Verwirklichung echter **Mitbestimmung** der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften
- Die Entwicklung einer gesamtwirtschaftlichen **Planung**

Diese drei Ziele sind untrennbar miteinander verbunden, nur ihre gemeinsame Durchsetzung wird den Weg zu einer neuen ökonomischen Logik und zur umfassenden Verwirklichung des demokratischen Sozialismus eröffnen.

5. 2 Gesamtgesellschaftliche Planung

5. 2. 1 Zur Kritik der bestehenden Planungspraxis

Mit der modernen kapitalistischen Gesellschaft haben sich auch **zahlreiche Formen der Planung** entwickelt, sei es der längerfristigen Unternehmens-

planung, die gerade bei Großkonzernen relativ weit gediehen ist, sei es von branchenbezogenen Teilplanungs- und Abstimmungsprozessen, etwa durch Kartellbildung, oder in Gestalt staatlicher Planungsansätze. Die fortwirkende ökonomische Logik des kapitalistischen Systems beschränkt jedoch "Planung" auf den Status einer von den kapitalistischen Eigengesetzlichkeiten abhängigen Größe, die daher weder längerfristige Verbindlichkeit erreicht, noch das Kriterium einer Orientierung an gesellschaftlichen Bedürfnissen erfüllen kann. Dies gilt insbesondere für die dem "Allgemeinwohl" verpflichteten staatlichen planenden Instanzen. **Planung findet erstens ihre Grenze an der Institution des Privateigentums an Produktionsmitteln.** Unter dieser Voraussetzung werden ökonomische Prozesse primär indirekt über angebots- und nachfragewirksame Reize beeinflußt. Die gegenwärtige Planungspraxis – Landesentwicklung, Raumordnung, Umweltentwicklung etc. – verschlingt auf diese Weise nicht nur staatliche Finanzmassen, sie bleibt empirisch nachgewiesen auch überwiegend relativ wirkungslos. **Zweitens sind indirekte Lenkungsansätze entsprechend in der Regel mit hohen finanziellen Aufwendungen verbunden und damit vom Steueraufkommen abhängig.** Ihre Finanzgrundlage ist damit volumenmäßig eingegrenzt und konjunkturellen Schwankungen unterworfen. In diesem Dilemma müssen Planziele notwendigerweise immer wieder an die Schaffung günstiger Kapitalakkumulationsbedingungen herangeführt werden, auch und gerade unter Vernachlässigung sozialreformerischer Ziele.
Drittens sind staatliche Planungen nicht an der Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse generell ausgerichtet, sondern gesellschaftlichen Funktionsanforderungen untergeordnet, die aus der kapitalistischen Organisationsform der gesellschaftlichen Arbeit entspringen, beispielsweise mit der Bereitstellung infrastruktureller Leistungen für Verwertungszwecke, Subventionierung des Kapitalvorschusses in der Forschungs- und Technologiepolitik und Anpassung der Bildungsplanung an die kapitalistische Verwertung der Arbeitskraft.

Gemessen an den Erfordernissen einer qualifizierten sozialistischen Planung ist mithin das gegenwärtige Planungsinstrumentarium in der BRD unzureichend. Hier sind zum einen die im Bereich der Kommunen und der Länder arbeitenden Stellen vorwiegend damit befaßt, Entwicklungspläne zu erstellen, die ohnehin ablaufenden Kapitalbewegungen folgen bzw. sich am zu erwartenden Steueraufkommen orientieren. Daneben stehen auf der Bundesebene Subventionsplanungen im Bereich Forschung und Technologie, die ebenfalls zumeist an der von der Privatwirtschaft eingeschlagenen Entwicklungsrichtung festhalten.
Selbst die Erfassung der Wirtschaftsströme ist u.a. angesichts der nur für Aktiengesellschaften und größere Unternehmen bestehenden öffentlichen Bilanzierungspflicht unzureichend. Die Finanzämter sind zumeist nicht in

der Lage, den Wirklichkeitsgehalt der von den Unternehmen vorgelegten Steuerbilanzen zu überprüfen. Ermittelte Werte der statistischen Ämter beruhen daher zum ganz überwiegenden Teil auf Grobschätzungen und Hochrechnungen. Dagegen ist durch die Kontrollpflicht des Bundes über das Banken- und Versicherungswesen und die Deutsche Bundesbank im Bereich der monetären Ströme eine gewisse realistische Basis für die Schaffung von Kreditierungsplänen gegeben, die aber nur im Rahmen eines volkswirtschaftlichen Gesamtplans soziale Wirkung entfalten könnten. Da sich die Eigenplanung des Staates zumeist auf die Umsetzung der Steuereinnahmen in staatliche Nachfrage und Transferzahlungen sowie Subventionen beschränkt, kann diese Haushaltsplanung nur formal, nicht aber inhaltlich als Ausgangspunkt einer volkswirtschaftlichen Gesamtplanung dienen.

5. 2. 2 Ziele gesamtgesellschaftlicher Planung

Die Forderung, gesellschaftliche Bedürfnisse zum Ausgangspunkt von Planung zu machen, hat nur dann echte Realisierungschancen, wenn sie die Wirtschaft selbst mitumfaßt, also von einer korrektiven und ergänzenden Funktion zur maßgeblichen Bestimmungsgröße weiterentwickelt wird. Gesamtgesellschaftliche Planung bedeutet die Überwindung der kapitalistischen Entwicklungsgesetzlichkeiten und die Etablierung einer neuen ökonomischen Logik. Dies beinhaltet eine nachhaltige Ausweitung des öffentlichen Sektors und eine Demokratisierung der Wirtschaft. Die Einrichtung von Institutionen einer geplanten Wirtschaft stellt erst die Möglichkeit her, soziale u.a. Folgeprobleme des kapitalistischen krisenhaften Wirtschaftswachstums zu bewältigen, sie beinhaltet aber auch noch nicht automatisch den rationalen Umgang mit menschlichen und sachlichen Voraussetzungen der Produktion selbst. Es gilt daher die Planungsabläufe in einer Weise zu strukturieren, daß volkswirtschaftlich irrationale Entscheidungen minimiert werden und Möglichkeiten zur weitgehenden Befriedigung pluralistischer Bedürfnisse geschaffen werden. **Gesamtgesellschaftliche Planung strebt nicht nach einem vermeintlich sachgesetzlichen volkswirtschaftlichen Optimum, sondern nach rationalem Umgang mit den Produktionsvoraussetzungen in Abhängigkeit von gesellschaftlich definierten Zielsetzungen.**

Die Strategie einer schrittweisen Etablierung der neuen ökonomischen Logik muß zu jedem Zeitpunkt an den wesentlichen Problemen der abhängig Beschäftigten ansetzen. Eine sozialistische Strategie muß

- mit einer Umstrukturierung der Ökonomie und produktiven Investitionen für die Befriedigung vernachlässigter Versorgungsbedürfnisse schaffen und die Bewältigung von Rohstoff-, Energie- und Umweltproblemen in Angriff nehmen. Konkret sind hier u.a. die Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Güter, Sanierung der Stahlindustrie, Erschließung regenerativer Energiequellen, Ausbau eines Fernwärmeversorgungssystems und Förderung des öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus zu nennen
- mit Reformen einhergehen, die den Zuwachs an staatlich-ökonomischer Planungskompetenz verbinden mit einer Demokratisierung und einer den Planungsräumen entsprechenden Dezentralisierung der Entscheidungsprozesse. Dabei gilt es die Stellung der Arbeitnehmer und Konsumenten zu stärken
- eine systematische Information der Bevölkerung über die Existenz und Wirkungsweise der Planungsinstanzen herstellen.

5. 2. 3 Entwicklung einer gesamtgesellschaftlichen Planung

Die Entwicklung gesamtgesellschaftlicher Planung hat zu berücksichtigen, daß ein beträchtlicher Umfang der Wirtschaft sich (entsprechend einer schrittweisen Vergesellschaftung: noch) in privater Hand befindet, also, wenn der damit gedeckte Produktionsanteil gesichert sein soll, sich nach kapitalistisch-betriebswirtschaftlichen Kriterien verhalten können muß. Weiter stellen die Austauschverhältnisse mit dem kapitalistischen Weltmarkt einen bedeutenden Faktor für die Ausgestaltung der Planungs**formen** dar. Nicht zuletzt aus diesen Gründen — von den in RGW-Ländern gemachten Erfahrungen wegen problematischer Vergleichbarkeit einmal abgesehen — kann nicht der Weg zu direkten Umsetzungen der Planungsziele in ein System stofflicher Kennziffern beschritten werden, die das Verhalten der Betriebe unmittelbar anleiten sollen. **Die Ausarbeitung von Lenkungsinstrumenten muß vielmehr ausgehen von den bereits existierenden (Selbst-) Steuerungsreformen, wobei der Steuer-, Kredit- und Preispolitik eine besonders wichtige Rolle zukommen kann.** Eine zeitliche Projektion in der Etablierung und Ausweitung bestimmter Lenkungsformen kann allerdings nicht im vorhinein modellhaft vorgelegt werden, vielmehr müssen sich die einzelnen Schritte am Grad der Vergesellschaftung sowie an den hinsichtlich der Planerfüllung gemachten Erfahrungen orientieren.

Der auf Basis einer Feststellung der ökonomischen Ressourcen und des gesellschaftlichen Bedarfs erstellte Rahmenplan, ein monetäre und auch

stoffliche Ziffern umfassender Datenkranz, stellt die Grundlage für die Konzipierung einer alternativen Wirtschaftspolitik dar, die sich zur Durchsetzung der Planziele vornehmlich auf geldbezogene Lenkungsziele stützt.

Zur Erstellung des volkswirtschaftlichen Rahmenplans sind folgende Stufen des Planungsprozesses notwendig:

a. Die Informationsverpflichtung der Unternehmen wird umfassend erweitert. Sie beinhaltet insbesondere Angaben über
- die vorhandenen Kapazitäten, Kapazitätsplanung und Vorräte
- Arbeitskraftpotential und Qualifikationsstruktur
- geplante und/oder mögliche Innovationsschritte
- Struktur der Arbeitsorganisation
- bestehende und projizierte Absatzmärkte
- alle Außenhandelsbeziehungen.

Die ökonomischen Daten werden auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene erfaßt und stellen die Ausgangsbasis für die auf den verschiedenen Ebenen zu entwickelnden Planprojektionen, abgestimmt und integriert in einem zentralen Rahmenplan, dar.
Die betrieblichen Projektionen werden von der kommunalen Planungsinstanz harmonisiert, desgleichen auf regionaler Ebene, und schließlich zu einem nationalen Wirtschaftsplan weiterentwickelt. Dieser enthält als besonderen Teil einen Außenwirtschaftsplan, der die Entwicklung der Außenwirtschaft projektiert.

b. Dient die Planungsgliederung kommunal-regional-national der Entwicklung einer ausgewogenen, an den Interessen der Bevölkerung orientierten Wirtschaftsstruktur unter der Beachtung der natürlichen, auch ökologischen Gegebenheiten, so ist zur Sicherstellung einer ausgewogenen sektoralen Struktur und zur Koordination der Gesamtproduktion eine sektorale Planung notwendig. Der sektorale Plan ist im nationalen Maßstab zu entwickeln und enthält die wichtigsten Innovationsprojektionen. Auf nationaler Ebene ist er Bestandteil des volkswirtschaftlichen Rahmenplans. In seinen Grundproportionen muß er mit der integrierten Regionalplanung übereinstimmen, d.h. die sektorale Planung muß auf die jeweiligen Gebiete "verteilt" werden.
Als erste Schritte hin zu einer volkswirtschaftlichen Gesamtplanung sind die heute bereits gegebenen Planungs- und Datenerfassungsinstrumente zu koordinieren und auszubauen. Dazu zählen u.a. die Landesentwicklungsplanungen, Regionalplanungen, die Ressortpläne der Ministerien und die staatlichen Ämter. In die **mittelfristige Finanzplanung** des Bundes müssen die Finanzprojektionen der Länder und Kommunen sowie der Sozialversiche-

rungsträger mitaufgenommen und koordiniert werden, so daß die öffentlichen und halböffentlichen Haushalte letztlich in mehrjährige Rahmenpläne integriert werden können. Die Finanzplanung muß durch Parlamentsbeschluß verbindlich gemacht werden.

Weiter stellen die Entwicklung und gesetzliche Verankerung der **Strukturberichterstattung** sowie die Einrichtung von **Investitionsmeldestellen** wesentliche Bestandteile der Planungsentwicklung dar.

Die Einzelwirtschaften entscheiden grundsätzlich über alle Bereiche ihrer Produktion (Sortiment, Produktionsverfahren, Werkstoffe) autonom. Diese Entscheidungen unterliegen innerbetrieblicher Autonomie. Diese prinzipielle Autonomie wird eingeschränkt durch

- direkte stoffliche Planung für bestimmte Bereiche (z.B. Energie, Wohnungsbau)
- direkte stoffliche Auflagen (z.B. Arbeitsschutzvorschriften, Umweltschutzvorschriften, baurechtliche Vorschriften u.a.m)
- Abschöpfung und Umverteilung der Mittel, die (heute noch direkt) für Neuinvestitionen verwandt werden gemäß der Rahmenplanung
- und durch die im folgenden erläuterte neue Wirtschaftspolitik.

5. 2. 4 Wirtschaftspolitik auf neuer Basis

Die staatliche Wirtschaftspolitik setzt sich zum Ziel, unter flexibler Berücksichtigung von Veränderungen der Rahmendaten — Weltmarkt, unerwartete Innovationsschritte, Anspruchsänderungen — die Projektionen des gesamtwirtschaftlichen Rahmenplans zu erfüllen. Der Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik besteht dabei in der systematischen Lenkung der die volkswirtschaftliche Entwicklung maßgeblich beeinflußenden **Investitionstätigkeiten,** die damit der Regulierung über den tendenziellen Ausgleich der Profitraten entzogen werden.

Mittels der **Kreditpolitik,** die nach festzulegenden Präferenzen für die Entwicklung bestimmter Branchen und Regionen abgestufte Kreditkonditionen beinhaltet, findet eine Umverteilung der finanziellen Ressourcen unter den Betrieben statt. Unabdingbare Voraussetzung einer funktionierenden kreditpolitischen Lenkung stellt die Aufhebung der Autonomie der Bundesbank und ihre ressortmäßige Eingliederung in die Regierung dar.
Mittels der **Steuerpolitik** werden zum einen die betrieblichen Investitionsfonds mitbestimmt, zum anderen werden durch eine gezielte Höherbesteuerung der Großverdiener und Besitzenden Mittel für soziale Transfers freige-

macht. Mittels der Verhängung von **Investitionsge- und verboten** als hauptsächlichem Mittel der stofflichen Planung erfolgt eine direkte Anbindung des Investitionsverhaltens der Betriebe an Planvorgaben. Dieses Instrument ist insbesondere im industriellen Grundlagenbereich, der monetär nur unzureichend beeinflußt werden kann, einzusetzen. Schon heute ist eine direkte Investitionslenkung z.B. im Bereich der Stahlproduktion und Energieversorgung möglich und dringend vonnöten, um weiteren Fehlentwicklungen mit allen negativen sozialen Konsequenzen entgegenzuwirken.
Mittels der **Preispolitik**, d.h. insbesondere Preislimitierung für bestimmte Warengattungen, werden dort, wo die existierenden Märkte Verzerrungen in der Investitionsaufteilung erzeugen bzw. eine Deckung des Grundbedarfs zu angemessenen Preisen nicht erfolgt, Korrekturen vorgenommen. Da die Preislenkung unmittelbar die Interessen gerade der abhängig Beschäftigten berührt, und tarifliche Vereinbarungen unterlaufen kann, ist eine entsprechende Vertretungs- und Schutzfunktion der Gewerkschaften gegenüber dem Staat zu gewährleisten.

Durch diese Wirtschaftspolitik wird der entscheidungsrelevante Datenkranz der Unternehmen dominierend mit Signalen aus der zentralen Rahmenplanung durchgesetzt. Marktsignale sind also nach wie vor vorhanden — allerdings in einer durch den Rahmenplan geprägten Art und Weise. Mit den direkten Eingriffsmöglichkeiten (stoffliche Auflagen, Ge- und Verbote) ist auch bei marktlicher, monetärer Feinsteuerung so die Dominanz des gesellschaftlichen Zentralplans gewährleistet.

Die Rahmenplanung schränkt Konsumenteninteressen nicht ein. Im Gegenteil wird dadurch, daß das Angebot von vornherein über die demokratische Planung von der Bevölkerung mitbestimmt werden kann, die Stellung der Konsumenten gestärkt. Die individuelle Konsumfreiheit wird prinzipiell geschützt. Die Gewerkschaften stellen in diesem Planungskonzept kein quasi-staatliches Organ dar, das auf die Einhaltung der Rahmenpläne verpflichtet wird. Sie müssen als autonome Instanzen unbedingt beibehalten werden, wobei die Fixierung mehrjähriger Rahmenpläne diese Autonomie nicht verletzen darf. Gegebenenfalls müssen, wenn tarifliche Abschlüsse zu einer Veränderung der projizierten Rahmendaten in größerem Ausmaß führen, Plankorrekturen vorgenommen werden.

5. 3 Demokratische Organisation der gesellschaftlichen Planung

Die Vergesellschaftung der großen Produktionsmittel und die Etablierung einer neuen ökonomischen Logik bringt die Notwendigkeit völlig neuer Willensbildungsorgane hervor: Die Planung der ökonomischen Prozesses muß

auf den Bedürfnissen und dem demokratisch festzustellenden Willen der Bevölkerung beruhen. **Die wichtigsten Institutionen einer solchen demokratischen Planung sind folgende:**

- in einem **Bundesentwicklungsplan** sind die einzelnen Landesentwicklungs-, Regional- und Branchenpläne aufeinander abzustimmen.
- **Auf Kommunal, Landes- und Bundesebene** werden **Wirtschafts- und Sozialräte (WSR)** gebildet, die drittelparitätisch aus Vertretern der Arbeitnehmer, des Staats und der vergesellschafteten und privaten Unternehmen besetzt werden. Die WSR übernehmen von der Industrie- und Handelskammer die öffentlich-rechtlichen Funktionen.
- Für die Entwicklung und Durchführung der Branchenpläne sind **Branchenausschüsse** verantwortlich, die auf der jeweiligen Kommunal-, Landes- und Bundesebene drittelparitätisch besetzt sind: Vertreter der arbeitenden Bevölkerung und ihrer Gewerkschaften, Vertreter der staatlichen Planungsämter und Vertreter der Unternehmen.
- **In den vergesellschafteten Unternehmen werden Betriebsleitungen und die Aufsichtsräte halbparitätisch besetzt (Vertreter der Belegschaften und ihrer Gewerkschaften sowie staatliche Planungsbehördenvertreter).**
- **in den privatrechtlich verbliebenen Sektoren werden die Mitbestimmungsrechte erheblich ausgeweitet und die volle paritätische Mitbestimmung von Kapital und Arbeit eingeführt.** Die Industrie- und Handelskammern werden auf den Status reiner Selbstverwaltungsorgane reduziert, die u.a. die Vertreter in die WSR und die Branchenausschüsse entsenden. Eine derartige demokratische Planung hat zugleich erhebliche Auswirkungen auf die bestehenden Strukturen der Willensbildung, speziell auf die Parlamente. Diese haben durch die Aufgabe der Planfestlegung einen erheblichen Bedeutungszuwachs erfahren, der sich aber auch mit einer verstärkten Anbindung der Parlamentarier an den Willen der Bevölkerung koppeln muß. Die Durchsetzung der Legislative über die bislang vorherrschende Exekutive, die Einführung des imperativen Mandats, die Koppelung von Entbürokratisierung in den Institutionen mit der Stärkung der Personalräte und dem Abbau polizei-staatlich-geheimdienstlicher Apparate muß zusammenfließen mit Elementen der direkten Demokratie. Diese muß in erster Linie sich im Kommunalbereich neben der betrieblichen Ebene (Vertrauensleute) auch auf der öffentlich-staatlichen Ebene ausdrücken, in Kontrolle bzw. Selbstverwaltung im Bildungs- und Wohnungswesen, in der Stadtplanung, im Gesundheitswesen usw.

Im folgenden soll die demokratische Struktur des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens auf den einzelnen Ebenen kurz skizziert werden.

- ein Bodenrecht, das den kommunalen Gremien eine volle Verfügung über Grund und Boden im Rahmen ihrer demokratischen Entscheidung zusichert;
- eine Stärkung der kommunalen Finanzen im Rahmen eines die kommunale Ebene stärker berücksichtigenden vertikalen Finanzausgleichs sowie im Rahmen einer Neuverteilung der Finanzhoheit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden;
- die Demokratisierung der bestehenden kommunalen Institutionen durch Ausbau der Rechte der Personalvertretungen und Einführung einer demokratischen Kontrolle durch Organe der direkten Demokratie;
- eine Neuverteilung der Zuständigkeit zwischen Kommunalparlament und Verwaltung mit dem Ziel einer Verlagerung politischer Entscheidungen in die demokratisch leigitimierten Kommunalparlamente.
- Öffentlichkeit sämtlicher Verwaltungs- und Parlamentsentscheidungen, soweit nicht persönliche Schutzbedürfnisse dem entgegenstehen;
- Schaffung des politischen Wahlbeamten, der dem Parlament gegenüber rechenschaftspflichtig ist und jederzeit durch ein konstruktives Mißtrauensvotum abwählbar ist.

Die Wirtschafts- und Sozialräte sowie die Branchenausschüsse haben ein umfassendes Initiativrecht bei der Planfestlegung; sie sind den obersten Planungsbehörden sowie den Regionalparlamenten für die Durchführung der jeweiligen Pläne verantwortlich. Die WSR sind leitendes politisches Gremium der auf der Kommunalebene aufzubauenden Planungsämter, die die verschiedenen bisherigen Planungsinstitutionen (z.B. auf dem Gebiet des Wohnungswesens, der Raumordnung, der Verkehrspolitik) integrieren und zusätzlich die Investitions- und Nachfrageplanung einbeziehen. Die WSR sind drittelparitätisch zusammengesetzt: Vertreter der Unternehmen, Vertreter der Öffentlichkeit (obere Planungsbehörden und Vertreter der direkten örtlichen Demokratie jeweils zur Hälfte) sowie Vertreter der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften.

In den **Organen der direkten Demokratie** schafft sich die Bevölkerung **jenseits der Betriebe** Willensbildungsorgane, in die auch nicht bzw. nicht mehr arbeitenden Bevölkerungsteile einbezogen sind. Sie haben Mitwirkungs- und Beratungsrechte bei der Plangestaltung, gerade was z.B. den Bedarf, den kollektiven Konsum oder die Umweltbelastungen von Investitionen anbetrifft. Organe direkter Demokratie, die mit den WSR, den Parla-

Betriebliche Ebene
In den vergesellschafteten Unternehmen ist eine umfassende Selbstverwaltung einzuführen. Diese bezieht sich auf

- Beteiligung am Zustandekommen des Planes: Belegschaftsversammlung, Vertrauensleute und Betriebsräte erhalten weitrechende Initiativrechte bei der Plangestaltung
- Kontrolle bzw. Selbstverwaltung bei der Plandurchführung. Dies bezieht sich in erster Linie auf die Personalplanung, die Gestaltung der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen, Kontrolle der Produktions- und Investitionsvorhaben.
- Wahl der Arbeitnehmervertreter in der Betriebsleitung.

Eine vollständige Selbstverwaltung der vergesellschafteten Unternehmen ist jedoch nicht anzustreben, da die Interessen und Bedürfnisse der Gesamtheit der Bevölkerung Berücksichtigung finden müßten; die allgemeinen Interessen der Arbeitnehmer auf regionaler und nationaler Ebene erfordern die Einordnung der selbstverwalteten Betriebe in den Bundesentwicklungsplan. Daher sind die Betriebsleitungen halbparitätisch aus Vertretern der Arbeitnehmer und der öffentlichen Planungsträger zusammenzusetzen. Die Belegschaften besitzen gegenüber der Bestellung öffentlicher Vertreter in die Betriebsleitung Vetorecht.

Für die ebenfalls halbparitätisch zusammengesetzten Aufsichtsräte der Unternehmen gilt die entsprechende Regelung.

In den privat verbleibenden Betrieben bzw. Unternehmen sind die Mitbestimmungsrechte erheblich auszuweiten. Dies betrifft nicht nur die Mitbestimmung am Arbeitsplatz, sondern auch Fragen der Personalplanung und wirtschaftliche Entscheidungen; die Informationsrechte sind auszubauen und volle gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit im Betrieb zu gewährleisten. Die Betriebsleitungen und Aufsichtsräte sind halbparitätisch aus Vertretern des Kapitals und der Arbeitnehmer zu besetzen. Die Industrie- und Handelskammern entsenden die Unternehmensvertreter der Privatindustrie in die WSR und die Branchenausschüsse.

Kommunale Ebene
Zu den wesentlichen Voraussetzungen für die Umsetzung einer demokratischen Wirtschaftsplanung zählt eine Stärkung der Kommunalparlamente. Dazu ist u.a. erforderlich:

menten und den betrieblichen Selbstverwaltungen eng kooperieren, können sich in Form von Bürgerinitiativen, Elternräten, Stadtteil- bzw. Landkreisräten bilden und verschiedenste Aufgaben übernehmen:

- im Bildungs- und Ausbildungssektor
- bei der Stadtplanung, Sanierung
- im Wohnungsbau
- bei der Gemeinwesenarbeit im Wohnbereich bzw. den gesamten Sozialeinrichtungen
- im Gesundheitswesen und den anderen Trägern der Sozialversicherung
- im Transportwesen, speziell dem öffentlichen Nahverkehr.

Landes- bzw. Bundesebene

Der Bundestag bzw. die Länderparlamente entscheiden in letzter Instanz über den Bundes/Landesentwicklungsplan. Der Bundeswirtschafts- und Sozialrat, drittelparitätisch zusammengesetzt, wird politisches Leistungsgremium des Bundesplanungsamtes. Das Bundesplanungsamt integriert die zersplitterten Planungskompetenzen der verschiedenen Ministerien. In den Planungsämtern werden die regionalen Planungsgemeinschaften bzw. Landschaftsverbände zusammengefaßt.

Die Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen ist gerade auf Landes- und Bundesebene vordringlich, da die bürokratisch-hierarchische Struktur des Staates besonders ausgeprägt ist. Rechenschaftspflicht der Abgeordneten, Diätensenkung, zunehmende Auflösung der Trennung von Legislative und Exekutive, Kontrolle der Verwaltungen und verstärkte Rechte der Personalräte könnten Schritte sein, die die Verselbständigung der Staatsapparate abbauen. Eine demokratische Kontrolle der Armee-, Polizei-, Geheimdienst- und Überwachungsorgane ist unabdingbar für eine Demokratisierung des Staates.

Organe der direkten Demokratie sind auf der Zentralebene schwerer zu etablieren als auf der Kommunalebene, da die unmittelbare Betroffenheit nicht in demselben Ausmaß gegeben ist. Perspektivisch wäre jedoch an eine Ausweitung der Stadtteilräte, Wohnungsräte etc. auch auf Landes- und Bundesebene zu denken, so daß demokratische Kontrollmöglichkeiten des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens weiter ausgedehnt werden können.

5. 4 Vergesellschaftung der strukturbestimmenden Wirtschaftsbereiche

5. 3. 1 Notwendigkeit und Ziele der Vergesellschaftung

Immer deutlicher zeigt sich, daß die anarchische kapitalistische Wirtschaft durch eine **demokratisch geplant sozialistische Wirtschaft** abgelöst werden muß:

- verheerende ökonomische Krisen werden immer häufiger
- materielle Sicherung und soziale Bedürfnisse der Lohnabhängigen können nicht befriedigt werden
- ein gleichgewichtiges Wachstum, das soziale und ökologische Aspekte berücksichtigt, kann nicht gewährleistet werden
- ganze Wirtschaftszweige und Regionen verarmen
- eine Demokratisierung der Entscheidungen in der Wirtschaft ist im Rahmen des Kapitalismus nicht durchführbar.

Um das Ziel der demokratischen bedürfnisorientierten "Neuen ökonomischen Logik" erreichen zu können, ist eine **Vergesellschaftung der wichtigsten Unternehmen** (verstanden als Besitztitelübertragung an den Staat bei gleichzeitiger Demokratisierung) unverzichtbar.

Wenn Planungsprozesse nicht von der Dominanz kapitalistischer Stukturen her durchkreuzt und unwirksam gemacht werden sollen, müssen die wesentlichen Träger dieser Dominanz, das sind die großen Industriekonzerne und die bestimmenden Handels- und Finanzkapitale, erst selbst in öffentliches Eigentum übergeführt werden. Alleinige Eingriffe in die Verteilungsverhältnisse (z.B. über Veränderungen in den Einkommensverhältnissen, und eine Neuordnung der Steuern) reichen nicht aus, wenn nicht auch die der Distribution zugrundeliegende Produktionverhältnisse selbst umgestaltet werden. Ohne eine Vergesellschaftung würde der innere Zusammenhang von Produkten und Verteilung, von Warenerzeugung und Konsum zerstört – mit der Folge einer Zerrüttung der Ökonomie, die auch den politisch-sozialen Konsens einer linken Regierung gefährdet. Letztlich bleibt eine Vergesellschaftung unabdingbar, weil eine am Gesamtwohl orientierte Wirtschaftspolitik nicht auf einen unmittelbaren staatlichen Einfluß auf die Unternehmensentscheidungen verzichten kann: Neben die (wesentlich auszubauende) Mitbestimmung der Belegschaften und ihrer Gewerkschaften muß auch ein staatlicher Einfluß auf die Besetzung der Managerpositionen treten. Die Betriebsführung ist sowohl der Erhaltung des Rahmenplans

verpflichtet als auch demokratischer Kontrolle durch die Belegschaft unterworfen.

Der Umfang der Vergesellschaftung ist von entscheidender Bedeutung:
Der öffentliche Sektor muß von seinem ökonomischen und gesellschaftlichen Gewicht her groß genug sein, um eine "Neue ökonomische Logik" auf Dauer sicherstellen zu können. Es gibt eine Schwelle der Vergesellschaftung, die man überschreiten muß. Ohne einen hinreichend großen sozialistischen Bereich wird die Wirksamkeit einer gesamtgesellschaftlichen, bedürfnisorientierten Planung in Frage gestellt.
Die Festlegung der zu vergesellschaftenden Unternehmen muß sich an zwei Grundsatzkriterien ausrichten:
– ihrer Bedeutung für die Lösung akuter sozialer Probleme
– ihrer hohen Steuerungspotenz für den Rest der Volkswirtschaft.

Aus diesen Kriterien heraus lassen sich folgende branchenmäßigen Schlüsselsektoren benennen:
Finanzsektor, Eisen- und Stahlindustrie, Pharma- und Chemieindustire, Bergbau- und Energiewirtschaft, Maschinenbau, Elektro- und elektronische Industrie, Kraftfahrzeugherstellung, Raumfahrt- und Rüstungsindustrie, Handel und die Dienstleistungsbereiche zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Innerhalb dieser Branchen sind in der Regel die strukturbestimmenden Großunternehmen zu vergesellschaften. Jedoch müssen auch diejenigen kleineren und mittleren Unternehmen, die insbesondere aufgrund ihrer besonderen Gebrauchswertproduktion und technologisch-wissenschaftlichen Bedeutung eine hohe Steuerungsfähigkeit für die Gesamtwirtschaft besitzen, mit in die unmittelbar Vergesellschaftung einbezogen werden. Der im folgenden unterbreitete Vorschlag der Jungsozialisten zur Vergesellschaftung der wichtigsten Unternehmen ist in erster Linie anhand der Kriterien Wertschöpfung, Grundkapital und Umsatzhöhe ermittelt worden; eine weitere Präzisierung der Vergesellschaftungsliste wird darüber hinaus auch das Investitionsvolumen, die Zukunftsaussichten speziell auf dem Weltmarkt sowie die stoffliche und wertmäßige Verflechtung mit der Volkswirtschaft einzubeziehen haben.

5. 4. 2 Zu vergesellschaftende Unternehmen

Die Vergesellschaftung der wichtigsten Unternehmen kann nicht auf einen Schlag vorgenommen werden; vielmehr ist ein schrittweises Vorgehen notwendig, um die ökonomischen, sozialen und politischen Folgeprobleme einer sozialistischen Umgestaltung der Wirtschaft im Griff behalten zu können. (Eine nähere Bestimmung der zeitlichen Dimension der Vergesellschaftung kann nicht im vorab erfolgen; auf jeden Fall aber muß die Vergesellschaftung zeitlich derart gestaltet werden, daß ökonomische und

politische Sabotageversuche des Kapitals keine Wirkung entfalten können.) Die Jungsozialisten in der SPD schlagen ein **4-Phasen-Modell der Vergesellschaftung** (1) vor:

1. SCHRITT:

Koordinierung der bereits bestehenden staatlichen Unternehmen und Planungsmöglichkeiten.

In der Bundesrepublik arbeiten heute die schon bestehenden staatlichen Unternehmen nebeneinander her oder konkurrieren sogar miteinander. Auch die bestehenden finanziellen und rechtlichen Eingriffsmöglichkeiten des Staats in die Ökonomie sind innerhalb des Bundes und zwischen Bund-, Länder und Gemeinden in keiner Form miteinander abgestimmt (vgl. das Wirrwar in der staatlichen Finanz-Steuer-Politik bis hin zur Regional- und Stukturpolitik). Darüberhinaus werden gegenwärtig die entsprechenden Entscheidungen an den Parlamenten und der Bevölkerung vorbeigetroffen.

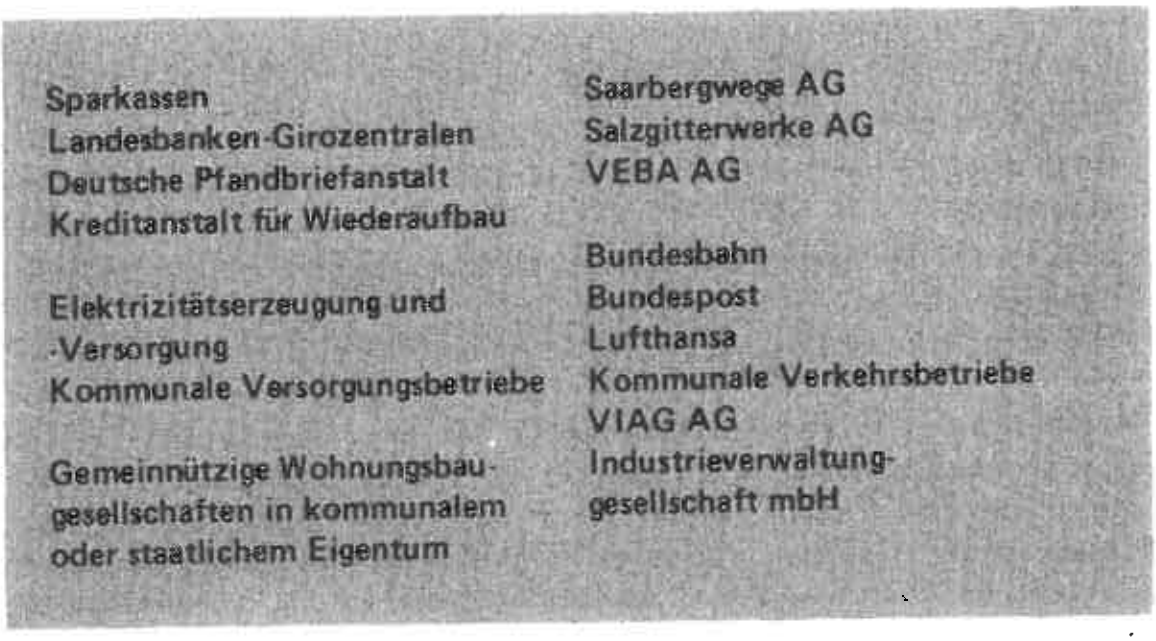
Diese wirtschaftspolitischen Begriffs- und Planungsinstrumentarien des Staates müssen miteinander koordiniert und ausgebaut werden. Sie müssen eingepaßt werden in den volkswirtschaftlichen Rahmenplan. Parallel dazu müssen die Produktionen und Investitionen der folgenden bereits in staatlicher Hand befindlichen Unternehmen aufeinander zugeschnitten werden:

---

(1) Zu den Detailproblemen der Vergesellschaftung seien noch folgende Bemerkungen hinzugefügt:

- Unternehmen in mehrheitlich ausländischem Besitz wurden nicht berücksichtigt. Dies würde gerade für die BRD notwendige Verbindungen mit dem Weltmarkt gefährden und überdies erhebliche rechtliche und ökonomische Probleme aufwerfen.
- Unternehmen, die in mindestens 75%igem Eigentum von hier aufgeführten Unternehmen stehen, werden nicht extra aufgeführt. Inwieweit derartige Tochtergesellschaften in staatlicher Hand verbleiben oder nach einer Vergesellschaftung des Gesamtunternehmens reprivatisiert werden, bemißt sich in erster Linie daran, ob die Produkte von Mutter- und Tochtergesellschaften durch aufeinander bezogene Produktionsstufen verbunden sind.
- Für die vergesellschafteten Unternehmen bzw. ihre Eigentümer ist eine Entschädigung in Form von Staatsschuldverschreibungen vorgesehen.

(Dieses Modell besagt nicht, daß die im folgenden aufgeführten Schritte zeitlich stets streng voneinander zu trennen sind. Es ist nicht zuletzt auch nach sozialen Notwendigkeiten und politischen Verhältnissen zu entscheiden, inwieweit die einzelnen Schritte zeitlich nacheinander durchzuführen sind, oder ob zeitlich parallel etwa die Stahlindustrie (Phase 2) und die Medienkonzerne Springer und Bertelsmann (Phase 4) vergesellschaftet werden. Insgesamt markieren die einzelnen Schritte funktional eng aufeinander bezogene Ebenen; daher sind letztlich alle Schritte zur Etablierung einer "neuen ökonomischen Logik" unabdingbar.)



Die Aktivitäten dieses staatlichen Sektors müssen insbesondere auch mit dem genossenschaftlichen Sektor (z.B. beim Wohnungsbau) abgestimmt werden.

Die Koordinierung der bestehenden staatlichen Unternehmen und Planungsinstrumentarien kann jedoch nicht die Lösung der akuten sozialen Probleme unserer Gesellschaft gewährleisten. Daher sind im zweiten Schritt die wichtigen Unternehmen derjenigen Branchen zu vergesellschaften, die Ausgangspunkt brennender sozialer Probleme sind.

2. SCHRITT: DIE VERGESELLSCHAFTUNG VON UNTERNEHMEN ZUM ZWECK DER KRISENBEKÄMPFUNG UND DER BEFRIEDIGUNG DRINGENDER MATERIELLER BEDÜRFNISSE

Um die aktuellsten Krisenauswirkungen zu beseitigen und die materiellen Bedürfnisse der Lohnabhängigen zu befriedigen, sind Vergesellschaftungen in folgenden Branchen unabdingbar:

- Die Vergesellschaftung der **Stahlindustrie.** Es wird eine Deutsche Stahl AG geschaffen, die die notwendigen Umstrukturierungen der Stahlindustrie nach demokratischer Entscheidungsbildung und ohne soziale Härten durchführt und mit der Entwicklung des Stahlsektors in der EG abstimmt.
- Die Vergesellschaftung der **Pharma-Industrie.** Um eine finanzielle Entlastung der Krankenversicherung zu erreichen und ein integriertes Krankenversorgungssystem in der BRD zu schaffen, werden die bisher maß-

lose Gewinne erzielenden Pharma-Konzerne in gesellschaftliches Eigentum überführt.

- Die Vergesellschaftung des **Energiesektors.** Um die Energieversorgung in der BRD zu sozial gerechtfertigten Preisen gewährleisten zu können, ist ein Deutscher Energiekonzern zu schaffen. In ihm sind die bereits in staatlicher Hand befindlichen Unternehmen sowie die in deutscher Hand befindlichen Ölgesellschaften und Energieversorgungsunternehmen einzubringen.
- Die Vergesellschaftung des **Finanzsektors.** Dies sind unverzichtbare Grundlagen jeder demokratisch gesteuerten Ökonomie und einer veränderten Einkommensverteilung.

EISEN- UND STAHLINDUSTRIE
Thyssen
Krupp
Hoesch
Mannesmann
Gutehoffnungshütte
Klöckner
Korf
Benteler Stahl- und Röhrenwerke
Eisen- und Hüttenwerke

BANKEN
Deutsche Bank
Dresdener Bank
Commerzbank
Allgemeine Deutsche Kreditanstalt
Bankhaus Aufhäuser
Bankhaus Hermann Lampe
Bankhaus Martens & Weghauser
Bayrische Hypotheken- und Wechselbank
Bayerische Vereinsbank
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Industriekreditbank AG
Reuschel & Co.
Vereins- und Westbank
Westfälische Hypothekenbank

PHARMA-INDUSTRIE
Bayer
Hoechst
Schering
Knoll
Merck
Boehringer Mannheim
Boehringer Ingelheim

VERSICHERUNGEN
Aachener u. Münchner Versicherung
Allianzversicherung
Colonia Versicherung
Deutscher Ring
Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs AG
Hamburg-Mannheimer Versicherungs AG
Münchner Rückversicherungsgesellschaft
Victoria-Lebens Vers.-AG

GRUNDSTOFFE UND ENERGIE
Kali und Salz AG
Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk
Energieversorgung Schwaben
Gelsenwasser AG

3. SCHRITT: VERGESELLSCHAFTUNG ZUR SCHAFFUNG EINES STEUERUNGSFÄHIGEN ÖFFENTLICHEN SEKTORS

Die im zweiten Schritt aufgeführten Vergesellschaftungen können noch nicht gewährleisten, daß die staatliche Rahmenplanung in der Gesamtökonomie tatsächlich greift, d.h. von den Unternehmen eingehalten wird. Zu diesem Zweck sind die wichtigsten Unternehmen gerade auch von Wachstumsbranchen zu vergesellschaften: Mit diesen steuerungspotenten Unternehmen kann eine volkswirtschaftliche Rahmenplanung erst wirksam werden. In diesem Sinn wäre mit der Vergesellschaftung der folgenden Unternehmen die Mindestschwelle überschritten:

CHEMIE
BASF
Byk Gulden Lomberg
Chemische Fabrik
Carl Freudenberg
Dynamit Nobel
Henkel
Röhm GmbH
Wacker Chemie

FAHRZEUGBAU
VW-Volkswagenwerk
BMW
Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG (MAN)
Daimler Benz

ELEKTRO
AEG-Telefunken
Bosch
Grundig
Nixdorf-Computer
Siemens
Stiebel Eltron
Tekade
Varta

METALLVERARBEITUNG/RÜSTUNG
Messerschmidt-Bölkow-Blohm
Krauss-Maffei
Rheinmetall
Heckler & Koch
Deutsche Babcock
Deutsche Industrie AG
Bopp & Reuther
Gebrüder Class Maschinenfabrik
Degussa
Diehl GmbH & Co
Feldmühle
Fichtel & Sachs
Heyligenstaedt & Comp.
Werkzeugmaschinenfabrik
Industriewerke Karlsruhe-Augsburg
Kugelfischer Georg Schäfer
Linde AG
Metallgesellschaft J.M. Voit
Zahnradfabrik Friedrichshafen

4. SCHRITT: VERGESELLSCHAFTUNGEN ZUR ABRUNDUNG DES ÖFFENTLICHEN SEKTORS

Mit der Überschreitung einer Mindestschwelle von Vergesellschaftungen kann die Einhaltung eines volkswirtschaftlichen Rahmenplans im Grundsatz gewährleistet werden. Um einen aus sich heraus funktionsfähigen öffentlichen Sektor der Ökonomie zu schaffen, sind darüberhinaus folgende **Vergesellschaftungen** notwendig, die zumeist **in Branchen** vorgenommen werden, **die den Schlüssel- und Wachstumsindustrien nachgelagert sind** und die unmittelbare Versorgung der Bevölkerung, Handel, Transport etc. umfassen:

BAUWESEN
Bilfinger-Berger Bauaktiengesellschaft
Dyckerhoff Zementwerke AG
Dyckerhoff & Widmann
Heidelberger Zement
Hochtief
Philipp Holzmann
STRABAG Bau

KONSUMGÜTERINDUSTRIE
Milupa Aktiengesellschaft
Oetker-Gruppe
Reemtsma
Süddeutsche Zucker AG
Tchibo Frisch Röst
Melitta

HANDEL
C & A Brenninkmeyer
Edeka Zentrale
Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH
Karstadt
Kaufhof
Otto-Versand
REWE Zentralaktiengesellschaft
Gustav Schickedanz KG
Tengelmann & Co KG
Warenhandelsgesellschaft
Otto Wolff AG
Horten

TRANSPORT
Hapag LLoyd

VERLAGSWESEN
Bertelsmann
Axel Springer Verlag
Bauer-Verlag

5. 4. 3 Fortbestand eines privaten Sektors und weitere Vergesellschaftungen im Sozialismus

Nicht erfaßt von Maßnahmen zur Vergesellschaftung werden vor allem Klein- und Mittelbetriebe des Handwerks, des Handels und verschiedener Dienstleistungen. Diese Betriebe weisen einen relativ geringen Grad der Verflechtung miteinander bzw. der Abhängigkeit von der Gesamt-Volkswirtschaft auf. Sie sind häufig auf regional eng begrenzten Märkten beschränkt und besitzen ein relativ geringes Gewicht in der gesellschaftlichen Arbeitseinteilung. Dieser Bereich von Klein- und Mittelbetrieben weist insgesamt also einen geringen Grad an Vergesellschaftung der Arbeit auf, der keine Grundlage für eine Überführung in öffentliches Eigentum abgeben kann. Er besteht damit neben dem öffentlichen und dem genossenschaftlichen Sektor als privater Sektor der Ökonomie auch in einer sozialistischen Ökonomie fort.

Gegenüber den in privater Hand verbleibenden Unternehmen wird **keine Politik der "kalten Sozialisierung"** mittels Verdrängungs-Konkurrenz durch öffentliche Unternehmen, Unterversorgung o.ä. verfolgt. Ihre Einbettung in die gesamtgesellschaftliche und regional abgestufte Rahmenplanung erfordert vielmehr ihre Existenz als funktionierende Porduktionseinheiten. Dies setzt bei den Produzenten des nichtkapitalistischen Sektors der Warenproduktion (vor allem Bauern, kleines Handwerk) ausreichend hohe Einkommen zur persönlichen Reproduktion und Erneuerung der Produktionsmittel ebenso voraus wie ein ausreichendes Profitvolumen bei den fungierenden Kapitalien.

Insgesamt gesehen werden sich für Klein- und Mittelbetriebe des privaten Sektors folgende Perspektiven ergeben: **Angestrebt wird der Übergang zur sozialistischen Produktionsform durch kooperative und genossenschaftliche Zusammenschlüsse auf freiwilliger Basis.** Sie erfolgen auch im Eigeninteresse der hier angesprochenen Selbständigen, da sich die Notwendigkeit solcher Organisationsformen mit dem Ziel der Ausnutzung des technischen Fortschritts bereits heute deutlich abzeichnen. Nicht nur die Vergenossenschaftlichung verändert im privaten Sektor der Wirtschaft die alten kapitalistischen Verhältnisse. **Auch durch paritätische Mitbestimmung und durch Einbeziehung in die demokratische Planung können hier die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen wirksam verbessert werden.**

Der weitere Fortgang der in zentralen Bereichen vergesellschafteten Volkswirtschaft kann nicht durch einen utopischen Vorentwurf vorweggenommen werden. Zwei Prinzipien der Weiterentwicklung sind hervorzuheben: Erstens sind Maßnahmen weiterer Sozialisierungen, modifizierter Abstimmungen zwischen öffentlichem und privatem Sektor u.ä. in erster Linie

abhängig zu machen von den empirischen Erfahrungen mit einer auf "Mindestschwellenbasis" vergesellschafteten Volkswirtschaft.
Die Veränderung von Eigentumstiteln stellt in diesem Konzept keinen Wert an sich dar, sondern ist orientiert an den Notwendigkeiten, die sich aus der Etablierung einer "Neuen ökonomischen Logik", die Produktionsentscheidungen nicht an der Kapitalverwertung orientiert, ergeben. Von daher ist letztlich die Proportion zu bestimmen, in die sich öffentlicher, privater und genossenschaftlicher Sektor der gesellschaftlichen Produktion aufteilen.
Zweitens ist der Fortgang der gesellschaftlichen Entwicklung strikt am Prinzip der Konsensbildung ausgerichtet. Entscheidungen auf den jeweiligen Ebenen der sozialen Demokratie, seien es Entscheidungen über die Einrichtungen von Genossenschaften, weitere Sozialisierung oder Setzung von Produktionsschwerpunkten können nicht gegen den Mehrheitswillen der Betroffenen gefaßt werden. Insbesondere der Modus der Vergesellschaftung von Unternehmen des privaten Sektors unterscheidet sich damit von jenem der Vergesellschaftung zur Erreichung der Mindestschwelle, die offenkundig nur gegen den Mehrheitswillen der betroffenen Kapitaleigentümer durchgesetzt werden kann.

Beschluß des Bundeskongresses zum wirtschafts- und sozialpolitischen Grundsatzprogramm (Antrag Hessen-Süd)

Der Bundeskongreß beschließt das wirtschafts- und sozialpolitische Grundsatzprogramm der Jungsozialisten und betrachtet es als konzeptionelle Grundlage für die zukünftige wirtschaftspolitische Diskussion der Jungsozialisten.

Das Programm versteht sich als prinzipielle Alternative zur prokapitalistischen Politik der Bundesregierung. Die Jungsozialisten werden sich in allen Parteiversammlungen, Diskussionsrunden und politischen Auseinandersetzungen für eine weitere Verbreitung ihrer programmatischen Vorschläge einsetzen.

Die weitere Tätigkeit des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik und die Diskussion in den Bezirken sollte sich im Hinblick auf eine inhaltliche Weiterentwicklung des vorliegenden Programms auf Ausarbeitungen zu folgenden Fragekomplexen konzentrieren:

1. GRUNDFRAGEN DER POLITISCHEN DURCHSETZUNG (TRANSFORMATIONSSTRATEGIE)

- **Verhältnis parlamentarischer und außerparlamentarischer, staatlicher und außerstaatlicher Strategie,** die zentrale Rolle politischer Bewegungen als Voraussetzung für die Durchsetzung grundsätzlicher Alternativen, genauere Ausarbeitungen zu den gesellschaftlichen Trägern sozialistischer Umgestaltung (aktuelle Situation der Arbeiterbewegung, Jugend-, Studenten- und Frauenbewegung etc.), Bürgerinitiativen.
- **Zusammenhänge zwischen ökonomischer Situation und politischem Bewußtsein** (insbesondere: Wie ist die in großen Teilen der Bevölkerung vorfindbare Integration in das bestehende Gesellschaftssystem zu erklären und wie wäre sie überwindbar? Wie ist ein politisches roll-back vermeidbar, wenn es im Zusammenhang mit sozialistischer Umgestaltung zu ökonomischen Krisenentwicklungen kommt, z.B. durch Kapitalflucht?).
- **Wie weit reicht die Analyse ökonomischer Entwicklungen zur Erklärung gesellschaftlicher Prozesse** (Basis-Überbau)? (Rolle der Frauen. Das Ende aller Ressourcen).
- **Welcher Stellenwert für Analyse und Durchsetzung von Veränderungen haben nicht unmittelbar im ökonomischen Bereich wurzelnde Fragen**

(Kultur-Lebensform)? Eine andere Art zu wirtschaften erfordert eine andere Art zu leben. Alternativbewegung und ökonomische Logik.
- **Rolle des Staates**

2. ÖKOLOGIE UND ÖKONOMIE

- **Wie lassen sich qualitative Kriterien für die Produktion genauer bestimmen?** Was bedeutet "neue ökonomische Logik" als qualitative Dimension einer Gebrauchswertorientierung **konkret**? Was soll produziert werden, was nicht?
- Positionen zum "Arbeitsplatzargument": **Sind Arbeitsplätze ein Wert an sich**, unabhängig von ihrer konkreten Form? (Neue Arbeitsplätze schaffen oder Arbeitszeit verkürzen.) Ist Verringerung der notwendigen Arbeitszeit nicht ein Fortschritt?
- **Entfremdung als Ergebnis kapitalistischer Produktion und gesellschaftlicher Arbeitsteilung**, Grundsatzposition zum Verständnis gesellschaftlicher Arbeit, die Problematik Arbeit/Freizeit.
- **Anhand welcher qualitativen Kriterien sind aktuelle Konflikte zwischen ökonomischen und ökologischen Interessen zu entscheiden?**

3. **Wissenschafts- und Technologiekritik darf nicht nur immanent naturwissenschaftliche und technische Argumentation bleiben, sondern muß gesellschaftliche Fragestellungen einarbeiten.** Welche Rolle spielt für eine sinnvolle Technologieentwicklung die Einsicht in gesellschaftliche Zusammenhänge?
   Führt erst eine sozialistische Gesellschaft zu einer anderen Technik oder ist eine andere Technik Voraussetzung einer sozialistischen Gesellschaft?

4. DEMOKRATISIERUNG DES BEREITS BESTEHENDEN UND AUSZUWEITENDEN ÖFFENTLICHEN SEKTORS/ SELBSTVERWALTUNG

- Wie weit ist eine **Dezentralisierung von Entscheidungsstrukturen** möglich und sinnvoll?
- Wie weit lassen sich die bestehenden **Entscheidungshierarchien** (leitende und ausführende Tätigkeiten) abbauen?
- Wie läßt sich die Fähigkeit **aller** verbessern, **Entscheidungen im Betrieb selbstbestimmend zu treffen** (z.B. Bildung, Informationsfluß).
- Wie läßt sich die im heute bereits **öffentlichen Sektor** bestehende weit-

gehende Unterordnung unter kapitalistischen Verwertungsinteressen abbauen?

5. INTERNATIONALE WIRTSCHAFTSVERFLECHTUNG UND IHRE AUSWIRKUNG

- **International bedingte Rahmendaten** für wirtschaftspolitische Entscheidungen in der BRD
- Politische Konsequenzen aus der **internationalen Kapitalverflechtung**
- **Internationale Gewerkschaftspolitik/internationale sozialistische Strategie** (mit welchen Organisationen, gegen welche Widerstände?)
- Maßnahmen gegen **Kapitalflucht**
- **Veränderung der Ausbeutung der 3. Welt/Neue Weltwirtschaftsordnung**

6. STELLENWERT DER EG FÜR EINE WIRTSCHAFTLICHE UMGESTALTUNG DER BUNDESREPUBLIK

7. GESELLSCHAFTLICHE UMVERTEILUNG UND STAATSVERSCHULDUNG

- **Detaillierte Vorschläge**, kurz- und mittelfristige Forderungen
- **Verhältnis öffentlicher – privater Konsum**
- Wie groß muß die **"produktive Basis"** sein?

8. WIRTSCHAFTSPOLITISCHE UMGESTALTUNG UND GESELLSCHAFTLICHE GLEICHSTELLUNG DER FRAU

- **Emanzipation** als Problem von Männern und Frauen
- Herrschaftstechnologie und Arbeitsformen = **patriarchalische Produktionsweise**
- **Familienpolitik** (Möglichkeiten einer neuen Arbeitsteilung Mann-Frau, Lösung der Aufgabe Kindererziehung durch Eltern und Gesellschaft)

9. SOZIALPOLITISCHE GRUNDSATZPOSITIONEN

- **Qualitative Aussagen:** Was soll Sozialpolitik bewirken und was soll sie leisten?
- **Selbsthilfe/Fremdhilfe:** Das Problem der Professionalisierung, Kolo-

nisierung von Lebensbereichen durch Sozialbürokratien
- **Entwicklung eines Konzepts präventiver Sozialpolitik** statt der bloßen Reparatur von Auswirkungen der kapitalistischen Produktionsweise
- Zu den **Anknüpfungspunkten sozialer Sozialpolitik**
- **Wie weit kann Sozialpolitik ökonomische und Umstrukturierungsprozesse einleiten und absichern?**
- Umgang mit **Minderheiten**

10. ALTERNATIVE INDUSTRIEPOLITIK

Es wird angestrebt, an ausgewählten Wirtschaftssektoren die Sinnhaftigkeit ökonomischer Umgestaltungsprozesse zu verdeutlichen und unsere Vorstellungen zu konkretisieren. Im einzelnen bieten sich folgende Bereiche an:

- **Umstrukturierung der Rüstungsindustrie**
- **Umstrukturierung der Energiewirtschaft**
- **Sanierung der Stahlindustrie**
- **Sanierung der Werftindustrie**
- **Sanierung der Baubranche**

Diese beispielhaft angelegten Umgestaltungskonzepte müssen als zentrale Aspekte beinhalten:
- das Problem der **ökonomischen Funktionsfähigkeit dieser Sektoren,**
- die Frage nach der **gesellschaftlichen Nützlichkeit** der darin stattfindenden Produktion,
- die Notwendigkeit der **Demokratisierung** dieser Sektoren.

Indem in diesen Konzepten kurzfristige Forderungen zur Sicherung der Lage der betroffenen Arbeitnehmer mit Vorschlägen zur industriellen Umstrukturierung verbunden werden und am konkreten Beispiel schließlich die Notwendigkeit nachgewiesen wird, eine "neue ökonomische Logik" zu etablieren, stellen sie wichtige Verbindungsglieder im Rahmen der wirtschaftspolitischen Gesamtkonzeption der Jungsozialisten.

Beschluß des Bundeskongresses zum wirtschafts- und sozialpolitischen Grundsatzprogramm (Antrag Bundesfrauenkommission)

Die im sozial- und wirtschaftspolitischen Grundsatzprogramm geforderte grundlegende Veränderung der kapitalistischen Wirtschaftslogik stellt durch die verstärkte Einbeziehung der Frauen in den Arbeitsprozeß auch einen ersten Ansatzpunkt zur Veränderung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau dar. Dies allein ist allerdings unzureichend. Eine weitergehende und konkretere Thematisierung dieses Problems wird im vorliegenden Programm nicht geleistet. Deshalb wird der AK Wirtschaft in Zusammenarbeit mit der Bundesfrauenkommission beauftragt, bis zum Bundeskongreß 1982 das Programm zu überarbeiten. Folgende Punkte müssen aufgenommen werden:

1. Im Analyseteil wird die private Reproduktion in ihrer Wirkung auf den Produktionsbereich dargestellt.
2. In das Kapitel "2" muß der Punkt Teilzeitarbeit aufgenommen werden. Hier ist die besondere Benachteiligung von Frauen zu berücksichtigen.
3. In Kapitel "3" gehört auch die Bewußtseinslage von berufstätigen Frauen und Hausfrauen.
4. Der Forderungsteil muß ergänzt werden. Eine Grundlage bildet u.a. die Abschlußresolution von der Bundesfachkonferenz "Hausarbeit" vom 2./3. Mai 1981 in Münster, Bundeskongreßbeschlüsse u.a.

Diese Schwerpunkte müssen vorrangig behandelt werden.

Weit weg von der Wirklichkeit

Das Wirtschaftsprogramm der Jusos / Von Hugo Müller-Vogg

Folgte die Bundesregierung der „neuen ökonomischen Logik" der Jungsozialisten, so bräuchte sie sich um den Ausgleich des Bundeshaushalts 1982 und die wirtschaftliche Entwicklung der nächsten Jahre keine Gedanken zu machen. Zunächst einmal müßte das Kabinett nur den neu einzurichtenden Wirtschafts- und Sozialräten, den Eltern- und Stadtteilräten, den Branchenausschüssen und Bürgerinitiativen gut zuhören, um die wahren „gesamtgesellschaftlichen Bedürfnisse" zu erfahren. Die Einarbeitung der auf diese Weise gesammelten Wünsche und Forderungen in den volkswirtschaftlichen Rahmenplan, den Bundeshaushalt und die mittelfristige Finanzplanung würden dann freilich selbst den zaghaftesten Versuch zur Sanierung der zerrütteten Staatsfinanzen zunichte machen und das Staatsdefizit ins Unermeßliche treiben. Doch wäre das nach der „neuen ökonomischen Logik" kein Grund zur Sorge. Ein großer Teil der derzeitigen Staatsschuld würde bei einer Vergesellschaftung der Banken ohnehin „getilgt". Neue Staatsanleihen aber ließen sich leicht unterbringen: bei der zu einer Art Gelddruck-Anstalt und Zahlstelle umfunktionierten Bundesbank.

Solche Vorstellungen, wie sie sich aus dem neuen wirtschafts- und sozialpolitischen Grundsatzprogramm des SPD-Nachwuchses ablesen lassen, mögen den einen erheitern und den anderen erschrecken. Die Verfasser des Programms und die überwältigende Mehrheit des Juso-Kongresses haben es jedenfalls bitter ernst gemeint, als sie in ihr sozialistisches Alternativprogramm zur Wirtschaftspolitik der Bundesregierung alles hineingeschrieben haben, was das Herz eines vermeintlich fortschrittlich denkenden Menschen höher schlagen läßt: totale Verplanung des Wirtschaftsablaufs und Vergesellschaftung von weit über 100 Unternehmen und Banken, höhere Löhne bei weniger Arbeit für die einen sowie höhere Steuern für die anderen und schließlich die „Demokratisierung" aller wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Entscheidungen durch ein Geflecht von Räten und Ausschüssen.

Zu einem solchen Programm kann nur kommen, wer es mit Marx hält und sich wie Marx verhält; und beides tun die Jusos mit Inbrunst. Mit Marx halten sie es, wenn sie bei ihrer Analyse der deutschen Wirklichkeit eine „grundlegende Klassenteilung" der Gesellschaft, das Profitstreben als Ursache allen Übels und die Abhängigkeit des Staates von den Unternehmen zu erkennen glauben. Wie der große Lehrmeister verhalten sie sich, wenn sie sich weigern, Widersprüche zwischen theoretischen Erkenntnissen und praktischen Erfahrungen zur Kenntnis zu nehmen. So wie Karl Marx in seiner Londoner Bibliothek nicht wahrhaben wollte, daß die englischen Gewerkschaften noch zu seinen Lebzeiten mehr erreichten als er ihnen theoretisch zugestehen wollte, so können und wollen seine Jünger nicht sehen, daß Vergesellschaftung und Verplanung nirgendwo auf der Welt bisher mehr Freiheit und mehr Wohlstand hervorgebracht haben als sozial abgesicherte marktwirtschaftliche Systeme.

An den marxistischen Maßstäben der Jungsozialisten gemessen muß die SPD/FDP-Koalition geradezu als Gralshüter einer reinen marktwirtschaftlichen Ordnung erscheinen. Dementsprechend wirft die „SPD der neunziger Jahre" der sozialdemokratischen Regierungspartei von heute vor, den Privatunternehmen zuviel Spielraum zu lassen, den Staatsanteil nicht noch stärker zu erhöhen und mit einer angeblich völlig überflüssigen „Sparpolitik" die Arbeitslosigkeit zu verschärfen. Zu Herzen nehmen werden sich die sozialdemokratischen Minister diese Vorwürfe sicher nicht; schließlich hat sich in der SPD inzwischen herumgesprochen, daß selbst der Staat nicht auf Dauer ungestraft gegen die einfachsten ökonomischen Grundregeln verstoßen kann. Doch wundern braucht sich das SPD-Establishment über diese Vorwürfe aus den eigenen Reihen nicht. Der naive Glaube der Jungsozialisten an die Allmacht des Staates und das fehlende Verständnis für die finanziellen Grenzen der Staatstätigkeit steht nicht im Widerspruch zu der Beschwichtigungs-Strategie, mit der die SPD bis hinauf zum Bundeskanzler im letzten Bundestagswahlkampf die Staatsverschuldung als „Problemchen" abtat.

Ungeachtet solcher Gemeinsamkeiten klafft zwischen dem, was die Jungsozialisten für die Zukunft vorschlagen, und der Politik der Bundesregierung sowie der SPD-Bundestagsfraktion eine breite unüberbrückbare Kluft. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß der Partei-Nachwuchs erst gar nicht nach Mehrheiten innerhalb der eigenen Partei schielt, sondern sich den Gewerkschaften als Bündnispartner bei der Bewältigung der „kapitalistischen Krise" andient. Die Beschwörung der Geschichte der Arbeiterklasse in dem Programm kann indes nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der von der SPD-Jugend angestrebten Wirtschaftsordnung für wirklich freie Gewerkschaften, wie sie bisher nur marktwirtschaftliche Wirtschaftssysteme zugelassen haben, kein Platz mehr wäre. In dem Entwurf einer „sozialistischen Alternative" wird — offenbar wegen ihrer allzu offenkundigen Ähnlichkeit mit den Planungssystemen sozialistischer Staaten — ausdrücklich betont, den Gewerkschaften sei keineswegs die Rolle eines „quasi-staatlichen Organs" zugedacht.

Die Aussichten der Jungsozialisten, die Gewerkschaften als Mitstreiter für ihre Forderungen zu gewinnen, sind deshalb nicht allzu groß. Allerdings darf bei der Beurteilung dieses Programms nicht übersehen werden, daß der SPD-Nachwuchs nicht auf Gewerkschaftsführer wie Vetter, Loderer, Hauenschild oder Sperner hofft. Mit ihrem volksdemokratischen Vergesellschaftungs-Modell wenden sich die akademisch angehauchten Jungsozialisten vielmehr an die jungen sozialistisch denkenden Akademiker in den Gewerkschaftsvorständen und unter den Vorstands-Referenten. Die Juso-Funktionäre, die nach dem Eingeständnis ihres Vorsitzenden die Fabrikarbeit nur von Betriebsbesichtigungen her kennen, werden dort nicht nur auf Gesprächspartner mit ähnlich geringen Erfahrungen aus dem Arbeitsalltag stoßen. Sie dürfen ebenfalls darauf hoffen, in diesen Gewerkschaftskreisen Funktionäre zu finden, denen ebenso wie ihnen die Verwirklichung der „reinen Lehre" wichtiger ist als die pragmatische Bewältigung der großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, vor denen dieses Land steht. Wenn es auch so aussieht, als sei der SPD-Nachwuchs mit seinem wirklichkeitsfremden Programm aus der aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussion ausgestiegen, so verrät die Hinwendung zu den marxistisch beeinflußten Gewerkschaftszirkeln doch eine langfristige Strategie. Sie zu unterschätzen, wäre ein schlimmer Fehler.

Frankfurter Allgemeine Zeitung 2.7.81